Österreichs Zeitung für Steuer, Recht und Wirtschaft

Lexpress

NR. 43 20. Juni 2008

Forum österreichischer Klein- und Mittelunternehmen

Steuer-, Rechts- und Wirtschaftsinformationen

Aktuell:

Jugendbeschäftigungspaket

„Neuordnung der Ausbildungsförderung für Lehrbetriebe“

Das Jugendbeschäftigungspaket ist ein Portfolio von wirksamen Maßnahmen, um die Lehre für Jugend und Wirtschaft attraktiver zu machen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken“, beurteilt WKW-Präsidentin KommR Brigitte Jank die geplanten Neuerungen in Sachen Lehrlingsbeschäftigung. Statt der bisherigen Lehrlingsausbildungs-Prämie wird es für alle Lehrlinge, die ab dem 28. Juni aufgenommen werden, eine neue Basisförderung geben. Diese wird sich an der Höhe der Lehrlingsentschädigung orientieren.

Daneben wird es auch Förderungen für qualitätssteigernde Maßnahmen geben: etwa für die Weiterbildung von Ausbildern, für Zusatzausbildungen oder besonders gute Erfolge bei Lehrabschlussprüfungen. Betriebe, die auf Qualitätssteigerung der Ausbildung setzen, werden also zusätzlich belohnt.

TOP-3 KMU

Top-Ranking im Juni 2008 der Unternehmen im Bereich Klein- und Mittelbetriebe

PRODUZENTEN

G. Klampfer Elektroanlagen GmbH,
4060 Leonding
Elektroinstallation

GEWERBE UND HANDEL

RAE - Antriebselemente GmbH,
2345 Brunn am Gebirge
Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör

Sky Shops Handels GmbH,
1300 Wien
Einzelhandel mit Backwaren und Süßwaren

Foto: sxc.hu/Montage

Fiat Money – Es werde Geld

DIE DECKUNG DER WÄHRUNG KONTRA GLOBALISIERTER WIRTSCHAFT

Seit einigen Monaten entfaltet sich vor unseren Augen eine Wirklichkeit, die sich noch vor zwei bis drei Jahren niemand vorstellen konnte und trotz vieler Warnungen nicht wollte: Preissteigerung oder auch neudeutsch Inflation. Von staatlicher Seite beeilt man sich, Schuldige ausfindig zu machen, via Medien zu präsentieren und (vor) zu verurteilen. Sie sind auch schnell gefunden, die Spekulanten, Hedgefonds, Ölmultis und natürlich die Scheichs – sofern es sich um Energiepreise handelt. Aktuell ist das Wort Inflation in aller Munde und sogar der kritische Spiegel ortet die Spekulanten als alleinige Prügelknaben – „Der Spekulant als Preistreiber“ (Cover Nr 24/2008). *S2*

NEXT GENERATION

Foto: PayLife

PayLife fit für SEPA

„Servicequalität und eine Vielzahl an Features sichern den Erfolg“ *S20*

Ewald Judt

@RATING

Foto: coface

Zahlungsausfallsrisiko

„Nur wenige Branchen werden der Kreditkrise entkommen können“ *S14*

Martina Dobringer

INTERNET-MARKETING

Foto: Lamprecht

Wikis, Blogs und Co.

„Web 2.0 und Enterprise 2.0 sind beachtliche Herausforderungen für KMU“ *S21*

Stephan Lamprecht

INHALT:

Kapitalmarkt.
Das Wagnis der wundersamen Geldvermehrung und ihre Folgen. *S2*

AKTUELL

Lebensmittelpreise.
Strategien der Europäischen Union zur Milderung der Folgen der steigenden Preise. *S3*

STEUERRECHT

Mehrwertsteuer.
EU verspricht Steuersenkungen als Maßnahme gegen Ölpreisanstieg. *S6*

Unternehmensrecht.
Wesentliche Änderungen für den Jahresabschluss. *S7*

Versicherungsrecht.
Beratungspflicht der Versicherung über günstigere Tarife vom OGH bestätigt. *S8*

WIRTSCHAFT

Merkantilismus.
Über die Aufgaben und die Arten des Währungssystems – Ein historischer Überblick. *S13*

B2B-Kreditkrise.
Zahlungsausfälle eröffnen die beginnende Kreditkrise. *S14*

ABTA Geschäftsreisestudie.
Österreich als Drehscheibe zwischen West- und Osteuropa. *S17*

Think-Small-First.
„Small Business Act“ für KMU – Förderungen für F&E. *S18*

ABTA Geschäftsreisestudie.
Österreich als Drehscheibe zwischen West- und Osteuropa. *S17*

Internet-Kommunikation.
Web 2.0 und Enterprise 2.0 – Herausforderung für KMU. *S21*

SERVICE

Impressum. *S2*

Kapitalmarkt.
Kapitalmarktstärkungs- und Innovationsgesetz 2008. *S4*

„Öl ist der neue Goldstandard“ – Lexpress im Interview mit Thomas Bachheimer. *S5*

INNOVATION

Symbolon.
Effektive Teamentwicklung – Die Sprache der Bilder. *S22*

Collaboration.
Mobile Webkonferenzen. *S22*

Preis: € 4,90
In Kooperation mit
LexisNexis
Creditreform

25. SEPTEMBER Geschäftsführer-Forum 2008
Anmeldung und Informationen:
www.ceo-community.at
Tel.: +43-1-997 10 22

confare
Gemeinsam. Besser. Machen.

Rb.b. Verlagspostamt 1220 Wien GZ 06Z037023 W

Kapitalmarkt. Thomas Bachheimer, CEO der Meridian Commodity Advisors, über die Risiken des „Währungsmanagements".

Das Wagnis der wundersamen Geldvermehrung und ihre Folgen

Der Begriff Inflation ist natürlich unweigerlich mit dem Begriff Geld verbunden. Um Inflation ausreichend erklären zu können, muss die Historie und das Wesen von Geld verstanden werden. Laut „Wikipedia" ist der Begriff Geld folgendermaßen definiert:

Geld – von ahd. gelt (= Zahlung, Vergütung) – ist ein Zwischentauschmittel, welches sich von anderen Tauschmitteln dadurch unterscheidet, dass es nicht unmittelbar den Bedarf eines Tauschpartners befriedigt, sondern aufgrund allgemeiner Anerkennung zum weiteren Tausch eingesetzt werden kann. Geld ist heute in der Regel spezifisch staatlich organisiert. Name und organisatorische Regeln zusammen werden als Währung bezeichnet.

Die staatliche Organisation von Geld, das „Währungsmanagement" und dessen Auswirkung auf die Inflation sollen Thema dieser Abhandlung sein. Es gab Zeiten, in denen Währungsmanagement nicht vonnöten war. Vor dem ersten Weltkrieg gab es ein Jahrhundert gesunden Geldes ohne Inflation. In dieser Zeit erhöhte sich der Weltreichtum mehr als jemals zuvor für über 100 Jahre mit andauernden stabilen Preisen. Mit der Abkehr vom klassischen Goldstandard, der Einführung der FED und des modernen Währungsmanagements und mit währungspolitischer Stimulation (Niedrigzinspolkitik) sowie dem Aufkommen der keynesianischen Theorien wurde der Boden für jene unglaubliche Entwicklung geschaffen, die im folgenden erklärt werden soll.

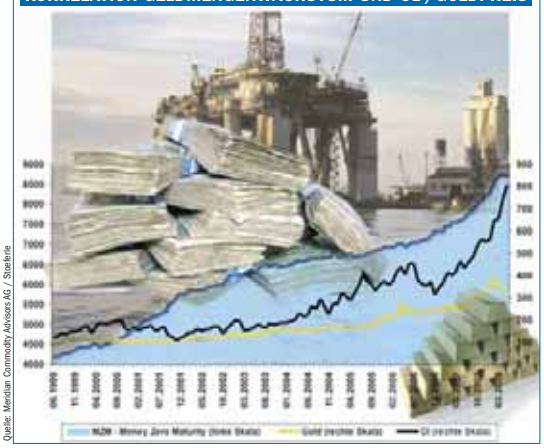
Das aktive Währungsmanagement war den Politikern natürlich sehr willkommen. Konnten Sie ja durch die Geldmengen die Wirtschaft künstlich stimulieren und Boomphasen verlängern und hatten eine wunderbare Erklärung dafür, dass Staatsausgaben wesentlich höher waren als die Steuereinnahmen, und die dadurch entstandenen Budgetlöcher wurden kurzerhand durch Geldmengenausweitung gedeckt.

Abschaffung des Goldstandards begünstigte den politischen Missbrauch

In einem Artikel aus dem Jahre 1966 erklärte Alan Greenspan, der Vorsitzende der US-Notenbank von 1987 bis 2006, die „geradezu hysterische Feindschaft" der Vertreter des Wohlfahrtsstaates gegen den Goldstandard. Er schrieb sinngemäß: Wenn das vom Staat ausgegebene Geld mit Gold gedeckt ist, wird der Kreditumfang, den eine Wirtschaft verkraften kann, von den realen Sachwerten der Wirtschaft begrenzt, weil jedes Kreditverhältnis letztlich ein Anspruch auf einen realen Sachwert ist. Durch die Abschaffung des Goldstandards konnten die Politiker das Banksystem für eine unbegrenzte Kreditexpansion missbrauchen. In Form von Staatsanleihen wurde Papiervermögen erzeugt, welches die Banken, wie Realvermögen als Sicherheit akzeptieren, gleichsam als Ersatz für das, was früher eine Einlage in Gold war. Der Inhaber einer Staatsanleihe oder eines auf Papiergeld gegründeten Bankguthabens glaubt, er hat einen gültigen Anspruch auf Realwerte. Es sind aber mehr Ansprüche auf Realwerte im Umlauf, als Realwerte selbst. Hier kommt das Gesetz von Angebot und Nachfrage ins Spiel. Wenn das Angebot an Geld (Ansprüchen) im Verhältnis zum Angebot von realen Gütern steigt, müssen die Preise unweigerlich steigen. Das heißt: Erträge, die von den Bürgern erspart wurden, verlieren in Gütern ausgedrückt an Wert. Ohne Goldstandard kann man seine Ersparnisse vor der Entwertung durch Inflation nicht schützen. „Staatsverschuldung ist einfach ein Mechanismus für die „versteckte" Enteignung von Vermögen. Gold verhindert diesen heimtückischen Prozess. Es beschützt Eigentumsrechte. Wenn man das einmal verstanden hat, ist es nicht mehr schwer zu verstehen, warum die Befürworter des Wohlfahrtsstaates gegen den Goldstandard sind." Beachtlich der Unterschied zwischen dem was Greenspan als Wissenschaftler feststellen konnte und was er dann tatsächlich als Notenbanker unter dem Einfluss der Politik (zB sollte eine Zinssatzsenkung ohne wirtschaftliche Notwendigkeit Clintons Wiederwahl 1996 garantieren) getan hat – nämlich genau das Gegenteil – er hat Geld aus dem Nichts geschaffen: „Fiat Money, es werde Geld"

Ohne das beliebig vermehrbare Papiergeld könnte es weder die permanenten Haushaltsdefizite des Staates noch eine Überexpansion der Kreditmengen durch die Banken geben, noch wären Zentralbanken erforderlich – und deren Zinspolitik schon gar nicht. So wie es ohne Alkohol keine Betrunkenen geben könnte, so auch ohne fiat money keine Inflation (Geldmengenvermehrung) – und somit auch keine Preisinflation. Ohne Inflation (also ohne Geldmengenvermehrung) auch keine Inflation der Konsumgüterpreise und keine Inflation der Vermögensgüterpreise. *(Zitat Roland Baader).*

KORRELATION GELDMENGENWACHSTUM UND ÖL-/GOLDPREIS



Quelle: Meridian Commodity Advisors AG / Steiferle

Völlig übersehen wurde aber, dass eine langfristige Geldmengenausweitung, die höher als das Wirtschaftswachstum ist, unweigerlich zu Inflation führen musste. Was von den heutigen Eliten immer verschwiegen wird oder in Vergessenheit gerät ist die Tatsache, dass das Wort Inflation ursprünglich für Geldmengenvermehrung stand. Das, was aus dieser Geldmengenaufblähung zwangsläufig folgt, nannte man (zur Unterscheidung von „Inflation") Güterpreisinflation oder Teuerung. Was man heute Inflation nennt, ist also eigentlich die Folge derselben. Die Güterpreisinflation oder Teuerung ist eine Folge der Inflation – also der Geldmengenaufblähung. Einfach erklärt: bei gleich bleibendem Produktions- und Dienstleistungsniveau und einhergehender Geldmengenvermehrung konkurriert mehr Geld um die gleiche Anzahl von Produkten.

Inflation ist der Preis politischer Machterhaltung

Das Aufkommen von Währungsmanagement öffnete der staatlichen Willkür Tür und Tor. Die politischen Eliten entdeckten natürlich sehr rasch welche Möglichkeiten zur Machterhaltung ihnen mit der Bestimmung des Zinses in die Hände gegeben wurden. In jedem demokratischen Land erhöhten sie die Ausgaben, um sich indirekt damit Wählerstimmen zu kaufen. Es wurden und werden vor Wahlen Versprechungen gemacht, die mit gesundem Hausverstand nicht im Entferntesten zu erfüllen waren und sind. Und jene Politiker, die am meisten versprachen und die Ausgaben durch Geldmengenerweiterung „zu covern" gedachten wurden natürlich am ehesten gewählt. Eine unheilvolle Spirale setzte sich in Gang – und zwar fast in allen demokratischen Systemen. Man muss sich folgendes verdeutlichen – vom Volk gewählte Volksvertreter entwerteten das von ihm geschaffene Kapital, um deren Versprechungen unter dem Deckmantel „Wohlfahrtsstaat" zu finanzieren und sich so eine weitere Periode an die Macht zu setzen.

In den USA erhöhte sich die Geldmenge seit 1960 von 300 Mrd USD auf 9.500 Mrd USD, das sind 3000 Prozent. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Kaufkraft des USD um 85%. Nicht viel anders verhielt sich der Kaufkraftverlust in Europa. Konnte ein alleinverdienender Familienvater (zB Gymnasiumlehrer) in den 70ern eine 4köpfige Familie ernähren, Wohnung, Auto und einen Urlaub finanzieren, so scheint das heute schier unmöglich – zumindest in Wien. Um den gleichen Standard heute zu erhalten (gut, bei Autos, Stereo- und Freizeitelektronik liegt man heute ein wenig besser) so muss die Partnerin vollzeitlich beruflich tätig sein. Wenn man nun die vielzitierte Produktivitätssteigerung seit den 70ern mit in Betracht zieht, so sieht es für die Familie von heute trist aus. Es arbeiten 2 Personen, beide haben eine statistisch höhere Produktivität aber der Lebensstandard ist derselbe. Wo ist die Differenz geblieben?

Diese Geldmengenexplosion ist auch für die Blasenbildung im Kredit-, Immobilien-, und Hypothekenwesen verantwortlich zu machen. Seit der Bush Administration 2000 liegt die Geldvermehrungsrate konstant auf über 10% und genau diese Vermehrungsrate könnte uns in Zukunft noch ordentlich zu schaffen machen. Die nicht nur im USD-Raum spürbare Folge: Die wichtigsten Rohstoffe Erdöl und Gold als historisch begehrteste Tauscheinheiten haben sich gegenüber dem USD seit 2000 versechs- bzw vervierfacht. Während Gold und sein „schwarzes" Pendant ihr Preisniveau zueinander nur geringfügig änderten verlor der USD rasant an Kaufkraft. Konnte man 2003 mit 100 USD 3,3 Barrel Öl kaufen so sind es heute nur 0,75.

Inflationsdaten zählen nur für Kaufkräftige

Über lange Zeit konnte man die Auswirkungen dieser Geldpolitik noch verbergen. Denn zu Beginn korrigierte man die Teuerungsraten dadurch, dass man die Warenkörbe veränderte (der berühmte TV-Flatscreen im Warenkorb obwohl er nur alle 10 Jahre gekauft wird). Die Zusammensetzung der Warenkörbe scheint besonders ironischer Natur. Nämlich die Unter- und Mittelschicht, deren Lebensmittel-, Energie- und Mietanteil an den Gesamtausgaben wesentlich höher ist, sind einer höheren Inflation unterworfen als offiziell dargestellt. Dies, weil jene Schichten mit Sicherheit weniger elektronische Geräte, Autos und Flugreisen konsumieren. Dh die ohnehin frisierten Inflationsdaten zählen nur für Reiche. Arme sind von der Teuerung wesentlich stärker betroffen, als es uns die offiziellen Statistiken glauben machen wollen.

Aber man verbesserte auch qualitativ die Produkte in den Warenkörben (hedonic adjustments). Dies war eine Idee aus den 80ern, als zB die PCs von Jahr zu Jahr besser wurden, gleichzeitig aber nur unwesentlich teurer (PCs wurden binnen Jahresfrist doppelt so schnell, kosteten aber nur 15% mehr). Dies schien damals sinnvoll und gut. In den USA ist man aber 2004 und 2005 dazu übergegangen, Bananen und Milch qualitativ aufzuwerten. Beispielsweise konnte die Banane ihre Qualität offiziell um zB 30% verbessern, obwohl sie in jenem Jahr nur um zB 15% teurer geworden ist, wodurch die Banane inflationshemmend auf die offizielle Inflationsrate wirkte. Dieses Versteckspiel wurde in den USA sehr liebevoll, kreativ, um nicht zu sagen exzessiv betrieben, um die aufkommende Verunsicherung zu vertuschen und die daraus resultierenden Folgen auf die lange Bank zu schieben.

USA Pionier im „Geld vermehren"

Eines vorweg, es soll hier in keinster Weise ein Amerikabashing betrieben werden. Ich möchte ausdrücklich erwähnen, dass sich so ziemlich alle Nationen westlicher Prägung dieser Methoden bedienten. Allen voran Österreich unter Kreisky. Die hier angewandten Methoden wurden sogar mit dem eigenen Terminus „Austro-Keynsianismus" bezeichnet. Aber auch Schweden unter Olof Palme war auf dieser Ebene äußerst rührig.

Der USD hat enormen Einfluss auf sämtliches Wirtschaftgeschehen und deshalb betreffen uns Geschehnisse in dieser Währung mehr als in allen anderen zusammen. Dies zeigt sich zB in den wichtigsten Rohstoff der Welt: Wie viele andere wichtige Rohstoffe wird auch das Öl in Dollar gehandelt und abgerechnet. Jeder, der Energie kauft, muss USD kaufen. Diese Tatsache ermöglichte es den Amerikanern, ihre Geldmenge noch mehr als jede andere Nation auszudehnen und ihr Haushaltsdefizit drastisch zu erhöhen. In den letzten 10 Jahren, besonders seit Bush II, pflasterten die USA die Welt mit ihren durch nichts gedeckten Dollars förmlich zu.

Jeder Liter Benzin unterstützt den US-Dollar

Natürlich wird auch in den USA solch ein Verhalten mit Inflation bestraft. Aber da ist gibt es ja noch das Öl, welches gehörig Druck vom Dollar nimmt. Die Welt verbraucht heuer 88 Mio Barrel/Tag gegenüber 87,5 im vorigen Jahr. Da sich der Ölpreis in den letzten 12 Monaten verdoppelt hat, verbraucht die Welt, um diese Energie zu kaufen, die doppelte Menge an USD, gegenüber 2004 die vierfache Menge. Und dies frisst einen Großteil der Dollargeldmenge weg.

Forsetzung S3

EU-LEBENSMITTELPREISE STIEGEN INNERHALB EINES JAHRES UM 7,1 PROZENT

Drei-Punkte-Strategie der EU zur Milderung der Folgen der steigenden Lebensmittelpreise

Die politischen Maßnahmen umfassen neben der Generalüberprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Überwachung des Einzelhandelssektors die Verbesserung des Angebots der Landwirtschaft und die Gewährleistung der Ernährungssicherheit, sowie die Förderung von Biokraftstoffen der zweiten und dritten Generation und die Beteiligung an den weltweiten Bemühungen um die Linderung der Folgen der gestiegenen Lebensmittelpreise für die ärmsten Bevölkerungsschichten.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso äußerte sich dazu folgendermaßen: „Die Europäische Union hat auf den plötzlichen Anstieg der Lebensmittelpreise rasch reagiert. Wir haben es hier mit einem Problem zu tun, dass zahlreiche Ursachen und vielfältige Folgen hat. Deshalb müssen wir an mehreren Fronten gleichzeitig handeln."

Warum sind die Lebensmittelpreise angestiegen?

Der Preisanstieg beendete eine Periode von dreißig Jahren rückläufiger Agrarpreise. Neuen Hinweisen zufolge bewegen sich die Preise der meisten Rohstoffe nicht mehr auf den Anfang 2008 erreichten Rekordhöhen. Zu den strukturellen Ursachen der höheren Lebensmittelpreise zählen eine ständig ansteigende Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln und höherwertiger Nahrung der großen Schwellenländer sowie ein allgemeines Wachstum der Weltbevölkerung. Die steigenden Energiepreise wirken sich ebenfalls deutlich auf die Lebensmittelpreise aus, da sie die Kosten der landwirtschaftlichen Betriebsmittel – der Preis für stickstoffhaltige Düngemittel ist seit 1999 um 350% gestiegen – und die Transportkosten in die Höhe treiben. Die Ernteerträge sind rückläufig, neue Absatzmärkte werden erschlossen. Zu den temporären Ursachen der gestiegenen Preise zählen Missernten in zahlreichen Regionen der Welt, ein historisch niedriger Lagervorrat, die Abwertung des US-Dollars sowie Ausfuhrbeschränkungen in zahlreichen Ländern, die den Weltmarkt mit Agrarrohstoffen beliefern. Spekulationen haben die Preisschwankungen weiter verstärkt.

Foto: pixelio.de

Luxus – nicht nur für die Ärmsten

Auswirkungen innerhalb der EU

Die Preisanstiege wurden aufgrund der Euro-Aufwertung, des rückläufigen Anteils landwirtschaftlicher Rohstoffe an den Produktionskosten für Nahrungsmittel im Vergleich zu den Energie- und Arbeitskosten und des geringen Anteils der Lebensmittelausgaben an den Ausgaben eines Durchschnittshaushalts nicht voll auf die Verbraucherpreise übergewälzt. Die Auswirkungen des Anstiegs der Lebensmittelpreise werden in den Mitgliedstaaten unterschiedlich wahrgenommen. Überall aber sind sie besonders schwer für Familien mit geringem Einkommen zu verkraften. Das gleiche gilt für die verschiedenen Bereiche der Landwirtschaft: Während die Getreidebauern sich über steigende Preise freuen, leiden die Tierhalter unter dem Anstieg der Futtermittelpreise.

Weltweite Folgen

Am stärksten getroffen sind jene Entwicklungsländer, die ihre Lebensmittel importieren müssen. Die weltweiten Gewinner sind die Nettoexporteure. Bislang haben die höheren Preise noch nicht zu einer Verknappung des Nahrungsmittelangebots geführt, wohl aber zu mehr Armut, Unterernährung der weltweit Ärmsten und erhöhter Anfälligkeit für weitere externe Schocks. Mittel- bis langfristig bieten die steigenden Preise den Landwirten in den Entwicklungsländern allerdings neue Erwerbschancen und könnten den Beitrag der Landwirtschaft zum Wirtschaftswachstum stärken.

Künftige Entwicklung

Die Lebensmittelpreise sind gesunken. Nach den Erwartungen der Kommission wird diese Entwicklung anhalten und zu einer Beruhigung der Märkte beitragen. Allerdings kann nicht von einer Rückkehr zum Preisniveau vor der Krise ausgegangen werden.

Politische Maßnahmen

- Generalüberprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik und Überwachung des Einzelhandelssektors im Rahmen der Überprüfung der Binnenmarktpolitik im Einklang mit den Wettbewerbsregeln.
- Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots der Landwirtschaft und zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit, einschließlich Förderung von Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe und Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten und dritten Generation in Europa und weltweit, sowie Stärkung der Agrarforschung und Wissensbildung, insbesondere in den Entwicklungsländern.
- Beteiligung an den weltweiten Bemühungen um die Linderung der Folgen der gestiegenen Lebensmittelpreise für die ärmsten Bevölkerungsschichten. Dazu gehören ein auf internationaler Ebene, namentlich im Rahmen der VN und der G8, besser abgestimmtes Vorgehen zur Bewältigung der Lebensmittelkrise, der kontinuierliche Einsatz der EU für eine offene Handelspolitik, die den ärmsten Ländern der Welt einen präferenziellen Zugang zum EU-Markt gewährleistet; eine rasche Antwort zur Deckung des Sofortbedarfs an humanitären Hilfsleistungen und Ausrichtung der Entwicklungshilfe an langfristigen Projekten zur Wiederbelebung der Landwirtschaft der Entwicklungsländer.

Quelle: EC

Die Schlussfolgerung daraus bedeutet nichts anderes, als dass wir mit jedem Liter Benzin den USD (unter)stützen. Dies ist der wahre Grund, warum wir es mit derartig hohen Ölpreisen zu tun haben und es auch weiterhin haben werden. Natürlich sorgt auch der Nachfrageschub aus China und Indien für einen Preisauftrieb, sicherlich auch die Spekulanten – aber ein wesentlicher Gund für den explodierenden Preis sind die Schwäche und die übergroße Geldmenge des USD.

Ratlosigkeit, und erstauntes Entsetzen bei den heutigen Politikern, die das Erbe ihrer politischen Vorfahren aber auch ihr eigenes Handeln zu verantworten haben. Das Ungeheuer Inflation wird mit weiterer Geldmengenausdehnung, zB einmaligen Inflationszuschüssen, Gusi-100-er, dem Inflationsscheck, den arme bis mittelständische US-Bürger erhalten haben – zu bekämpfen versucht. Hier vergessen die Machthabenden jedoch eines ganz gerne: der Staat kann uns nur jenes Geld geben, dass er uns zuvor abgenommen hat oder uns künftig abnehmen wird. Die Folgen der Geldemengenausdehnung mit Geldmengenausdehnung zu heilen, ist sicher der falsche Weg. Wer dies nur im Entferntesten andenkt, beweist, dass er entweder das Problem der Inflation nicht verstanden hat, oder dass er das Volk weiter – zumindest über seine Amtszeit hinaus – im Dunkel lassen möchte.

Wenn Politiker und Notenbanker weiterhin solch ein währungspolitisches Verhalten an den Tag legen, kann die Entwicklung im Rohstoffbereich in den nächsten Jahren nur so weitergehen wie bisher, nämlich stark aufwärts Richtung Blasenbildung.

Ausblick

Preissteigerungen in den Rohstoffen sind natürlich der Nährboden dafür, dass auch wir Konsumenten mit erheblichen Preissteigerungen zu rechnen haben. Allerdings sind wir dem nicht schutzlos ausgeliefert. Sowohl Privatpersonen als auch Unternehmungen gleich welcher Branche und Größe können Vorkehrungen treffen. Je nach Interessenslage gibt es viele Strategien sich gegen die Inflation zu schützen – und das macht doch Hoffnung.

Autor: Thomas Bachheimer

Anm. der Redaktion: Der Rohstoff-Experte Thomas Bachheimer ist regelmäßig Gast-Analyst für Energiemärkte bei CNBC and N-TV.

Foto: meridianca

Thomas Bachheimer
Geschäftsführer Meridian Commodity Advisors

KONTAKT

Meridian Commodity Advisors AG
Bahnhofstraße 9, CH-6341 Baar, Zug
Tel.: +41-79-648 42 24
E-Mail:
thomas.bachheimer@meridianca.com
www.meridianca.com

FIAT MONEY

Als Fiat Money bezeichnet man Geld, dessen juristische Deckung durch reale Vermögenswerte nicht vollständig ist oder gar gänzlich fehlt. Im Gegensatz zu Warengeld oder Kurantmünzen, welche einen Eigenwert haben, der dem Nennwert entspricht, handelt es sich bei Fiat Money um sg stoffwertloses Geld, dh hier ist keine Deckung in Gold oÄ vorhanden. Papiergeld oder Scheidemünzen sind deshalb eigentlich als Fiat Money zu bezeichnen, vorausgesetzt sie sind nicht in voller Höhe zum vollen Nennwert in Kurantgeld einzutauschen.

Der Begriff Fiat Money leitet sich dabei von dem lateinischen Wort „Fiat Lux" ab, was soviel bedeutet wie „Es werde Licht", was aus der Schöpfungsgeschichte der Bibel stammt.

Man kann Fiat Money als „Geld aus dem Nichts" bezeichnen. Fiat Money kann aber auch durch ein Waren- und Leistungsangebot wirtschaftlich gedeckt sein und dennoch keine juristische Deckung besitzen, wobei die Möglichkeiten, Fiat Money zu schaffen, nur so lange bestehen, wie Marktteilnehmer dem so emittierten Geld auch einen Wert beimessen. So schuf zum Beispiel die chinesische Yuan-Dynastie die erste Fiat Money-Währung der Welt und zwar im 13. Jahrhundert, als die Golddeckung des aus der Song-Zeit übernommenen Papiergeldes abgeschafft wurde.

Kommerzielle und überstaatliche Zahlungen werden heute häufig durch materielle Absicherungen vereinbart. Grund dafür ist eine Absicherung gegen einen eventuellen monetären Ausfall.

Finanz-Lexikon.de

VAV IMMO PAKET

Attraktiv und umfassend – die Gebäudeversicherung im VAV Immo Paket

VAV VERSICHERUNGEN

[Gut aufgehoben]

VAV Versicherungs-Aktiengesellschaft
Münzgasse 6 & Beatrixgasse 1 · 1030 Wien
Telefon: 01/716 07-0 · Fax: 01/716 07-100
E-Mail: info@vav.at · **www.vav.at**
Vertriebspartnerportal www.vavonline.at

Kapitalmarktstärkungs- und Innovationsgesetz 2008. Ministerialentwurf.

Höheres Wachstum bei risikokapitalfinanzierten Unternehmen regt Gesetzesänderung an

Die reibungslose Bereitstellung von Risikokapital (Private Equity oder Venture Capital) ist für die Dynamik der heimischen Wirtschaft besonders wichtig. Laut einer Studie des WIFO weisen risikokapitalfinanzierte Unternehmen ein um 70 Prozent höheres Umsatz- und um 50 Prozent höheres Beschäftigungswachstum auf als vergleichbare Unternehmen, die auf herkömmliche Finanzierungen zurückgreifen.

Außerdem zeigen Studien, dass viele innovative Firmen gar nicht existieren würden, hätten sie keinen Zugang zu Risikokapital gehabt.

Der Anteil von Risikokapitalfinanzierungen am Bruttoinlandsprodukt beträgt in Österreich jedoch nur rund ein Siebentel des europäischen Durchschnitts. Das Kapitalmarktstärkungs- und Innovationsgesetz 2008 soll deshalb die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Risikokapital verbessern.

INVESTMENTGESELLSCHAFTEN-GESETZ

- Mit der Investmentgesellschaft (IG) soll eine neue Struktur für die Veranlagung in Beteiligungen, die Risikokapital darstellen, geschaffen werden.
- Veranlagt werden soll primär in Eigenkapital, so genannte Annexfinanzierungen (im Wesentlichen stille Beteiligungen und Kredite) können zwar gewährt werden, sollen jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielen.
- Branchenmäßige Beschränkungen in der Veranlagung bestehen nicht, ebenso ist die Flexibilität in der Wahl des Unternehmens gewahrt. Um ein qualitativ wie auch quantitativ gut strukturiertes Portfolio zu erreichen, sind Beteiligungen an KMU wie auch an Großunternehmen möglich, soweit sie Risikokapital darstellen.
- Das Kapital muss für Sanierungs- oder Innovationszwecke verwendet werden.
- Für die Behaltedauer der Beteiligungen sind Grenzen definiert: Nach unten mit einem Jahr, um spekulative Beteiligungsdeals zu verhindern, nach oben mit zehn Jahren, um Exit-Strategien in Richtung Börse oder strategischer Investoren zu öffnen.
- Die Investmentgesellschaft kann als Kommanditgesellschaft oder Aktiengesellschaft organisiert sein und ermöglicht damit Flexibilität gegenüber den Investoren, weil dadurch sowohl natürliche als auch juristische Personen als Kapitalgeber auftreten können.
- Das Gesellschaftskapital einer Investmentgesellschaft soll mindestens zwei Millionen Euro zu betragen haben. Die Einlage eines Investors in eine Investment-Kommanditgesellschaft hat mindestens EUR 50.000,- zu betragen.
- Das Management der Investmentgesellschaft kann durch natürliche Personen oder eine Kapitalgesellschaft als Managementgesellschaft erfolgen. Es werden hohe Anforderungen an das Management der IG gestellt, das ua auch spezielle Qualifikationen für PE/VC-Finanzierungen erbringen muss.
- Die Investmentgesellschaft hat verpflichtend eine Depotbank mit der Verwahrung ihrer Vermögenswerte und der Führung ihrer Konten zu beauftragen. Dieser Depotbank werden eine Reihe von Pflichten auferlegt, für deren Nichterfüllung sie gegenüber der IG und den Investoren haftet.
- Für IG soll eine Basistransparenzverpflichtung bestehen. Sie hat ua ein Informationsdokument zu veröffentlichen, das die für Investoren relevanten Sachverhalte beinhaltet und laufend, mindestens monatlich, zu aktualisieren ist.
- Die gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungen sehen außerdem erweiterte Prüfungsbestimmungen und Sanktionsnormen vor.
- Eine Liste der Investmentgesellschaften soll von der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) geführt und veröffentlicht werden.
- Das In-Kraft-Treten des IGG steht im ME noch nicht fest.

Foto: sxc.hu

Ohne Risikokapital tun sich besonders innovative Unternehmen schwer

KÖRPERSCHAFTSTEUERGESETZ 1988

- Für Beteiligungen, die von der Investmentgesellschaft gehalten werden, soll eine Beteiligungsneutralität und eine partielle Zinsneutralität vorgesehen werden. Gewinne aus Beteiligungsveräußerungen sollen nicht steuerpflichtig sein, dafür sollen auch Verluste nicht absetzbar sein. Zinsgewinne aus der Gewährung von Darlehen (Annexfinanzierungen) sollen innerhalb gewisser Grenzen von der Steuer befreit sein, dafür soll der Zinsaufwand nicht von der Steuer abzugsfähig sein.Werden an die Eigentümer der Gesellschaft jedoch Gewinne ausgeschüttet, sind diese wie bei jeder anderen Gesellschaft normal zu versteuern.
- Investmentgesellschaften sollen von der Einbeziehung in die Gruppenbesteuerung ausgeschlossen werden.
- Für Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften wird die Möglichkeit geschaffen, sich unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen steuerneutral in eine Investmentgesellschaft umzuwandeln, wenn sie die Vorgaben für Investmentgesellschaften erfüllen.

Die Begutachtungsfrist endet am 16. 7. 2008.

LITERATURTIPP

STIFTERRECHTE IN ÖSTERREICH UND LIECHTENSTEIN

Dieses Werk befasst sich schwerpunktmäßig mit Gestaltungsmöglichkeiten, dem Stifter auch nach Entstehung der Stiftung die Verfügung über das Stiftungsvermögen zu eröffnen, auf die Geschäftsführung der Stiftung Einfluss zu nehmen und die Vermögensübertragung auf die Stiftung gegebenenfalls rückgängig zu machen. Dabei werden die Vorteile, aber auch die rechtlichen Risiken einer flexiblen Stiftungsausgestaltung dargestellt. Die Judikatur des österreichischen und des liechtensteinischen OGH wurde bis in das Jahr 2007 berücksichtigt.

Die Autorin:
Dr. Verena Hügel

LexisNexis ARD Orac
Wien 2008, 208 Seiten
ISBN 978-3-7007-3968-5
Best.-Nr. 36.23.01
Preis € 39,-

Trotz wachsender Beitragseinnahmen überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen bei Krankenkassen.

Betriebe sichern mit über 23 Mrd Euro das Sozial- und Gesundheitssystem

2006 wurden für pflichtversicherte Erwerbstätige von den Dienstnehmern 13,6 Milliarden Euro und von den Dienstgebern 23,2 Milliarden Euro geleistet. Insgesamt 36,8 Milliarden Euro.

Österreichs Dienstgeber und Dienstnehmer zahlen hohe Beiträge zur Finanzierung des heimischen Sozial- und Gesundheitssystems. 2007 zahlten die heimischen Betriebe 16,4 Milliarden Euro an Arbeitgeberbeiträgen für die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung. Die Dienstnehmer bzw. Versicherten leisteten 11,2 Milliarden an Beiträgen. Allein in die Gebietskrankenkassen (ASVG) flossen im Vorjahr von den Dienstgebern 2,835 Mrd Euro. Die Dienstnehmer bzw Versicherten zahlten 2,949 Mrd Euro.

BEITRÄGE FÜR PFLICHTVERSICHERTE ERWERBSTÄTIGE 2006 OHNE SELBSTSTÄNDIGE

	insg. Mio EUR	DN EUR	DG EUR
Krankenversicherung	5.520,00	2.815,00	2.705,00
Pensionsversicherung	17.464,00	7.851,00	9.613,00
Unfallversicherung	990,00	0,00	990,00
Arbeitslosenversicherung	4.400,00	2.200,00	2.200,00
IESG-Zuschlag	515,20	0,00	515,20
Arbeiterkammer	368,00	368,00	0,00
Wohnbauförderung	736,00	368,00	368,00
NSchG	17,30	0,00	17,30
BMVG	1.126,08	0,00	1.126,08
Beitrag zum FLAF	3.687,40	0,00	3.687,40
Kommunalsteuer	2.000,00	0,00	2.000,00
Gesamt	**36.823,98**	**13.602,00**	**23.221,98**

Quelle: WKO

Martin Gleitsmann, Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich: „Österreichs Betriebe zahlen jährlich Milliardenbeträge in das österreichische Gesundheits- und Sozialsystem. Entgegen den Vorwürfen von Ärztekammer-Präsident Walter Dorner sind Österreichs Unternehmen gute Betragszahler und sichern so die Gesundheit der Österreicher, sichern den Betrieb von Spitälern, und von ärztlichen Behandlungen. Zusätzlich zu den direkten Beiträgen der Wirtschaft in unser Sozialsystem kann hier auch noch die unentgeltliche Einhebung und Abfuhr der Beiträge an die Sozialversicherung angeführt werden. Das entspricht ungefähr einem Wert von weiteren 500 Mio Euro pro Jahr."

Umso mehr schmerzt die Weigerung von Dorner, endlich auch einen Beitrag der Ärzte zur Sanierung des Gesundheitssystems auf den Tisch zu legen. Gleitsmann zu Dorner: „Nur Nein sagen, nur von anderen mehr Geld zu verlangen und selbst zur Gesundung der kranken Kassen nichts beitragen zu wollen, ist dürftig und unsolidarisch mit den Versicherten."

Dabei ist die wirtschaftliche Lage der Krankenkassen durchaus dramatisch, erinnert Gleitsmann. Im Jahr 2007 verzeichneten die Krankenversicherungsträger einen saldierten Gebarungsabgang von 344 Mio Euro, die Gebietskrankenkassen sogar einen solchen in Höhe von 426 Mio. Die Beitragseinnahmen stiegen zwar aufgrund der guten Wirtschaftslage um 4,3% und waren damit weitaus besser als erwartet. Dennoch nahmen die Versicherungsleistungen 2007 noch mehr, nämlich um 6,1%, zu! Unerklärlich ist bis heute, dass allein vom Jahr 2006 auf das Jahr 2007 um vier Millionen Arztkontakte mehr zu verzeichnen waren, die entscheidend zu dieser Ausgabensteigerung beitrugen. Verschärft wird die finanzielle Lage durch die Vermögenssituation einiger Gebietskrankenkassen, von denen bereits einige vor der Zahlungsunfähigkeit stehen. Würden jetzt keine Maßnahmen getroffen, so steigt das negative Reinvermögen der Gebietskrankenkassen bis zum Jahr 2012 auf knapp 3 Mrd Euro an, womit die Liquidität nicht mehr sichergestellt wäre.

Gleitsmann: „Alle Partner des Gesundheitssystems, die Krankenversicherungsträger selbst, aber auch die Ärzte, die Pharmawirtschaft, die Apotheken, Institute etc müssen in dieser schwierigen Situation einen Sanierungsbeitrag einbringen."

Text: WKO, Mag. Rupert Haberson

Interview. Lexpress im Gespräch mit Thomas Bachheimer, Geschäftsführer der Meridian Commodity Advisors AG in Zürich.

„Öl ist der neue Goldstandard“

Thomas Bachheimer konzentriert sich auf „Commodity-Futures“-Märkte, die im Speziellen auf Energie- und Metallfutures konzipiert sind, und entwickelte hierfür ein automatisiertes Handelssystem. Sein Unternehmen bietet mittels eines Handelssystems eine Absicherung des Preisrisikos im Energie- und Edelmetallbereich an.

Lexpress, Michael Pfeiffer: *Herr Bachheimer, Sie haben 2004 an internationalen Märkten die inflationären Tendenzen im Energiebereich vorausgesagt. Wie waren damals die Reaktionen?*

Thomas Bachheimer: „Ja, ich habe im März 2004 bei einem Stand von 33 einen Ölpreis von 80-100 vorausgesagt – so weit ich weiß, war ich der erste und einzige damals. Die Reaktionen waren natürlich ungläubiges Staunen und Verächtlichmachung. Als der Sender von der OPEC nach London zurückschaltete, meinte einer der Gastanalysten im Studio „Is this man on his planet?“. Er meinte bei einem Ölpreis von 50 würde die Weltwirtschaft stillgelegt werden. Er hatte Gottseidank unrecht.“

Wie kamen Sie damals zu dieser Prognose?

TB: „Natürlich war der Hauptgrund für meine Überlegungen die Geldmenge und das damit verbundene Spiel USD vs Öl. Es gibt aber noch andere Gründe, die zur Stärke dieser Aufwärtsbewegung beigetragen haben.“

Die vielzitierten Spekulanten?

TB: „Die spielen natürlich auch eine Rolle, meiner Meinung nach wird aber deren Einfluss auf steigende Preise überschätzt. Generell kann man sagen, dass die Spekulation Trends in Märkten verstärkt – sie aber niemals setzt. Ich habe einige Studien über den Einfluss von Spekulation auf die Energiepreise gelesen. Aber keiner schätzt die Spekulationsprämie höher als 20 USD ein. Allein im Mai ist der Ölpreis aber 20 USD gestiegen. Stark verkürzt könnte man sagen: durch die Spekulanten ist der Ölpreis seiner Zeit um einen Monat voraus. Die Kehrseite der Medaille wird aber niemals erwähnt, nämlich in Abwärtsbewegungen. Als wir im Sommer 2006 auf USD 80 standen, war der in den Medien genannte Aufpreis durch Spekulation USD 8. Jeder sprach darüber, dann kam es zu einem starken Preisrückgang, der die Preis auf USD 50 zurückgesetzt hat. Hier haben auch Spekulanten den Trend verstärkt, diesmal nach unten. Da hat niemand ein Wort darüber verloren.“

Was sind die anderen Gründe?

TB: „Zunächst einmal sei festgestellt: die Energiemärkte spiegeln nur selten die momentan vorherrschende Angebots-/Nachfragesituation wieder; Energiepreise und die Stimmung an Energiemärkten sind vielmehr eine Reaktion auf eine gewisse politische Stimulans, wie wir es voriges Jahr gesehen haben: Auf einmal musste Biosprit mitgetankt werden. Jetzt nur ein Jahr später hat man zu Recht ethische Bedenken, da man damit ja Menschen Nahrungsmittel wegnimmt, und das Meinungspendel schwingt wieder zurück.

Es ist aber so, dass seit 2004 in den Energiemärkten kein Stein auf dem anderen steht. China und Indien haben unsäglichen Durst, welcher langfristig von Nachfrageseite her ordentlich Druck auf die Märkte machen wird. Beide Länder wuchsen mit ca 10% pa. Sollten Sie nur durchschnittlich mit 3% wachsen, so würde dies in 20 Jahren einen Mehrbedarf von 30 Mio Barell pro Tag bedeuten. Dh wir müssten Produzenten im Ausmaß von 3 Mal Saudi Arabien finden. Unmöglich.“

Und ihre Meinung bezüglich des künftigen Ölangebotes?

TB: „Die momentane Versorgungslage ist ok. Die Ölwelt wurde aber 2004/2005 vom plötzlichen Nachfrageschub überrascht und es gab Tage/Wochen, wo es wirklich knapp war. Mittlerweile ist die Up- und Downstreamentwicklung vorangegangen und es konnten neue Kapazitäten erschlossen werden. Der Unterschied zu vor 10, 20 Jahren ist, dass die sg „spare capacities“ zurückgegangen sind. Hat man früher 3-5 Mio Barrel/Tag sofort produzier- und lieferbare Ölreserven gehabt, so sind die Reservekapazitäten im Falle von Terroranschlägen, Kriegen, Pipelineproblemen, momentan unter 3 Mio Barrel. Die langfristigen über 5 Jahre hinausgehenden Aussichten sind da schon spannender. Nur eine Zahl zum Vergleich: in Europa gibt es zwischen 400 und 500 Autos pro 1000 Einwohner, in China sind es nur 7! Man kann sich vorstellen, was passiert, wenn China sich hier dem Westen annähert. Ob hier die OPEC die benötigten Kapazitäten rechtzeitig schaffen kann, ist sehr fraglich.“

Sie nennen jetzt die OPEC, warum nur die und nicht alle produzierenden Länder. Produziert die OPEC nicht nur 40% des täglichen Bedarfes?

TB: „Das haben Sie gut beobachtet, die OPEC ist momentan das größte Kartell mit 40% der Weltproduktion, aber es liegen über 2/3 der bekannten weltweiten Reserven auf bzw unter OPEC Territorium. Daher wird diese von Jahr zu Jahr wichtiger. Der OPEC-Anteil steigt pro Jahr um ca 3%. Das wissen auch die USA und daher muss man besonders das Spiel OPEC – USA sehr genau beobachten.“

Erklären Sie uns dieses „Spiel“ bitte.

TB: Ich bin der Meinung, dass die USA die OPEC am Gängelband haben, und dass dies der OPEC nicht mehr ganz recht sein kann. Die Erdölproduzenten wollen Energie liefern und natürlich damit Gewinne machen. Jetzt hat ihr Produkt aber eine ganz neue, währungspolitische Funktion erhalten, und man sieht, wer der eigentliche Gewinner des Spieles ist. Sämtliche Appelle, Öl in anderer Währung oder in einem Baskett aus Währungen, Gold ua zu fakturieren, werden abgeschmettert. Weiterhin bleibt der USD die Settlementwährung. Öl ist der neue Goldstandard. Es wird immer öfter als Antipode zum USD gehandelt. Terminkontrakte auf Öl fungieren mittlerweile als Absicherungsinstrument gegen einen fallenden USD und die OPEC sieht hier nur zu.“

Und dies hat natürlich Auswirkungen auf uns alle ...

TB: Genau. Jeder Mensch verbraucht Energie und dadurch ist auch jeder betroffen, wir brauchen massenweise Benzin und Diesel, das hilft den Amerikanern ihre währungspolitischen Probleme zu lindern. Eine Frechheit, aber gut inszeniert. Und so auch, neben dem Durst Chinas und Indiens, ein Grund, warum wir mit weiterer Erhöhung von Energiepreisen zu rechnen haben. Diese hohen Kosten ziehen natürlich Preissteigerungen in allen anderen Bereichen nach sich. Die Challange der Manager wird in den nächsten Jahren darin liegen, sich möglichst geschickt vor Preissteigerungen abzusichern.“

Vielen Dank für das Gespräch.

LITERATURTIPP

BEST OF PV-PRAXIS

Praxisfälle und Tipps aus der Praxis

Alle Abrechnungsfehler, die Sie kennen und vermeiden sollten finden Sie mit Abrechnungshinweisen im „Best of“ der Zeitschrift „Personalverrechnung für die Praxis“.

Praxisfälle, die Ihnen den Personalistenalltag erleichtern sowie Gestaltungstipps, bei denen Sie garantiert Lohnabgaben und Lohnsteuer sparen machen dieses Werk neben umfassenden Themenspecials zu den Themen Urlaub, Beendigung von Dienstverhältnissen und einem Leitfaden zum Krankenstand (mit Krankenstands-ABC) zu einem unverzichtbaren Arbeitsbehelf.

Der Autor:
Ing. Mag. Ernst Patka

LexisNexis ARD Orac
Wien 2008, 160 Seiten
ISBN 978-3-7007-3842-8
Best.-Nr. 98.18.01

Preis € 22,–

Lebensmittelhandel. Dr. Erich Schönleitner ortet den Finanzminister als Gewinner der Preiserhöhung.

Nicht der Handel ist der Preistreiber

„Kaum eine Warengruppe entgegen der Empfindungen vieler Konsumenten ist in den letzten 20 Jahren umso viel günstiger geworden, als Lebensmittel. Wie eine aktuelle Studie der FH Steyr beweist, ist der Lebensmittelhandel nicht für die zuletzt stattgefundenen Preiserhöhungen verantwortlich. Der oö. Lebensmittelhandel weist deshalb auch entschieden Schuldzuweisungen von Politik und Konsumentenschützern wegen der derzeitigen Teuerungsraten zurück“, betont Gremialobmann Johannes Jetschgo.

„Es gibt kaum eine Branche, in der mehr Wettbewerb herrscht wie im Lebensmittelhandel, wie man aus dem hohen Filialisierungsgrad und der Konzentration (Fünf Konzerne besitzen 90 Prozent Marktanteil) leicht ablesen kann. Unternehmergeführte Betriebe konnten gerade wegen ihrer Kostenstruktur nicht mehr mithalten und wurden von den Filialisten entweder verdrängt oder in ihre Organisation als selbständige Händler aufgenommen. Diese Entwicklung bekamen natürlich auch die Landwirtschaft und die nachgelagerte verarbeitende Wirtschaft zu spüren, wo es ebenfalls zu einer starken Konzentration gekommen ist. Dies hat aber dazu geführt, dass die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Lebensmittel in den letzten fünf Jahrzehnten von 45 auf 12 Prozent gesunken sind. Die Lebensmittelpreise blieben im Zeitraum von 1986 bis 2007 um 14 Prozent unter dem Verbraucherpreisindex und sogar um 22 Prozent unter der durchschnittlichen Lohnentwicklung. Das heißt, die Lebensmittel waren – trotz der Preissteigerungen im vergangenen Jahr - noch nie so billig wie heute“, ist Jetschgo überzeugt.

„Natürlich spüren weniger gut Verdienende die Preiserhöhungen mehr, als die besser Verdienenden. Daher bietet der Lebensmittelhandel eine Vielfalt von Angeboten für diese Zielgruppe an und zwar in fast allen Bereichen. Außerdem hat der Lebensmittelhandel mittlerweile auf Grund gesunkener Einstandspreise schon wieder Preissenkungen, wie zB bei Milch, durchgeführt und es gibt eine Reihe von neuen Niedrigpreiskampagnen“, berichtet Gremialobmann-Stv. Dr. Erich Schönleitner.

Laut Schönleitner finden häufig nur Preisvergleiche von einer Handvoll Produkten statt, ohne zu bedenken, dass im Lebensmittelhandel durchwegs Mischkalkulationen angestellt werden und ein fairer Preisvergleich nur dann möglich ist, wenn ein Vergleich der Preise aller Produkte vorgenommen wird. So gibt es Produkte bei denen der Handel verdient, solche bei denen er nichts verdient und solche bei denen er sogar drauf zahlt. Unterm Strich sollte natürlich ein Gewinn übrig bleiben. Es müssten daher Preisvergleiche von nahezu 8.000 Produkten im Lebensmittelhandel angestellt werden, um einen objektiv fairen Vergleich machen zu können. Bei den Diskontern sind dies etwa nur zehn Prozent davon, nämlich nur etwa 800 Produkte.

Dazu kommt, dass in Österreich nach der Shopper Trend Studie von Nielsen 408 Lebensmittelgeschäfte und in Deutschland 257 Lebensmittelgeschäfte pro einer Mio Einwohner kommen. Damit liegt Österreich innerhalb der EU absolut an der Spitze. Ursache dafür sind frühere Raumordnungsbestimmungen, die beispielsweise in Oberösterreich Lebensmittelbetriebe lediglich bis zum Ausmaß von 600 m² zuließen. In Deutschland lagen die Begrenzungen deutlich höher. Dies führte dazu, dass in Österreich wesentlich mehr kleinere Verkaufsflächen errichtet wurden, was natürlich im Vergleich zu Deutschland zu höheren Kosten führte.

Der wahre Gewinner an den erhöhten Preisen ist der Finanzminister

„Der wahre Gewinner an den erhöhten Preisen ist der Staat, der durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und die zusätzlichen Einnahmen aus der Umsatzsteuer bei den Treibstoffen genauso verdient, wie an den höheren Lebensmittelpreisen und an den Lohnzuwächsen, durch eine extreme Progression in der Einkommensteuer. Dazu kommt, dass der Staat immer mehr Leistungen, sich gänzlich von der Wirtschaft bezahlen lässt, was auch zu Kostensteigerungen in der Lebensmittelwirtschaft führt“, betont Schönleitner.

„Anhand der Wertschöpfungskette sieht man, dass zB das Schweinefleisch, das der Kunde im Einzelhandel erwirbt, insgesamt sieben Wertschöpfungsstufen durchgehen muss. Und auf jeder passieren Aktivitäten, die zum endgültigen Preis beitragen. So gibt es beim Schweinefleisch die Stufe des Züchters, Mästers, Viehhändlers, Schlächters, Zerlegebetriebes, Großhandel und Einzelhandel“, beschreibt Gremialgeschäftsführer Dr. Manfred Zöchbauer. „Ein eindeutiger Gewinner aus den Preissteigerungen ist anhand der Wertschöpfungskette nicht erkennbar, lediglich der Finanzminister ist auf jeden Fall Sieger. Die nationale und internationale Politik ist daher dringend aufgefordert Maßnahmen zur Preissenkung dort anzusetzen wo sie tatsächlich hingehören, nämlich bei den fast alles beeinflussenden Energiepreisen. Eine deutliche Senkung der Mineralölsteuer oder auch der Umsatzsteuer auf Treibstoffen, Heizöl, Gas oder Strom könnte hier rasch und nachhaltig wirksam Abhilfe schaffen“, fordert Zöchbauer.

Quelle: WKO

Mehrwertsteuer. Verminderte Steuersätze sollen zum Energiesparen anregen.

EU verspricht Steuersenkungen als Maßnahme gegen Ölpreisanstieg

Die Europäische Kommission sagte am 11. Juni 2008, sie werde Steuersenkungen und andere Maßnahmen vorschlagen, um den kurz- und langfristigen Folgen zu begegnen, welche die steigenden Benzinpreise auf die ärmsten Bevölkerungsschichten der EU haben.

Die Vorschläge werden folgendes umfassen:

- eine Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie und der ‚Eurovignette'-Richtlinie, die es den Ländern ermöglicht, Benutzungsgebühren für Verkehrswege zu erheben (soll in diesem Jahr vorgelegt werden);
- einen Bericht über die Verwendung von steuerlichen Anreizen, darunter verminderte Mehrwertsteuersätze, um zu Energiesparen anzuregen (soll im Herbst vorgelegt werden), und
- Vorschläge zur Transparenz kommerzieller Erdölvorräte (soll bis Ende des Jahres vorgelegt werden).

Kurzzeitig werde die Kommission es EU-Staaten ermöglichen, „die am stärksten betroffenen Haushalte gezielt" zu unterstützen, wenn „gleichzeitig dafür Sorge getragen wird, dass die Maßnahmen zur Abfederung der unmittelbaren Auswirkungen hoher Ölpreise temporär, keineswegs wettbewerbsverzerrend und auch keiner langfristigen Anpassung an höhere Preise abträglich sind".

Kommissionssprecher Johannes Laitenberger schlug auch vor, dass die Kommission in Erwägung ziehen sollte, die unerwarteten Gewinne zu besteuern, die Energiekonzerne einfuhren, indem sie die Kosten für CO2-Verschmutzungszertifikate, die sie anfangs kostenlos erhielten, auf ihre Kunden umleiteten. All diese Aspekte, die Teil der Debatte auf EU-Ebene sowie auf Ebene der Mitgliedstaaten seien, würden natürlich berücksichtigt, die Einzelheiten würden jedoch noch ausgearbeitet, sagte Laitenberger.

Im Laufe der vergangenen Wochen war Brüssel darauf bedacht, die EU-Länder davon abzuhalten, übereilte Maßnahmen zu ergreifen, um dem Anstieg der Kraftstoffpreise in den am stärksten betroffenen Bereichen der Wirtschaft entgegenzuwirken.

In Reaktion auf die Demonstrationen der Fischer gegen die steigenden Kraftstoffpreise Anfang des Monats warnte die Kommission vor einem „Teufelskreis", wenn den Fischern geringere Steuern bewilligt würden, denn dann würden LKW-Fahrer, Taxifahrer und andere die gleiche Sonderbehandlung verlangen. Sie sagte, eine derartige Maßnahme würde auch ein falsches Signal an die ölproduzierenden Länder senden, dass die EU-Staaten bereit seien, die höheren Preise zu kompensieren.

Das Kernstück der Reaktion der Kommission bezieht sich daher auf eine langfristige Lösung. Die „wichtigste politische Maßnahme muss es jedoch sein, auf eine effizientere Energienutzung in der EU hinzuwirken und die EU weniger abhängig von fossilen Brennstoffen zu machen", hieß es in einer Stellungnahme der EU-Exekutive.

„Kernpunkt unseres Konzepts ist die vollständige Umsetzung der von der Kommission vorgelegten Energie- und Klimawandelvorschläge, die Maßnahmen für eine verstärkte Energiediversifizierung, für eine gesicherte Energieversorgung und für eine größere Energieeffizienz", so Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Der EU-Exekutive zufolge müsse „die Antwort der EU auf die jüngsten Ölpreisanstiege muss auf der Annahme gründen, dass die Preise mittel- bis langfristig auf hohem Niveau bleiben werden".

Öl- und Lebensmittelpreise gefährden die Weltwirtschaft

Lebensmittelpreise stünden zunehmend in engem Zusammenhang mit den Preisen für fossile Brennstoffe, so die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (engl. Food and Agriculture Organisation; FAO). Die Zusammenhänge zwischen Agrarrohstoffmärkten und anderen Märkten würden zunehmend stärker, wie beispielsweise den Märkten für fossile Brennstoffe, Biokraftstoffe und Finanzinstrumente, die nicht nur einen Einfluss auf Produktionskosten von Agrarerzeugnissen hätten, sondern auch auf die Nachfrage nach diesen.

Einige Investoren hätten von dieser kritischen Situation auf den Agrarrohstoffmärkten profitiert, wobei Landpreise und die Menge bestimmter Nahrungsmittel alle Dimensionen gesprengt hätten, sagte Simon Covat, ein Händler des in Genf ansässigen Investitionsunternehmens Gaia Cap.

Die G8-Staaten – die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Russland und Japan – warnten davor, die Spekulanten zum Sündenbock zu machen. Sie sagen, die Preisanstiege seien kein Grund, die weltweiten Handelsströme zu beschränken. Die G8 bestätigten ihre Verpflichtung zu einer offenen Investitionspolitik und erkannten an, dass internationale Investitionen grundlegend für den weltweiten Wohlstand seien, so die Stellungnahme weiter. Man werde protektionistischem Verhalten im Inals auch im Ausland standhalten.

Abhilfe durch Förderungserhöhung

Saudi-Arabien sagte am Wochenende, man beabsichtige, die Förderung von Rohöl zu erhöhen. Die Ankündigung führte zu einer leichten Verringerung der Preise von 140 US-Dollar pro Barrel in der vergangenen Woche auf nun etwa 134 US-Dollar pro Barrel.

Um die steigenden Lebensmittelpreise zu bekämpfen, schlug Brüssel weitere Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vor und verlängerte eine vorhandene Aufhebung von Importzöllen auf Getreide bis zum 30. Juni 2009, um die Handelsströme zu intensivieren und Preise abzusenken. Die Kommission gründete zudem eine hochrangige Gruppe, um die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft zu stärken.

Text: EurActiv

LITERATURTIPP

DIE FERIALPRAXIS

Aus arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Sicht

Regelmäßig zur Ferienzeit wird das Thema „Ferialpraxis" für Unternehmen, deren Mitarbeiter und angehende Ferialpraktikanten interessant. Dieses ARD-Praxishandbuch gibt einen kompakten und übersichtlichen Gesamtüberblick über die betreffenden Regelungen: Im arbeitsrechtlichen Teil werden die wichtigsten arbeitsrechtlichen Bestimmungen aufgezeigt, im sozialversicherungsrechtlichen wird besonders auf die Meldevorschriften und die Abrechnung eingegangen. Vervollständigt wird das Werk durch zahlreiche praxisrelevante Checklisten, Rechenbeispiele und Muster.

Die Autoren:
Mag. Barbara Reichl-Bischoff
Regina Karner

LexisNexis ARD Orac
ARD-Praxishandbuch
Wien 2008, 120 Seiten
ISBN 978-3-7007-3975-3
Best.-Nr. 98.19.01

Preis € 22,-

TATBESTAND EINER BETRÜGERISCHEN KRIDA

Eine betrügerische Krida stellt eine strafbare Handlung nach §156 StGB dar und wird mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren – in schweren Fällen bis zu zehn Jahren – bestraft.

Das Verbrechen der betrügerischen Krida ist vollendet, wenn feststeht, dass ein Gläubiger infolge eines das Vermögen verringernden Verhaltens des Schuldners eine Forderung nur zum Teil oder gar nicht beglichen erhält; solange eine solche Auswirkung nicht sicher ist, kann die Vollendung des Verbrechens nicht angenommen werden. Wenn es trotz Gelingens der Vermögensverringerung nicht zur Gläubigerschädigung kommt, kann strafbarer Versuch vorliegen.

Das Fehlen konkreter Feststellungen, ob und welche Gläubiger durch die Tathandlung tatsächlich einen Forderungsausfall erlitten haben, begründet Nichtigkeit nach § 281 Abs 1 Z 11 zweiter Fall StPO.

Vermögen wird dann nicht iSd § 156 StGB (wirklich) verringert, wenn es nach der inkriminierten Handlung in seiner Gesamtheit unvermindert bleibt, also etwa bei Zahlung bestehender Verbindlichkeiten (hier: Unterhaltspflichten).

Gewerbsmäßigkeit setzt voraus, dass es dem Täter bei der Tat darauf ankommt, sich selbst durch wiederkehrende Begehung eine fortlaufende Einnahme zu verschaffen. Es genügt nicht, wenn die Absicht des Täters darauf gerichtet ist, den Vorteil aus der wiederkehrenden Begehung von Taten in Form eines fortlaufenden Mittelzuflusses einem Dritten zuzuwenden; der Vorteil muss vielmehr vom Täter für die eigene Person angestrebt werden. Fremdnützigkeit, also das Abzielen auf eine fortlaufende Einnahme eines anderen, sei es eines Beteiligten (§ 12 StGB), sei es eines strafrechtlich unbeteiligten Dritten, genügt nicht; ob der Täter lediglich eine durch die Taten unmittelbar bewirkte Vermehrung des Vermögens eines Dritten anstrebt, ist in wirtschaftlicher Betrachtungsweise zu prüfen.

Es verstößt gegen das Doppelverwertungsverbot, wenn die Schadensqualifikation ungeachtet dessen erschwerend gewertet wird, dass die Strafe nach dem höheren Strafsatz des § 148 StGB (Gewerbsmäßiger Betrug) bemessen wird.

Quellen: OGH 15. 4. 2008, 14 Os 22/08d
StGB: § 12, § 15, § 32 Abs 2, § 70, § 148, § 156
StPO: § 281 Abs 1 Z 11 zweiter Fall

Anm. der Redaktion:
Eine betrügerische Krida liegt vor, wenn ein Schuldner
- einen Bestandteil seines Vermögens verheimlicht, beiseite schafft, veräußert oder beschädigt,
- eine nicht bestehende Zahlungsverpflichtung vortäuscht oder anerkennt
- oder sonst sein Vermögen wirklich oder zum Schein verringert

und dadurch die Befriedigung seiner Gläubiger vereitelt oder schmälert.

URÄG 2008. Wesentliche Änderungen für den Jahresabschluss.

Unternehmensrechts-Änderungsgesetz 2008

Das Unternehmensrechts-Änderungsgesetz 2008 wurde unlängst beschlossen und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Ziel ist einerseits die Stärkung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, andererseits wird durch eine umfassendere Einbindung des Vorstands für die Informationen im Jahresabschluss und Lagebericht insgesamt das Vertrauen in (geprüfte) Jahres- und Konzernabschlüsse erhöht.

Die Größenkriterien

Die Anhebung der Größenkriterien hat Auswirkungen auf verschiedene Berichtspflichten und auch auf die Prüfungspflicht. Ziel der Anhebung ist eine Verwaltungsvereinfachung, sodass mehr Unternehmen von den größenabhängigen Erleichterungen profitieren können.

Eine kleine Kapitalgesellschaft liegt vor, wenn mindestens 2 der 3 folgenden Kriterien nicht überschritten werden:
Bilanzsumme: EUR 4,84 Mio
(bisher EUR 3,65 Mio)
Umsatzerlöse: EUR 9,68 Mio
(bisher EUR 7, 3 Mio)
Mitarbeiter: 50 (unverändert)

Mittelgroße Kapitalgesellschaften sind solche, die die obigen Kriterien überschreiten, jedoch 2 der 3 folgenden nicht überschreiten:
Bilanzsumme: EUR 19, 25 Mio
(bisher EUR 14,6 Mio)
Umsatzerlöse: EUR 38,5 Mio
(bisher EUR 29,2 Mio)
Mitarbeiter: 250 (unverändert)

Große Kapitalgesellschaften sind solche, die mindestens 2 der 3 Kriterien überschreiten oder deren Wertpapiere an einem geregelten Markt oder an einem anderen Wertpapiermarkt in einem OECD Mitgliedstaat notieren.

Die Rechtsfolgen der jeweils anderen Größenklasse treten mit dem nächsten Geschäftsjahr ein, wenn die Größenmerkmale an 2 aufeinander folgenden Stichtagen überschritten werden. Für Umgründungen und Neugründungen gelten etwas andere Zeitpunkte.

Auch für die Konsolidierungspflicht gelten höhere Schwellenwerte.

Bruttomethode:
Bilanzsumme: EUR 21 Mio
(bisher EUR 17,25 Mio)
Umsatzerlöse: EUR 42 Mio
(bisher EUR 35,04 Mio)
Mitarbeiter: 250 (unverändert)

Nettomethode:
Bilanzsumme: EUR 17, 5 Mio
(bisher EUR 14,6 Mio)
Umsatzerlöse: EUR 35 Mio
(bisher EUR 29,2 Mio)
Mitarbeiter: 250 (unverändert)

Für eine Konsolidierungspflicht müssen 2 der 3 angeführten Kriterien nach einer der beiden Methoden an 2 aufeinander folgenden Stichtagen erfüllt sein. Die Konsolidierungspflicht entsteht ab dem nächsten Jahr. Die neuen Schwellenwerte gelten für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2007 beginnen. Die höheren Schwellenwerte sind auch für Vergleichszeiträume anzuwenden, die davor liegen.

Erweiterung der Lageberichterstattung

Die für Unternehmen, deren Aktien an einem geregelten Markt notieren, bereits bestehenden Berichtspflichten werden auf Aktiengesellschaften ausgedehnt, die andere Wertpapiere als Aktien auf einem geregelten Markt emittiert haben und deren Aktien mit Wissen der Gesellschaft über ein multilaterales Handelssystem gehandelt werden. Daneben müssen alle kapitalmarktorientierten Unternehmen die wichtigsten Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf die Rechnungslegung beschreiben. Die Einrichtung und Prüfung durch den Aufsichtsrat eines solchen Systems ist bereits im § 82 AktG bzw § 22 GmbHG enthalten. Nun wird auch eine Berichtspflicht im Lagebericht eingeführt. Die Berichts- und Prüfpflichten sind nicht mit jenen gemäß SOX 404 vergleichbar. Es soll kein kostspieliger EURO-SOX geschaffen werden.

Unter einem internen Kontrollsystem sind sämtliche aufeinander abgestimmte Methoden und Maßnahmen zu verstehen, die dazu dienen, das Vermögen zu sichern, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten zu gewährleisten und die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschäftspolitik zu unterstützen. Diese Erweiterung betrifft auch den Konzernlagebericht.

Zusätzliche Berichtspflichten im Anhang

Zusätzlich zu den bisherigen Angaben wurden 3 neue Angabepflichten eingeführt. In § 237 Z 8a wurde neben den bereits bestehenden Berichtspflichten zu Eventualverbindlichkeiten und nicht in der Bilanz ausgewiesenen Haftungsverhältnissen eine Angabeverpflichtung für „Off-balance-sheet-Geschäfte" (außerbilanzielle Geschäfte) hinzugefügt. Diese Geschäfte können das Unternehmen Risiken aussetzen aber auch Vorteile bringen. Die Angabe soll die Einschätzung der Finanzlage verbessern. Solche Geschäfte können alle Transaktionen oder Vereinbarungen sein, die zwischen Gesellschaften oder anderen Unternehmen abgewickelt werden. Sie können mit der Errichtung oder Nutzung von Zweckgesellschaften und mit Offshore-Geschäften verbunden sein, die ua wirtschaftliche, rechtliche, steuerliche oder bilanzielle Ziele verfolgen. Hier sind daher auch speziell die sg Special Purpose Entities (SPE) angesprochen.

Beispiele: Risiko- und Gewinnteilungsvereinbarungen, Verpflichtungen aus Verträgen wie zB Factoring, Pensionsgeschäfte, Verträge mit unbedingter Zahlungsverpflichtung, Verpfändung von Aktiva, Leasingverträge, Auslagerung von Tätigkeiten uä.

Eine Veröffentlichung hat nur dann zu erfolgen, wenn die Risiken und Vorteile aus solchen Geschäften wesentlich sind und die Offenlegung dieser für die Beurteilung der Finanzlage notwendig sind. Neben betragsmäßigen Angaben wie bisher sollen zusätzlich auch Art und Zweck der Geschäfte angeführt werden. Wenn die Risiken bereits in der Bilanz enthalten sind, entfällt die Berichtspflicht. Daneben gibt es noch Angabepflichten im Zusammenhang mit Geschäften mit nahestehenden Personen und den Honoraren des Abschlussprüfers. Alle genannten Berichtspflichten sind für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2008 beginnen, anzuwenden.

Fachbereich: Mag. Thomas Wipfler, SOT Süd-Ost Treuhand, Klagenfurt
Autor: Mag. Markus Brünner, SOT Süd-Ost Treuhand, Graz

KONTAKT
SOT Süd-Ost Treuhand Gesellschaft m.b.H.
Mariatrosterstraße 21, 8043 Graz
Tel. 0316/36 40 – 19
www.sot.co.at, www.lexandtax.at

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
Kurt Rothleitner KEG
Rallenweg 36,
A-1220 Wien
Tel.: +43-1-890 14 97
Fax: +43-1-890 14 97 - 15

rothleitner@lexpress-zeitung.com
www.lexpress-zeitung.com
FN 265865 d, HG Wien
UID ATU 62113466

Geschäftsführung:
Kurt Rothleitner

Projektleitung:
Kurt Rothleitner, Michael Pfeiffer

Anzeigenleitung:
Kurt Rothleitner
Tel.: +43-664-844 35 12
anzeigen@lexpress-zeitung.com

Redaktion:
Manuela Taschlmar
taschlmar@lexpress-zeitung.com
Anna M. Del Medico
delmedico@lexpress-zeitung.com

Grafik/Produktion:
Werbeagentur Pfeiffer
Tel.: +43-699-10 84 99 66
office@diepromotion.at

Lexpress bereitet relevante Informationen aus dem Steuer-, Rechts- und Wirtschaftsbereich für österreichische Unternehmen im Sektor Klein- und Mittelbetriebe höchst aktuell auf und richtet sich dabei an die Geschäftsführung bzw das Top-Management der Zielgruppe.

Lexpress wird österreichweit verbreitet und spricht vor allem die Zielgruppen Dienstleister, Erzeuger und Groß- und Detailhandel an.

HERABSETZUNG DER VORAUSZAHLUNGEN

Beantragen Sie eine Minderung Ihrer Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer.

Jeder Steuerpflichtige hat für die Einommen- bzw Körperschaftsteuer eines Jahres Vorauszahlungen zu leisten. Diese sind vierteljährlich jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu zahlen.

Die Höhe der Vorauszahlungen wird vom Finanzamt mit Bescheid vorgeschrieben. Dieser ergeht üblicherweise gleichzeitig mit dem Steuerbescheid für ein abgelaufenes Jahr. Die Vorauszahlungen sind ausgehend von der festgesetzten Jahressteuer für das Folgejahr um 4% und für jedes weitere Jahr um je 5% pro Jahr zu erhöhen.

Der Gesetzgeber unterstellt also immer steigende Ergebnisse. Leider entsprechen die wirtschaftlichen Tatsachen aber oft nicht dieser gesetzlichen Vermutung. Nachdem die ersten Monate des heurigen Jahres schon vorbei sind, können Sie durch Hochrechnung des bisherigen Gewinnes bzw durch Einschätzung des Jahresergebnisses die ungefähre Steuerbelastung berechnen. Diese sollten Sie mit der von der Finanz vorgeschriebenen Vorauszahlung vergleichen.

Wenn ein schlechteres Jahresergebnis zu erwarten ist, zahlen Sie zuviel ans Finanzamt voraus. In diesem Fall besteht die Möglichkeit, die Steuervorauszahlungen herabsetzen zu lassen. Bei der Körperschaftsteuer ist aber jedenfalls die Mindeststeuer zu leisten.

Beachten Sie, dass ein Herabsetzungsantrag für heuer bis spätestens 30. September gestellt werden muss. Anträge, die danach gestellt werden, wirken sich für das laufende Jahr nicht mehr aus.

Der Antrag muss eine Begründung enthalten, in welcher die Gewinnentwicklung dargelegt wird. Diese Zahlen sind dem Finanzamt durch Nachweise glaubhaft zu machen, wie zB durch eine Aufstellung über die Umsatzentwicklung, den Nachweis von Forderungsausfällen oder die Vorlage einer Zwischenbilanz.

Ein Muster für einen Antrag auf Herabsetzung der Einkommensteuer-Vorauszahlungen finden Sie im Internet unter www.wko.at/Steuern mit dem Button „Steuern - Muster".

ÄNDERUNGEN IM FIRMENBUCH

Seit dem Inkrafttreten des Unternehmensgesetzbuches (UGB) am 1. Jänner 2007 gelten die Rechtsformen OEG/ KEG automatisch als OG/ KG. Dennoch muss diese Änderung des Firmenzusatzes bis spätestens 1. Jänner 2010 im Firmenbuch eingetragen sein. Bis dahin besteht diesbezüglich Gebührenbefreiung. Die Fachgruppe Werbung Wien empfiehlt daher den davon betroffenen Mitgliedsbetrieben eine fristgerechte Änderung im Firmenbuch.

Näher am Kunden.
Ohne Streuverlust.

Die neue Werbelinie in einer Woche.
Das geht!

Branche.
Produkt.
Zielgruppe.
Kennen.

Einfach.
office@diepromotion.at
Persönlich.
Michael Pfeiffer
Anrufen.
+43-699-10849966

Versicherungsrecht. Beratungspflicht ist Bestandteil der vorvertraglichen Schutz- und Sorgfaltspflichten.

Beratungspflicht der Versicherung über günstigere Tarife bestätigt

Auf dem Markt findet man heutzutage eine Fülle von Angeboten verschiedenster in- und ausländischer Versicherungsunternehmen. Es gibt auf der anderen Seite Versicherungen, die in einem Großteil der Versicherungssparten anbieten, und auf der anderen Seite auch noch jede Menge Versicherungen, welche auf eine bestimmte Sparte spezialisiert sind.

Für den einen oder anderen Versicherungsnehmer mag dieses vielfältige Angebot jedoch nicht mehr überblickbar sein. Wie weit gehen die nebenvertraglichen Aufklärungspflichten des Versicherers, wenn es um die Beratung bezüglich preislich günstigerer Tarifvarianten geht? Hat der Versicherer den Versicherungsnehmer – wie im gegenständlichen Fall fraglich – konkret über die Möglichkeit aufzuklären, dass für dieselbe Versicherungssparte eine tariflich günstigere Versicherung existiert? *(Vgl. OGH, 7 Ob 9/94)*

Sachverhalt: Der Versicherungsnehmer hat beim Versicherer eine Zusatzkrankenversicherung mit Standardtarif abgeschlossen. Grundsätzlich gilt, dass den Versicherer im Vorfeld eines Vertragsabschlusses bestimmte Aufklärungs-, Schutz- und Sorgfaltspflichten treffen. Der Versicherungsnehmer wurde vom Versicherer jedoch nicht darauf hingewiesen, dass für öffentlich Bedienstete Tarife mit wesentlich niedrigeren Prämien angeboten werden würden. Wäre der Versicherer nach Treu und Glauben dazu verpflichtet gewesen, den Versicherungsnehmer über das Vorhandensein preislich günstigerer Tarifvarianten aufzuklären?

Foto: pixelio.de

Der OGH bejahte diese Frage und hielt in seiner Entscheidung fest, dass diese Pflicht des Versicherers zu den vorvertraglichen Schutz – und Sorgfaltspflichten zu zählen sei. Der Versicherer habe also den Versicherungsnehmer vor Vertragsabschluss darauf hinzuweisen, dass für die im konkreten Einzelfall betroffene Versicherungsgruppe bereits eine eigene preislich günstigere Tarifvariante geschaffen worden war. Anstatt, wie im gegenständlichen Fall geschehen, zur günstigeren, die konkrete Versicherungsgruppe betreffenden Tarifvariante abzuschließen, wurde zur allgemeinen Tarifvariante abgeschlossen.

Diese rechtliche Ansicht zur vorvertraglichen Aufklärungspflicht des Versicherers über prämiengünstigere Tarifvarianten hat auch dann zu gelten, wenn die günstigere Variante zwar noch nicht am Markt erhältlich ist, jedoch in absehbarer Zeit angeboten wird. In einem solchen Fall hat der Versicherer den Versicherungsnehmer ebenfalls auf die sich in kürze zu seinen Gunsten ändernde Tarifvariante hinzuweisen.

Foto: Stefan Huger

RA Mag. Stephan Novotny

Akademischer Versicherungskaufmann, Verantwortlicher Partner für den Fachbereich Versicherungsrecht

Autor: RAA Mag. Peter Unterhauser; Co-Autor: cand. jur. Stephanie Gruber

KONTAKT

Alix Frank Rechtsanwälte GmbH

Schottengasse 10, A-1010 Wien
Tel.: +43-1-523 27 27
www.alix-frank.co.at

SCHENKUNGS- UND ERBSCHAFTSTEUER

Mit 31. Juli 2008 soll die Schenkungs- und Erbschaftsteuer in Österreich abgeschafft werden. Grundsätzlich sind daher Schenkungen mit Wirksamkeit ab 1. August 2008 nicht mehr von der Schenkungssteuer belastet und daher sind diese a priori steuerlich günstiger. Bei vermieteten Liegenschaften, die im Privatvermögen gehalten werden, d.h. kein Sonderbetriebsvermögen zB einer KG oder das Betriebsvermögen einer GmbH darstellen, ist eine Schenkung davor trotzdem überlegenswert.

Schenkungen nach dem 31. Juli 2008 nicht immer günstiger – Bei vermieteten Objekten kann die Schenkung davor sinnvoll sein

Mit der Abschaffung der Schenkungssteuer soll auch eine Begünstigung des Einkommensteuergesetzes (EStG) abgeschafft werden, nämlich die Abschreibung von 1,5 – 2,0% von den fiktiven Anschaffungskosten bzw vom Verkehrswert der Liegenschaft auf Antrag zu ermitteln. Da der Einheitswert derartiger Liegenschaften meist nur einen Bruchteil des tatsächlichen Verkehrswertes beträgt und dieser die Basis für die Schenkungssteuer ist, sollte vor allem bei nahen Angehörigen, wie zB Kindern, in der Steuerklasse 1 mit niedriger Schenkungssteuer überlegt werden, ob die Schenkungssteuer nicht durch die erhöhte Abschreibung in wenigen Jahren amortisiert und danach eine Einkommensteuerersparnis für viele Jahre lukriert werden kann.

Foto: pixelio.de

Ein Vorteilhaftigkeitsvergleich im speziellen Fall sollte hier angestellt werden, um die Gesamtsteuerbelastung zu optimieren. Bei dieser Gelegenheit kann auch nochmals abgecheckt werden, ob sich nicht doch noch irgendeine Gesetzesänderung in letzter Minute ergeben hat.

Autor: Mag. Friedrich Spritzey, SOT Süd-Ost Treuhand, Graz
Fachbereich Schenkungs- und Erbschaftssteuer: Mag. Alois Manhartsgruber, SOT Süd-Ost Treuhand, Linz
SOT Süd-Ost Treuhand Gesellschaft m.b.H. www.sot.co.at, www.lexandtax.at

Erhöhung Pendlerpauschale und Kilometergeld ab 1. Juli 2008

Um den Belastungen durch die gestiegenen Treibstoffpreise entgegenzuwirken, hat der Nationalrat am 6. Juni 2008 beschlossen, dass das Pendlerpauschale und das amtliche Kilometergeld ab 1. Juli 2008 erhöht werden. *Information des BMF vom 6. Juni 2008*

ÖFFENTLICHES VERKEHRSMITTEL ZUMUTBAR (KLEINES PENDLERPAUSCHALE)

Entfernung	Betrag /Jahr Wert bis 30.6.2008	Betrag /Jahr Wert ab 1.7.2008	Betrag /Monat Wert bis 30.6.2008	Betrag /Monat Wert ab 1.7.2008
ab 20 km	546 €	630 €	45,50 €	52,50 €
ab 40 km	1.080 €	1.242 €	90 €	103,50 €
ab 60 km	1.614 €	1.857 €	134,50 €	154,75 €

ÖFFENTLICHES VERKEHRSMITTEL NICHT ZUMUTBAR (GROSSES PENDLERPAUSCHALE)

Entfernung	Betrag /Jahr Wert bis 30.6.2008	Betrag /Jahr Wert ab 1.7.2008	Betrag /Monat Wert bis 30.6.2008	Betrag /Monat Wert ab 1.7.2008
ab 2 km	297 €	342 €	24,75 €	28,50 €
ab 20 km	1.179 €	1.356 €	98,25 €	113,-- €
ab 40 km	2.052 €	2.361 €	171,-- €	196,75 €
ab 60 km	2.931 €	3.372 €	244,25 €	281,-- €

Die neuen Beträge gelten für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 31. Dezember 2009 und kommen bei der Lohnverrechnung für Juli 2008 bereits zur Anwendung. Ebenso gelten die neuen Sätze bei der Veranlagung für Zeiträume ab Juli 2008.

KILOMETERGELD

Das amtliche Kilometergeld wird ab 1. Juli 2008 bis 31. Dezember 2009 wie folgt erhöht:

	bis 30.6.2008 je Kilometer (gerundet)	ab 1.7.2008 je Kilometer
Personen- und Kombinationskraftwagen	0,376 Euro (0,38 Euro)	0,42 Euro
Motorfahrräder und Motorräder mit einem Hubraum bis 250 cm3	0,119 Euro (0,12 Euro)	0,14 Euro
für Motorräder mit einem Hubraum über 250 cm3	0,212 Euro (0,22 Euro)	0,24 Euro
Zuschlag für mitbeförderte Person	0,045 Euro (0,05 Euro)	0,05 Euro

Die neuen Beträge gelten für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 31. Dezember 2009 und kommen bei der Lohnverrechnung für Juli 2008 bereits zur Anwendung. Ebenso gelten die neuen Sätze bei der Veranlagung für Zeiträume ab Juli 2008.

Mit Teamgeist der Konkurrenz voraus.

„Run&Fun". So das Motto des 8. WIEN ENERGIE Business Run. Feiern Sie mit Ihren MitarbeiterInnen und KundInnen ein Fest der Superlative. Nicht das Resultat zählt, sondern der Sport, bei dem Gesundheit und Teamgeist im Mittelpunkt stehen.

WIEN ENERGIE

TEIL UNSERER ZUKUNFT.

www.wienenergie.at

WIEN ENERGIE, ein Partner der EnergieAllianz Austria.

Amway · Raiffeisen in Wien Meine BeraterBank · ANKER · VISA · RADATZ · SIEMENS · Hervis · ORF · GEWINN · STADION CENTER · WIENER STÄDTISCHE · smart · ÖSTERREICH · ORF

Business Run. Team-Lauf für Kolleginnen und Kollegen.

8. Wien Energie Business Run am 28. August 2008 beim Ernst-Happel-Stadion

Der Wien Energie Business Run geht am 28. August vor dem Ernst-Happel-Stadion über die Bühne. Erwartet werden 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der größte Firmenlauf Österreichs startet ab 19 Uhr. Mitmachen können 3-er-Teams, jeder läuft 4,5 Kilometer.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer laufen eine 3/4 Runde durch das Ernst-Happel-Stadion und die eingespielte Stimmung von rund 50.000 Fans bei einem Fußballspiel wird die Läuferinnen und Läufer begleiten und den Business Run zu einem unvergesslichen Erlebnis machen.

Foto: Wien Energie

Mag. Robert Grüneis,
Geschäftsführer Wien Energie

„Mit dem Wien Energie Business Run haben wir den größten Firmenlauf Österreichs geschaffen, aus gutem Grund. Sport hat einen sehr hohen Stellenwert bei Wien Energie. Wir wissen, wie wichtig der Sport für ein Unternehmen ist: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die regelmäßig Sport betreiben, sind gesünder und zufriedener und haben mehr Spaß an ihrer Arbeit. Und das wollen wir mit dem Business Run unterstützen", sagt Wien Energie-Geschäftsführer Mag. Robert Grüneis.

Neben der Verlosung des Preisgelds gibt es auch einen Smart zu gewinnen, zugunsten der Österreichischen Sporthilfe. Spaß ist auch nach dem Lauf garantiert – bei der Party mit Musik, Show und Catering.

Viele Firmen nutzen die besondere Atmosphäre des Business Run auch, um Kunden zu treffen. Beste Gelegenheit bietet dazu die Business-Area. Ein eigenes, mietbares, Firmenzelt im Partybereich wird dort zum Treffpunkt für die Teilnehmer und kann gut zur Präsentation des Unternehmens genutzt werden. Die Möglichkeiten dazu reichen vom 5x5-Meter-Pagodenzelt bis hin zum Großpartyzelt, das individuell „gebrandet" werden kann.

Der Wien Energie Business Run ist für alle Beschäftigten eines Unternehmens sowie für freiberuflich tätige Menschen ausgeschrieben und als Teambewerb ausgelegt. Auch die Streckenlänge mit 4,5 Kilometer wurde so gewählt, dass sie von jedem bewältigt werden kann. Nicht-Läufer können beim Business Nordic Walking teilnehmen.

Foto: Wien Energie

Mehr als 4.900 Teams aus über 750 verschiedenen Unternehmen und Institutionen hatten sich im Vorjahr beim 7. Wien Energie Business Run angemeldet. Mit den Kolleginnen und Kollegen gemeinsam eine Runde laufen oder walken und anschließend eine Party feiern, am besten gleich anmelden: www.businessrun.at

BUSINESS RUN 2008 NEUE LAUFSTRECKE

Start des Business Run 2008 ist auf Höhe des VIP-Eingangs neben dem Ernst-Happel-Stadion. Weiter geht es über Meiereistraße, Stadionallee, Lusthausstraße, Prater Hauptallee, Marathonweg und zum Abschluss eine 3/4 Runde im Ernst-Happel-Stadion und eine 1/2 Runde um das Stadion herum. Das Ziel befindet sich neben der Bühne vor dem VIP-Eingangs. Neu: Jeder Kilometer wird mit einem Luftbogen gekennzeichnet.

FAKTEN

- Datum: 28. August 2008
- Ort: 1020 Wien, Ernst-Happel-Stadion
- Start: Auf Höhe des VIP-Eingangs des Ernst-Happel-Stadion von 19 bis 19.30 Uhr
- Ziel: Auf Höhe des VIP-Eingangs
- Teamwertung: 3-er Teams, männlich, weiblich und mix. Jedes Unternehmen kann mehrere Teams nennen. Mindestalter 15 Jahre.
- Distanz: Jedes Team-Mitglied läuft die Distanz von 4,5 Kilometer. Die Zeiten der einzelnen Team-Mitglieder werden addiert.
- Nenngebühr: 51 Euro pro Team
- Preisgeld: 4.500 Euro (1. Preis 2.100 Euro, 2. Preis 1.500 Euro, 3. Preis 900 Euro) werden unter allen (komplett anwesenden) teilnehmenden Teams verlost.
- Smart-Verlosung: Zugunsten der Österreichischen Sporthilfe wird ein Smart verlost. Siegerehrung: Um 21 Uhr.
- Geschenk: Jede/r Teilnehmerin und Teilnehmer erhält eine Medaille und ein T-Shirt.
- Anmeldung: nur online unter www.businessrun.at
- Anmeldeschluss: 19. 8. 2008
- Info: Gerhard & Christine Seidl, Wien Energie GmbH, A-1013 Wien, Postfach 24, Tel.: 01/532 14 97, Fax.: 01/535 29 45, E-Mail: christine.seidl@wienenergie.at

Zugriff auf QuantumX durch individuell programmierte Applikationen

Mit dem Universal-Messverstärker QuantumX von HBM hat Flexibilität einen neuen Namen. Jeder der acht Universal-Anschlüsse von QuantumX unterstützt mit 24-bit Auflösung die gängigen Aufnehmertechnologien.

Mit dem Universal-Messverstärker QuantumX von HBM hat Flexibilität einen neuen Namen. Jeder der acht Universal-Anschlüsse von QuantumX unterstützt mit 24-bit Auflösung die gängigen Aufnehmertechnologien. Ab sofort bietet HBM eine leistungsstarke Programmierschnittstelle (API) als neue Bedienschnittstelle neben dem QuantumX-Assistenten, catman® Easy, catman®AP und LabView an. Mit der API hat der Anwender vollen Zugriff auf alle QuantumX-Funktionen durch eine individuell programmierte Anwendung, zB eine eigene Bedienoberfläche.

Die API kann in Form von Programmier-Bibliotheken in .NET oder COM-Technologie eingesetzt werden. Die Bibliotheken ermöglichen die Erstellung eigener Applikationen in Programmiersprachen wie z.B. Visual Basic, C++, C# oder Delphi. Funktionen wie Kommunikationsaufbau, Konfiguration der Messkanäle, Durchführung von Messungen sowie die Fehlerbehandlung sind Bestandteil der Bibliothek.

Die API ist bedienerfreundlich und einfach zu installieren. Anwendungsnahe Beispiele und eine praxisbezogene Dokumentation ermöglichen einen schnellen Einstieg. Bei Bedarf steht HBM aber auch mit Rat und Tat zur Seite – sei es der Support-Center oder das umfangreiche Dienstleistungs- und Schulungsangebot.

HBM (Hottinger Baldwin Messtechnik GmbH) ist weltweit führend auf dem Gebiet der Prüf- und Messtechnik und in der Wägetechnik. Die Angebotspalette umfasst Dehnungsmessstreifen, Aufnehmer, Präzisionsverstärker und Elektroniken für die Signalverarbeitung bis hin zur Datenerfassungs- und Messtechniksoftware. Zusätzlich setzt HBM weltweit Ressourcen für Entwurf, Entwicklung und Fertigung kundenspezifischer Sensoren ein. HBM ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Spectris plc., einer Gruppe, die sich auf Prozesstechnik und elektronische Steuerungen spezialisiert hat.

KONTAKT

Hottinger Baldwin Messtechnik GmbH

Lemböckgasse 63/2, A-1230 Wien
Tel.: +43-1-865 84 41 - 0
Fax: +43-1-865 84 41 - 420
E-Mail: info@at.hbm.com
www.hbm.at

Foto: HBM

Jeder Anschluss von QuantumX unterstützt die gängigen Aufnehmertechnologien

KARRIERE

Ronald Eisses ist neuer Vertriebsdirektor Österreich bei WM AG

Foto: prime.co.at

Die WM AG, die führenden Berater für geschlossene Fonds in Österreich, beruft Ronald Eisses in die Vertriebsleitung. Der gebürtige Villacher übernimmt ab sofort die Funktion des Vertriebsdirektors für Österreich. Unter der Führung des Finanzprofis wird ein neuer Vertriebsbereich aufgebaut und die Expansion der WM AG vorangetrieben.

Der Vertriebsexperte ist seit nahezu 20 Jahren in der Finanzbranche tätig. Er hat für führende Finanzdienstleistungsunternehmen Österreichweit Geschäftsstellen aufgebaut und eigenständig geführt. „Mit Herrn Eisses können wir auf einen Experten mit besonderer Finanzmarkterfahrung zurückgreifen. Er denkt strategisch und ist konsequent in der operativen Umsetzung. Eisses wird die WM AG – die Drehscheibe im Bereich der Alternativen Investments – maßgeblich unterstützen", informiert Peter Maierhofer, Vorstand der WM AG.

„Die WM AG hat zum richtigen Zeitpunkt die Anforderungen des Marktes erkannt und liefert fundierte Beratung im Bereich der geschlossenen Fonds. Ich werde den neuen Vertriebsbereich aufbauen und die Expansion der WM AG vorantreiben", erklärt der neue Vertriebsdirektor Eisses.

www.wm-ag.at

LITERATURTIPP

DRITTMITTELFINANZIERTE FORSCHUNG

Mit Schwerpunkt Forschung an Universitäten und Universitätskliniken

Die Finanzierung universitärer und außeruniversitärer Forschung aus Drittmitteln genießt einen enormen wirtschaftlichen Stellenwert. Sponsoring und Forschungskooperationen mit der Industrie, wie Auftragsforschung, sind dabei zu einer tragenden Kraft in der Praxis avanciert.

Das vorliegende Werk stellt die vielschichtigen rechtlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen für drittmittelfinanzierte Forschung in ihrer Gesamtheit dar.

Die Autorin:
Mag. Dr. Astrid Hartmann, LL.M. (Cambridge)

LexisNexis ARD Orac
Wien 2008, 236 Seiten
ISBN 978-3-7007-3970-8
Best.-Nr. 32.73.01

Preis € 44,-

Firmeninsolvenzen. Creditreform Insolvenztrends 1. Halbjahr 2008.

Mehr Firmen insolvent – Tendenz steigend

Creditreform hat in seiner Trendanalyse für das 1. Halbjahr 2008 festgestellt, dass die Zahl der Insolvenzeröffnungen bei Unternehmen wieder angestiegen ist (+5%, 1.589 Fälle). Da auf der anderen Seite die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge weiter stark zurückgingen (-12,3%, 1.586 Fälle), sank die Zahl der Gesamtunternehmensinsolvenzen um 4,5% auf 3.175 insolvente Unternehmen.

Als Hauptinsolvenzgrund sind nach wie vor Managementfehler zu nennen. Aber auch die Wolken am Konjunkturhimmel mit steigenden Rohstoffpreisen und Kreditzinsen dürften bereits erste Auswirkungen gezeigt haben.

Das Bundesländerranking

Den größten Zuwachs an Unternehmensinsolvenzen verzeichnete im ersten Halbjahr 2008 das Burgenland (+36,3%, 124 Fälle). Auch in Kärnten (+11,6%, 222 Fälle), der Steiermark (+4,2%, 418 Fälle) und Vorarlberg (+1,6%, 127 Fälle) kam es zu einer Zunahme an Firmenkonkursen. Den größten Rückgang konnte Niederösterreich (-17%, 478 Fälle) verbuchen.

Für einen objektiven Vergleich hat Creditreform eine Insolvenzquote (Anzahl der Insolvenzen je 1.000 Unternehmen) errechnet. Demnach herrschte in Wien (11,6 Fälle je 1.000 Unternehmen) und dem Burgenland (10,4 Fälle je 1.000 Unternehmen) die höchste Insolvenzbetroffenheit. Auch in Kärnten (9,2) und der Steiermark (8,4) war die Insolvenzquote relativ hoch. Alle anderen Bundesländer bewegten sich in diesem Ranking im Bereich von unter 8 Fällen pro 1.000 Unternehmen.

Das Branchenranking

Die relativ am stärksten betroffen Branche ist das Bauwesen. In diesem Bereich gingen immerhin 23,7 von 1.000 Unternehmen in Insolvenz. Der Zuwachs im Vergleich zum 1. Halbjahr 2007 war mit 14% in dieser Branche ebenfalls am höchsten. Verbessert haben sich die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (-19,4%), der Handel (-10,1%) und die Sachgütererzeugung (-9,5%).

Conclusio 1. Halbjahr 2008: Die Hochphase geht zu Ende

Für die österreichischen Unternehmen dürfte sich zum Ende des 1. Halbjahres 2008 eine Trendwende abzeichnen. Der Zuwachs an eröffneten Unternehmensinsolvenzen im 2. Quartal dieses Jahres könnte das Ende des über zwei Jahre währenden Rückganges der Firmeninsolvenzen bedeuten. Grund dafür waren die steigenden Rohstoffpreise und Kreditkosten für den Mittelstand. Auch die starke Exportabhängigkeit und die derzeitige Finanzmarktkrise in den USA brachten die heimischen Unternehmen in Bedrängnis. Das tatsächliche Insolvenzgeschehen bestätigt das Ergebnis der KMU-Befragung von Creditreform im Frühjahr 2008: Vor allem das Dienstleistungsgewerbe (95,5% der befragten Unternehmen) befürchtete ein Überschwappen der Krise auf den heimischen Markt. Insgesamt waren sich 84,7% der österreichischen KMU sicher, dass sich die Kreditkrise auf die hiesige Realwirtschaft auswirken würde. Eine große Anzahl an Unternehmen (45,1%) hat bereits festgestellt, dass die Kreditzinsen angestiegen sind. Sie rechnen für die Zukunft damit, dass die Banken sowohl höhere Sicherheiten verlangen (41,1%), als auch die Kreditwünsche intensiver prüfen werden (33,9%). Immerhin jedes 4. Unternehmen befürchtet steigende Kreditzinsen. Bisher noch nicht ausgewirkt hat sich die Kreditkrise auf das Verhalten der Lieferanten – 62,7% der befragten KMU registrierten keinen Unterschied zum Vorjahr. Bei der Gewährung von Lieferantenkrediten ergab sich ein ambivalentes Bild: 43,3% der Befragten haben ihr eigenes Verhalten nicht verändert, während 40% angaben, vorsichtiger geworden zu sein. Zu den Zukunftsaussichten meint Prof. Dr. Leo Chini von der WU Wien, Institut für BWL der KMU: „Der Trend steigender Unternehmensinsolvenzen wird sich im 2. Halbjahr 2008 fortsetzen."

Bedenklich sind auch Pläne eine „GmbH light" einzuführen. Diese Rechtsform soll der in den letzten Jahren beliebten „Limited" Konkurrenz machen. Was dabei scheinbar nicht bedacht wird, ist, dass eine ausreichende Eigenkapitalquote Grundvoraussetzung für ein gesundes Unternehmen ist. „Aus Vergleichen mit ‚Limiteds' in Deutschland wissen wir, dass die Insolvenzgefährdung in Gesellschaften mit geringer Eigenkapitalquote signifikant höher ist, als in solchen, die ausreichend kapitalisiert sind", sagt Rainer Kubicki, Geschäftsführer von Creditreform Österreich. Bonitätsprüfungen und Kennzahlenanalyse gehören weiterhin zum Einmaleins des ordentlichen Unternehmers und sind ein geeignetes Instrument zur Insolvenzprophylaxe. Dr. Alfred Brogyányi, Präsident der Vereinigung Österreichischer Wirtschaftstreuhänder, bestätigt und sieht für die Insolvenzvorsorge einen zweifachen Handlungsbedarf: „Insolvenzprophylaxe fordert auch den Gesetzgeber, Reformen im Sanierungsrecht und Steuerrecht vorzunehmen, dazu zählen die Stärkung der Eigenkapitalbasis und eine Abschaffung der Mindestkörperschaftssteuer sowie der Gesellschaftssteuer."

CREDITREFORM
1190 Wien, Muthgasse 36-40 (BT 4)
Tel.: +43-1-218 62 20 - 0
E-Mail: creditreform@wien.creditreform.at
www.creditreform.at

Nahtlos Ihrem Unternehmen angepasst.

PUBLICIS

So einfach und doch so intelligent.
TEAMPLAY ist ein revolutionärer Business-Tarif, der speziell für Unternehmer entwickelt wurde. Mit dieser flexiblen Komplettlösung decken Sie Ihre gesamte Kommunikation zum günstigen Fixpreis ab und behalten so Ihre Kosten stets im Griff. Kombinieren Sie Elemente aus dem TEAMPLAY Pool-System nach Wahl und setzen Sie so den für Sie und Ihre Mitarbeiter optimalen Tarif zusammen.

Nähere Infos unter www.t-mobile.at oder 0800 676 700.

TEAMPLAY.
Ein Unternehmen.
Alle Verbindungen.
Ein Fixpreis.

T Mobile

Bonität. Die Eigenkapitalquote ist ein wichtiger Beurteilungsfaktor für die Kreditwürdigkeit.

Berechnung der Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote zeigt die Kapitalstruktur eines Unternehmens, dh wie viel Prozent des Gesamtkapitals auf Eigenkapital entfallen. Sie gibt somit Aufschluss über die Kapitalkraft und Risikotragfähigkeit eines Unternehmens.

Je höher die Eigenkapitalquote desto mehr Verlustjahre überlebt das Unternehmen. Deswegen legen die Banken auf diese Kennzahl besonderen Wert.

Welchen Wert sollten die Kennzahlen erreichen?

Grundsätzlich gilt: je höher desto besser. Denn je mehr Eigenkapital, desto geringer ist die Abhängigkeit von den verschiedenen Kreditgebern. Laut URG (Unternehmensreorganisationsgesetz) sollte die Eigenkapitalquote eines Unternehmens mehr als 8% des Gesamtkapitals ausmachen. Mit 20 bis 30% Eigenkapitalquote sind Sie schon gut aufgestellt. Wichtig ist hier der Branchenvergleich.

Welche Maßnahmen sind zur Verbesserung der Eigenkapitalquote geeignet?

- Alternative Finanzierungsformen wie Mezzaninkapital, Private Equity etc.
- weniger Privatentnahmen bzw Ausschüttungen
- Einlagen aus dem Privatvermögen
- Leasing statt Kauf
- Sale and Leaseback
- Aktives Forderungsmanagement (konsequentes Mahnen, Factoring)
- Effiziente Lagerhaltung (weniger Kapitalbindung)

Tipp: Basel-II-Kurzcheck

Die Eigenkapitalquote ist eine der wichtigsten Kennzahlen beim Bankenrating. Mit dem Basel-II-Kurzcheck erhalten Sie Überblick über die sechs wichtigsten Kennzahlen und einen Vergleich mit Ihrer Branche. Kosten: EUR 299 (exkl. 20% USt.)
Bestellung: Szabo & Partner Unternehmensberatungs GmbH, Mag. Maria Brauner,
Tel: +43-1-278 13 55 - 42
E-Mail: maria.brauner@szabo.at

BERECHNUNG DER KENNZAHL:
Eigenkapitalquote = (Eigenkapital / Gesamtkapital) x 100

© Carina Ott

Mag. Maria Brauner
Steuerberaterin bei Szabo & Partner Wirtschaftstreuhand GmbH

KONTAKT

Szabo & Partner Wirtschaftstreuhand GmbH
Floridsdorfer Hauptstraße 29/5
A-1210 Wien
Tel.: +43-1-278 13 55
E-Mail: ingrid.szabo@szabo.at
www.szabo.at

LITERATURTIPP

STEUERAUSGLEICH LEICHT GEMACHT

Egal mit welcher Art der Beschäftigung Sie Ihr Geld verdienen – um das Thema Steuern kommen Sie nicht herum. Nutzen Sie die Möglichkeit einer Arbeitnehmerveranlagung und holen auch Sie sich Ihr Geld vom Finanzminister zurück. Dieses Orac kompakt liefert die Anleitung wie es geht. Mit Hilfe von Checklisten und Übersichten filtern Sie rasch die für Sie relevanten Themen heraus während die zahlreichen Beispiele zeigen, wie Sie die Theorie in die Praxis umsetzen.

Die Autorinnen:
Mag. Maria Brauner
Ingrid Szabo

LexisNexis ARD Orac
4. Auflage
Wien 2007, 236 Seiten
ISBN 978-3-7007-3827-5
Best.-Nr. 79.24.04
Preis € 25,–

SPAR setzt auf Unified Communications

SPAR Österreichische Warenhandels AG hat mit dem OpenScape Unified Communications Server von Siemens Enterprise Communications die Grundlage für eine vereinheitlichte und mit den Geschäftsprozessen integrierte Kommunikation geschaffen.

Der rein softwarebasierte Server schafft eine leistungsfähige SIP-Infrastruktur (Session Initiation Protocol) als Basis für Unified-Communications (UC)-Anwendungen wie Telefonie mit OpenScape Voice (ehemals HiPath 8000), Verfügbarkeitsanzeigen und Video. Damit steht SPAR ein zukunftsweisendes Kommunikationssystem zur Verfügung, das unter anderem durch seine praktisch unbegrenzte Skalierbarkeit und Offenheit besticht. Für die Integration mobiler Endgeräte kommt außerdem die Fixed-Mobile-Convergence-Lösung HiPath MobileConnect zum Einsatz.

Die SPAR Österreichische Warenhandels-AG ist ein zu 100 Prozent österreichisches Unternehmen. Rund 700 der 1.400 SPAR-, EUROSPAR- und INTERSPAR-Standorte werden von selbstständigen SPAR-Kaufleuten betrieben. Mit 34.000 Mitarbeitern, davon 2.700 Lehrlingen, ist SPAR der größte private Arbeitgeber und der größte Lehrlingsausbilder in Österreich. „Bei unserer Struktur und Größe sind die Anforderungen an das Kommunikationssystem natürlich entsprechend hoch", beschrieb Christian Steinocher, Teamleiter Telekommunikation und Netzwerke bei SPAR, die Erwartungen seines Unternehmens an Siemens. Das System ist für weitere Entwicklungen offen, es kann flexibel und wirtschaftlich für zusätzliche Anwender erweitert werden – und das bei Erhalt der bestehenden Kommunikationsinfrastruktur.

LITERATURTIPP

HANDBUCH ZUR ARBEITSZEIT

Mit 1.1.2008 ist eine umfassende Novelle des Arbeitszeitgesetzes und des Arbeitsruhegesetzes in Kraft getreten, die ua eine Flexibilisierung des gesetzlichen Arbeitszeitrechts, eine Vereinfachung flexibler Arbeitszeitmodelle sowie einen Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitbeschäftigte brachte. Das ARD-Handbuch zur Arbeitszeit bietet durch seinen ausführlichen Praxisleitfaden einen kompakten Überblick über die gesetzlichen Regelungen und ermöglicht es Arbeitgebern wie Arbeitnehmern sowie Betriebsräten und Vertretern rechtsberatender Berufe, sich im Dickicht der Arbeitszeitregelungen schnell zurecht zu finden.

Der Autor:
Mag. Manfred Lindmayr

LexisNexis ARD Orac
ARD-Handbuch, Wien 2008
448 Seiten
ISBN 978-3-7007-3959-3
Best.-Nr. 35.16.03
Preis € 44,-

T-Mobile holt das neue iPhone 3G nach Österreich

T-Mobile hat das iPhone im März diesen Jahres als erster Mobilfunkbetreiber nach Österreich gebracht. Nach dem erfolgreichen Launch des Multimedia-Handys startet der Konzern nun den Vorverkauf des neuen, verbesserten Apple iPhones 3G.

„T-Mobile setzt auf die bisherigen Erfahrungen auf und untermauert gleichzeitig seine führende Rolle als Treiber der Innovationen am österreichischen Mobilfunkmarkt. Ob BlackBerry, MDAs oder zuletzt das iPhone – T-Mobile-Kunden profitieren immer von den modernsten und benutzerfreundlichsten Endgeräten", so Robert Chvátal, Vorsitzender der Geschäftsführung T-Mobile Austria.

Seit der exklusiven Markteinführung bei T-Mobile hat das iPhone mit seinen Features die österreichischen Handynutzer begeistert. „Internet am Handy funktioniert mit dem iPhone so einfach wie bei keinem anderen Endgerät und wurde auch noch nie zuvor so intensiv genutzt: iPhone Nutzer surfen bis zu 50-mal mehr im Internet als andere Handynutzer", bekräftigt Robert Chvátal. „Mit den neuen Funktionen wird das iPhone auch für neue Zielgruppen wie Business-Kunden interessant", so Chvátal weiter. Das neue iPhone beschleunigt das mobile Internet mit Highspeed-3G-Technologie und ermöglicht einfaches Navigieren dank Karten mit GPS-Funktion.

Einfache Handhabung und neue Funktionen

Für Businesskunden unterstützt das iPhone nun auch Microsoft Exchange. Dabei vereint es weiterhin ein revolutionäres Telefon, einen Breitbild-iPod und ein wegweisendes Internetgerät für E-Mails im Rich-HTML-Format und das schnelle Surfen und Recherchieren im Internet.

Foto: Courtesy of Apple

iPhone 3G mit 8 GB ab 119 Euro bei T-Mobile

MERKANTILISMUS

Über die Aufgabe und die Arten des Währungssystems

Gold oder Papiergeld? Welche Berechtigung hat Gold heute noch als universell akzeptierter Tauschwert? Um Antworten zu finden müssen die historischen Hintergründe des klassischen Goldstandards analysiert werden, da dieser in der Geschichte der Währungssysteme eine soziale Ordnung darstellte und einen Zugang zum allgemeinen Verständnis des Systems fester Wechselkurse bietet.

Währungen. Ein historischer Überblick zum klassischen Goldstandard und den Übergang zum System von Bretton-Woods.

Der Umbruch der Wertedeckung

„Wie die Straßenbeleuchtung in der Stadt, …auch das internationale Währungssystem versteht sich als selbstverständlich so lange es funktioniert und das Menschenleben nicht negativ beeinträchtigt … ein gut funktionierendes Währungssystem begünstigt den internationalen Handel, die Investitionen und die Adaptierung einer möglichen Veränderung. Ein schwaches Währungssystem kann dem internationalen Handel schaden und auf Dauer kann es zu einem destruktiven wirtschaftlichen Erdbeben führen.“ *(Nordhaus 2000:741, zitiert nach Solomon, R.)*

Die zentrale Aufgabe des internationalen Währungssystems ist, die Volkswirtschaften einzelner Länder untereinander zusammenzuhalten: „Seine Funktion besteht darin, den Devisenmärkten Ordnung und Stabilität zu verleihen, Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu beseitigen und beim Auftreten externer Schocks Zugänge zu internationalen Kreditquellen zu erschließen.“ *(Eichengreen 2000:14)*

Drei verschiede Hauptwährungssysteme

❶ Das System flexibler Wechselkurse, anders genannt auch „saubereres floating“. Dieses System ist determiniert durch Angebot und Nachfrage. Es wird rein durch die Marktmechanismen reguliert ohne jegliche Intervention der Zentralbank.

❷ Das System fixer Wechselkurse ist ein System, wo jeder Staat selber einen festen Wechselkurs für den Tausch von Währungsreserven bestimmt. Das bekannteste System dieser Art war zweifellos „der klassische Goldstandard“.

❸ Das System kontrollierter Wechselkurse, genannt auch „managed floating“ oder „schmutziges floating“. In diesem Fall interveniert die Zentralbank in den Devisenmarkt, um große Schwankungen des Wechselkurses zu vermeiden.

Die Geschichte des klassischen Goldstandards vor dem Ersten Weltkrieg

Die Geschichte des Goldstandards war global gesehen von einer großen Bedeutung in der Geldpolitik. Der zeitliche Rahmen des Goldstandards wurde von 1717-1933 notiert. Die Geschichte beginnt in Großbritannien im schon erwähnten Jahr 1717, als Isaac Newton einen zu niedrigen Goldpreis für Silber festsetzte und dem zu Folge Silber aus dem Geldumlauf verschwand. Damit kam es zur Übernahme einer Goldwährung in Großbritannien. Durch die industrielle Revolution stieg England zu einer wirtschaftlichen Weltmacht auf. Die Länder, die mit England Handel betrieben, sahen in der britischen Geld- und Währungspolitik eine Alternative zur Silberwährung.

Die Einführung des internationalen Goldstandards

Die Welt setzte sich im 19. Jahrhundert aus verschiedenen Nationalstaaten mit jeweils eigener Währung zusammen. Die Briten mit dem Pfund, die US-Amerikaner mit dem Dollar, die Franzosen mit dem Franc. Der Goldstandard als Basis für internationale Währungsangelegenheiten entstand nach 1870. Erst dann einigten sich die Länder auf ein gemeinsames Weltgeld namens „Gold“. Die Währungseinheiten der jeweiligen Länder wurden als „Goldparität“ charakterisiert, dh durch eine bestimmte Goldmenge, fixiert durch eine hohe Mobilität der Kapitalströme zwischen den Ländern und durch eine am Freihandelsprinzip orientierte Handelspolitik.

Den Goldstandard zu verstehen bedeutet das System fester Wechselkurse zu verstehen

Das primäre Ziel der Wirtschaftspolitik war die Erhaltung der Goldparität und die Geldpolitik wurde auf die Verteidigung des Wechselkurses fixiert. Im Falle einer heimischen Krise würden die Preise und Löhne angepasst um die Balance wiederherstellen zu können. Nehmen wir ein Beispiel zweier Länder wie die USA und Großbritannien. Die Vereinigten Staaten verlieren durch die Inflation amerikanischer Güter ihre Wettbewerbsfähigkeit. Für die USA bedeutet es mehr Importe und weniger Exporte. Der Handelsdefizit mit Grossbritannien vergrößert sich. Nach David Hume ist Goldabfluss ein Teil des Ausgleichmechanismus, dessen Intention es ist, die Handelsbilanz in Balance zu halten.

Das Ende des Goldstandards

Der Goldstandard war nicht nur ein Währungssystem sondern auch eine soziale Ordnung. Es war ein Zusammenspiel der vier Weltmächte: Großbritannien, USA, Frankreich und Deutschland. Die Zentralbanken dieser Länder sicherten ihre Währungen gegenseitig und diese Art der Politik wurde bis 1914 betrieben. In der Zwischenkriegszeit merkte man eine Verlagerung in Richtung von binnenwirtschaftlichem Interesse. Die USA übernahmen nach dem 1.Weltkrieg die Führungsrolle auf dem Gebiet des Handels und Finanzen. Die geänderten institutionellen Rahmenbedingungen und andere zusätzlichen Faktoren (verbesserte Arbeitnehmerrechte, Kriegsverschuldungen, Hyperinflationen …) machten es unmöglich den internationalen Goldstandard wiederherzustellen.

Foto: ethikgarten.ch

Das System von Bretton Woods

Die Große Depression der 1930er führte dazu das die Länder ihre Geldpolitik selbst übernahmen. Im Jahr 1944 fand die „Konferenz für freien Welthandel“ in Bretton Woods (New Hampshire, USA) statt. Die Nationen, die sich da trafen, einigten sich auf das so genannte Bretton-Woods-System, dh, die Festlegung eines fixen Wertes des Dollars gegenüber dem Goldwert ($ 35/Ounce); andere Währungen erhielten einen fixen Wechselkurs zum Dollar.

Eine Alternative zum Goldstandard?

Das Bretton-Woods-System unterschied sich in drei wesentlichen Merkmalen zu einer Golddevisenwährung:

- Feste Wechselkurse konnten flexibel werden, wenn ein „fundamentales Ungleichgewicht“ herrschte.
- Intervention in die internationale Kapitalströme.
- Die Entstehung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank.

Das Ende des Bretton-Woods-Systems

Die ersten Probleme tauchten im Oktober 1960 auf, als der Goldpreis auf dem freien Markt 40$ pro Feinunze erreichte. Man sprach von einer möglichen Notwendigkeit den Dollar abzuwerten. Den Druck versuchten die USA durch die Kontrolle der Kapitalströme abzubauen. Die USA erhoben Zuschlag auf Importe und versuchten Exporte durch diverse Maßnahmen anzukurbeln. Damit waren die Probleme mit dem Dollar als Reservewährung aber nicht behoben. Als die USA mit militärischer Rüstung den Krieg in Vietnam anfingen, wurden andere Länder skeptisch. Die Zentralbanken anderer Staaten wie Deutschland oder Frankreich waren nicht mehr bereit den Dollar zu stützen. Länder wie Großbritannien, Deutschland und Frankreich planten Dollar in Gold zu tauschen. Am 13. August 1971 drehte die Nixon- Regierung den Goldhahn zu. Damit endete die Ära des Bretton-Woods-System.

Der Ausbruch der Schuldenkrise

Die 70er Jahre sind gekennzeichnet durch Ölkrisen. Der Preis für das Rohöl ist extrem gestiegen und die Rohstoffexportierenden Länder haben ihre „Petrodollars“ meistens bei privaten Banken in Industriestaaten angelegt. Aufgrund der Ölkrise fand in den Industrieländern eine allgemeine Rezession statt. Nachdem die Investitionen und die Nachfrage nach Krediten in den Zentren zurückgingen, wurden Kreditnehmer gesucht. Die Entwicklungsländer bekamen somit in den 70ern billige Kredite mit einem flexiblen Zinssatz, der in den 80ern für die Peripherie verheerend wurde, als die USA anfingen eine Hochzinspolitik zu verfolgen, deren Auswirkungen bis in die heutige Zeit spürbar sind.

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, dass Grundideen der merkantilistischen Vordenker auch heute noch Gültigkeit besitzen, so ist zB die Diskussion um den Protektionismus aktueller denn je. Zum einen ist die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion nichts anderes als ein geschützter Handelsraum der unter Einsatz nicht-tarifärer Handelshemmnisse verteidigt wird.

In Bezug auf die Währungspolitik bieten die Beitrittsverhandlungen der zukünftigen EU-Mitglieder ein gutes Beispiel, nämlich insofern als dass die Konvergenzkriterien zur Anpassung der jeweiligen Landeswährung an den Euro eine strikte Vorgabe zur Aufnahme in den gemeinsamen Wirtschaftsraum EU bilden. Ohne eine Einhaltung dieser Kriterien ist eine Aufnahme in die EU in Frage gestellt.

Die Stabilität des Euro (wie auch die des Dollars) als Weltwährung ist also von maßgeblicher Bedeutung für den internationalen Handel und diese Form der Währungspolitik fußt wiederum auf merkantilistischen Prinzipien.

Doch nicht nur in den Industrienationen werden merkantilistische Ansätze angewendet, auch in den sg Entwicklungsländern wird versucht, die einheimischen Märkte zu bündeln und somit vor dem Einfluss „der Mächtigen“ zu schützen. Exemplarisch hierfür sind die lateinamerikanischen Länder bezüglich Verhandlungen zum MERCOSUR oder ALBA. Abzuwarten bleibt, ob die Interventionen der „global players“ (dazu gehören auch Mitglieder des IWF, der Weltbank, etc) fruchten und die Entwicklungsländer in neue Abhängigkeiten führen, oder ob diese sich innerhalb der angedachten gemeinsamen Wirtschaftsräume Stabilität erarbeiten können.

QUELLEN

EICHENGREEN, Barry (2000): Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems. Berlin: Wagenbach
NORDHAUS, W.D. ; SAMUELSON, P.A. (2000): Ekonómia. Elita Verlag (Originaltext Slowakisch, Übersetzungen: Katarína Medová)
NOVY, Andreas (2000): Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt in: Journal für Entwicklungspolitik XVI/2, S. 189 - 208
www.attac.de
www.wu-wien.ac.at/inst/vw3/telematik/

Foto: Privat

Autorin
Katarína Medová
Studentin der Internationaler Entwicklung auf der UNI Wien
E-Mail: fenomenal2002@yahoo.com

B2B-Kreditkrise. Coface wertet 7 Branchen ab.

Zahlungsausfälle eröffnen die beginnende Finanzkrise

Coface verzeichnet eine Verschlechterung im Zahlungsverhalten von Unternehmen. In den ersten Monaten dieses Jahres haben die Zahlungsausfälle um 45% zum Vergleichszeitraum 2007 zugenommen. Das ist ein klares Anzeichen einer beginnenden Kreditkrise, auch wenn dieser Indikator – basierend auf Aussagen von Coface-Versicherungsnehmern in derzeit 65 Ländern – am Beginn einer Krise traditionell überreagiert.

Daher bestätigt Coface trotzdem ihre Einschätzung eines geringeren Ausmaßes der aktuellen Krise als jener in den Jahren 2001/2002, die durch einen 30%igen Anstieg bei den Zahlungsausfällen gekennzeichnet war.

Die Finanzkrise hat die Wirtschaft über zwei Wege erreicht: einmal durch die rückgängige US-Nachfrage, die hauptsächlich Nordamerika und US-orientierte Länder- und Branchen betrifft. Andererseits über den erschwerten Zugang zu Bankkrediten. Zu diesen beiden Ursachen kommen auch noch Faktoren wie gestiegene Rohmaterial- und Energiepreise, die Aufwertung von Währungen außerhalb des Dollar-Blocks sowie heftiger Wettbewerb. Österreich, Deutschland und Frankreich sind derzeit nur leicht betroffen.

ANFÄLLIGKEIT DER BRANCHEN AUF VERSCHIEDENE FAKTOREN/MARKTBEDINGUNGEN

	Rohstoffe, Energie	Wechsel-kurs	Investment -Bubble	Kredit-verknappung	Veralterung	Asiatischer Wettbewerb	Marktgleich-gewicht
Lufttransport	✓						Gut
Öffentliches Bauwesen	✓		✓	✓			Schlecht
Automobil	✓	✓		✓			Durchschnittlich
Papier	✓	✓					Durchschnittlich
Handel	✓			✓			Durchschnittlich
Elektrobauteile					✓	✓	Gut
Textil	✓	✓			✓	✓	Durchschnittlich

DIE NEGATIVEN VERÄNDERUNGEN IM DETAIL

	Weltweit	Nordamerika	Westeuropa	Schwellenländer Asiens
Bauwesen	B - (B)	C+ (B-)	B- (B)	
Elektrobauteile	A - (A)			A- (A)
Handel		B+ (A- ↘)		
Bekleidung		C- (C)		
Automobil		C- (C)		
Lufttransport		C (C+)		
Papier		A- (A)	B (B+ ↘)	

Anm.: In Klammer befinden sich die Bewertungen aus der Vorperiode.
↘ - negative Watchlist

Quellen: Coface

Coface wertet 7 Branchen ab

Die Ratings der Branchen Elektrobauteile, Papier, Handel, Automobil, Öffentliches Bauwesen, Flugtransport sowie Textil werden abgewertet – manche weltweit, einige nur in verschiedenen Regionen. Die Branchen sind unterschiedlichen Kräften ausgesetzt, die sie in verschiedenem Ausmaß schwächen.

Insgesamt entkommen nur wenige Branchen der Krise. Die Industriesektoren Stahl, Chemie, Maschinenbau, Pharma, IT und Telekommunikation gleichen die Auswirkungen dank ihrer guten Marktorientierung und starken Internationalisierung besser aus, ganz besonders in den Schwellenländern, wo die Wirtschaftsbedingungen der Krise standhalten.

„Die 5. Kreditkrise seit der ersten Ölkrise hat begonnen. Das Zahlungsverhalten der Unternehmen hat sich seit Beginn des Jahres deutlich verschlechtert", berichtet KR Martina Dobringer, Vorstandsvorsitzende von Coface Austria & Coface Central Europe, „Unser Risiko-Monitoring wurde verstärkt und ermöglicht es, unsere Kunden weiterhin in ihren Geschäften zu unterstützen".

Foto: coface

KR Martina Dobringer,
Vorstandsvorsitzende und Generaldirektorin Coface Austria & Coface Central Europe

Methodik Coface @rating Branchenbewertung

Die Branchen-Analyse wird regelmäßig aktualisiert und ist unter dem Punkt „Newsletter" auf www.cofacerating.com abrufbar. Diese ist frei zugänglich. Es werden Firmen aus über 15 Ländern analysiert. Branchen @rating bewertet das durchschnittliche Zahlungsausfallsrisiko von Firmen in jedem Wirtschaftsbereich. Die Bewertung spiegelt den Einfluss der Konjunkturaussichten und der durchschnittlichen finanziellen Situation auf das Zahlungsverhalten bei kurzfristigen Geschäften in der jeweiligen Branche wider.

Bei der Ermittlung des Branchen @ratings bewertet Coface drei kritische Parameter:

- Wirtschaftliche Trends und Konjunkturaussichten in der Branche, widergespiegelt durch Marktaussichten, Preisniveau, Vorräte, Auftragsbücher und Produktionskosten.
- Finanzielle Lage der Unternehmen in der Branche – gibt die Fähigkeit der Firmen an, mit wirtschaftlichen Abschwüngen umzugehen oder bei Aufschwüngen zu verdienen.
- Zahlungsverhalten bei kurzfristigen Geschäften erfasst in der Datenbank der Coface.

Das Branchen @rating umfasst 10 Stufen – von A+ für den niedrigsten Level bis D für den Höchsten – die wie folgt definiert sind:

A+ Günstiges wirtschaftliches Umfeld in der Branche, verbunden mit einer allgemein
A stabilen finanziellen Situa-tion der Firmen, zufrieden stellendem Zahlungsverhalten und
A- durchschnittlich niedriger Ausfallwahrscheinlichkeit.
B+ Im Wesentlichen günstiges wirtschaftliches Umfeld, das vor kurzfristigen
B Verschlechterungen nicht gefeit ist, und negative Auswirkungen auf die finanzielle
B- Lage der Firmen, das Zahlungsverhalten ist allgemein gut und die Ausfallwahrscheinlichkeit akzeptabel.
C+ Unsicheres wirtschaftliches Umfeld kombiniert mit einer sehr gefährdeten finanziellen
C Situation, schlechtem Zahlungsverhalten und beunruhigender
C- Ausfallwahrscheinlichkeit.
D Sehr ungünstiges wirtschaftliches Umfeld, die verschlechterte Finanzlage der Unternehmen ist für das allgemein betrübliche Zahlungsverhalten mit hoher Ausfallwahrscheinlichkeit verantwortlich.

COFACE

Coface, Tochter der französischen Bank Natixis (Stammkapital 11,7 Mrd Euro Ende Dezember 2007), wird von den Rating-Agenturen Fitch mit AA (stabiler Ausblick), Standard & Poor's mit AA (negativer Ausblick) und Moody's mit Aa3 (stabiler Ausblick) bewertet. Ziel von Coface ist die Vereinfachung des globalen B2B-Geschäfts mittels der 4 Geschäftssparten Kreditversicherung, Wirtschaftsinformation und -bewertung, Inkasso und Factoring. Diese ermöglichen die teilweise oder komplette Auslagerung des Forderungsmanagements sowie die Finanzierung und Versicherung der Forderungen. 7.000 Mitarbeiter/innen in 65 Ländern bieten 120.000 Kund/innen, darunter 45% der 500 größten Unternehmen, weltweit lokales Service an.

Coface Central Europe ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Coface (75%) und des KSV1870 (25%). Seit 2002 ist Wien innerhalb des Coface Konzerns Headquarter für Zentral- und Osteuropa. Die Coface Central European Plattform ist in 14 Ländern mit insgesamt 22 Büros vertreten und zählt über 700 Mitarbeiter/innen.

KONTAKT
Coface Austria Kreditversicherung AG
Stubenring 24, 1010 Wien
Tel.: +43-1-515 54 - 0
Fax: +43-1-512 44 - 15
E-Mail: office@coface.at
www.coface.at

LITERATURTIPP

JAHRBUCH FÜR CONTROLLING UND RECHNUNGSWESEN 2008

Das Jahrbuch für Controlling und Rechnungswesen 2008 enthält 19 aktuelle Beiträge renommierter Fachautoren. Die Beiträge behandeln unter anderem: „Dynamische Bilanz" auf dem Prüfstand, Kapitaltheoretische Bilanzkonzepte, IFRS for SME – eine Perspektive für die Rechnungslegung im Mittelstand?, Purchase Price Allocation, Non-Performing Loans, Fehlschätzungen bei Abschreibungen und Reaktionen darauf u.v.m.

Der Herausgeber:
o. Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Gerhard Seicht

LexisNexis ARD Orac
Wien 2008, 484 Seiten
ISBN 978-3-7007-3901-2
Best.-Nr. 13.60.08
Preis € 79,-
(Abopreis € 63,20)

Unternehmen setzen auf globale Beschaffung

Eine aktuelle Studie von PricewaterhouseCoopers belegt, dass es für viele Unternehmen oft noch unklar, ist wie viel genau eingespart werden kann oder auch wie groß das Risiko in Bezug auf die Qualität der Produkte ist.

Die Studie belegt, dass trotz der immer größer werdenden Beliebtheit von Global Sourcing, die elementaren Basics für einige Unternehmen eine Herausforderung darstellen. Rund ein Drittel der befragten Unternehmen haben keinen formalen Prozess zur Überprüfung der globalen Beschaffungsvorgänge installiert. Die befragten Unternehmen messen die Kosten, die einfach zu erfassen sind, wie Aufwendungen für Transport und Logistik, für Zölle, für Lagerung und für Währungsrisiken. Andere, schwer messbare Kosten sind Compliance Kosten, Qualitätskosten und Kosten betreffend fehlende Lagerbestände.

Für die Befragten ist Global Sourcing ein dynamischer und stetig wachsender Prozess. Nahezu die Hälfte weist in den vergangenen fünf Jahren aufgrund von Global Sourcing eine Wachstumsrate von 10% auf, und vier von zehn Projekten sollen in den nächsten fünf Jahren sogar eine Wachstumsrate von mehr als 10% erfahren. China befindet sich für 83% der Befragten zur Beschaffung von Gütern auf Platz eins, gefolgt von Indien mit 58%.

A.T. Kearney-Umfrage. Industrie sieht Verbesserungspotenzial im Einkauf.

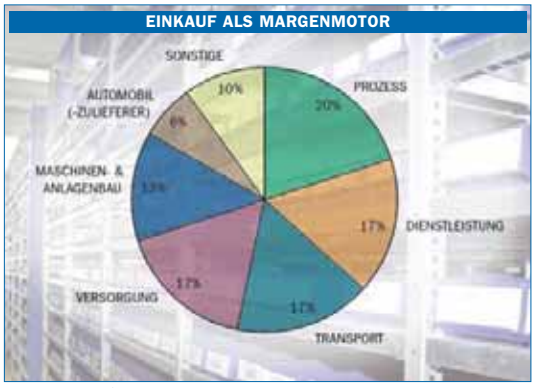
Dringend gesucht: Erfahrene Einkaufsexperten

Die Vorstände der österreichischen Industrie sehen eine stärkere Einbindung des Einkaufs in strategische Fragestellungen und in die Bedarfs- und Kapazitätsplanung der Unternehmen als notwendig. Auch steigt der Bedarf an erfahrenen Experten.

Das geht aus einer aktuellen Umfrage der Top-Managementberatung A.T. Kearney hervor, in der mehr als 40 Vorstände und Geschäftsführer zum Thema Einkauf Stellung bezogen haben. Eine Gleichberechtigung des Einkaufs mit Vertrieb, F&E und Produktion bietet eine optimale Chance zur Wertsteigerung des Einkaufs sowie zur Kostensenkung – empfiehlt A.T. Kearney.

„Die Umsetzung wichtiger Erfolgsfaktoren im Einkauf sieht Österreichs Industrie als noch nicht zufriedenstellend", so Christian Schuh, Studienautor und Partner bei A.T. Kearney. Das zeigt die aktuelle A.T. Kearney Umfrage zu der österreichische Industrieunternehmen aus der Prozess- und Automobilindustrie, aus dem Maschinen- und Anlagenbau, sowie aus dem Bereich der Energieversorgung und Dienstleister, eingeladen wurden.

Die Rücklaufquote von 45% zeigt die hohe Aufmerksamkeit, die das Thema Einkauf in den Führungsebenen der österreichischen Industrie genießt. „Wir sehen insgesamt bei zahlreichen Unternehmen ein erhebliches Kostensenkungs- und Wertsteigerungspotential", so Schuh.



Aufteilung der teilnehmenden Unternehmen nach Branchen

Wertsteigerung des Einkauf gefragt

„Der Einkauf wird nach wie vor nur bedingt als interdisziplinäre Topmanagementaufgabe wahrgenommen. Der größte Anteil der Kostenstruktur von Produkten und Dienstleistungen wird jedoch in den frühen Phasen der Konzeption festgelegt", so Stephan Horvath, Co-Autor der Studie und erfahrener A.T. Kearney Projektleiter. Um dem Einkauf hier eine gestaltende Rolle einzuräumen, muss er gleichberechtigt mit Vertrieb, F&E (Forschung & Entwicklung) und Produktion an der Formulierung und Umsetzung der Unternehmensstrategie teilnehmen. „In Deutschland stellen wir diesbezüglich bereits ein stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung des Einkaufs fest", verweist Schuh auf die Ergebnisse einer vergleichbaren A.T. Kearney-Studie im Nachbarland.

Auch die Einbettung des Einkaufs in die Bedarfs- und Kapazitätsplanung wird mit 2,5 Punkten von vier möglichen, insgesamt als schwach eingeschätzt. Der Bedarfsabgleich gekoppelt mit den verfügbaren Kapazitäten in der Produktion und bei Lieferanten, gestaltet sich durch das verspätete Miteinbeziehen des Einkaufs oft schwierig. Horvath weiß aus der Beratungspraxis: „Am Ende der Planungskette hat der Einkauf dann mit Peitschenschlageffekten zu kämpfen, die abwechselnd Engpässe oder viel zu hohe Bestände verursachen. Häufig ist der Einkauf dann auch zum Agieren unter extremen Zeitdruck gezwungen und kann der starken Verhandlungsposition arrivierter Lieferanten nur wenig entgegensetzen. Abschlüsse zu „Apothekerpreisen" sind dann eher die Regel als die Ausnahme."

Kampf um erfahrene Einkäufer ist entbrannt

Um fundierte Analysen erstellen sowie differenzierte Ansätze zur Kostensenkung und Wertsteigerung entwickeln zu können, benötigt der Einkauf technisch und kaufmännisch hoch qualifizierte Mitarbeiter. Die externe Rekrutierung geeigneter Kandidaten ist zurzeit ein äußerst schwieriges Unterfangen – der Kampf um erfahrene Experten und Talente ist voll entbrannt. „Jedoch gilt es auch in vielen Unternehmen den Einkauf verstärkt als attraktive Karrierestation zu gestalten", gibt Schuh zu bedenken: „Denn dies ist mitunter ein wichtiger Ansatzpunkt um ambitionierte und talentierte Mitarbeiter für den Einstieg zu gewinnen sowie sie mittel- bis langfristig im Einkauf zu halten."

Die Autoren der Studie weisen außerdem darauf hin, dass Investitionen in qualifizierte Mitarbeiter sich an kaum einer Stelle im Unternehmen so schnell rechnen, wie im Einkauf. „Wer im Einkauf spart, verliert in der Regel das Vielfache am Beschaffungsmarkt", plädieren Schuh und Horvath für eine Qualifikations- und Ressourcenoffensive.

A.T. KEARNEY

A.T. Kearney ist eines der größten internationalen Top-Management-Beratungsunternehmen. A.T. Kearney bietet seinen Klienten das gesamte Spektrum strategischer und operativer Beratung. Zu unseren Klienten gehören globale Großkonzerne wie nationale Unternehmen aller Wirtschaftszweige, Industrien und Dienstleister des öffentlichen und privaten Sektors. A.T. Kearney wurde 1926 in Chicago gegründet und beschäftigt heute rund 2.500 Mitarbeiter in mehr als 30 Ländern der Welt.

www.atkearney.com

LITERATURTIPP

INTERNE REVISION UND VERGABERECHT

Nach dem Skandal um den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses in den späten Siebzigern stellte der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky die Bundesverwaltung unter Kontrolle. Eine neue Einheit – die Interne Revision – war geboren. Ziel war die Schaffung eines effizienten Kontrollsystems, das die Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung verbessern und Unzulänglichkeiten verhindern sollte. Das vorliegende Jahrbuch dient als Handbuch und Nachschlagewerk für alle Revisoren, Prüfer, Kontrollore sowie für Sachbearbeiter im jeweiligen Fachbereich.

Die Herausgeber:
MinR Mag. Dieter Kandlhofer
MinR Mag. Karl Seyfried

LexisNexis ARD Orac
Wien 2008, 158 Seiten
ISBN 978-3-7007-3952-4
Best.-Nr. 32.83.01

Preis € 29,-

Lexpress
„Der richtige Umgang mit Risiken & Chancen"
Geschäftsführerforum 2008
am 25. September
im Studio 44, 1030 Wien
Anmeldung unter:
www.ceo-community.at
So sichern Sie Ihren Erfolg!

Mit den A1 NETWORK ZERO Tarifen:
-20% FÜR KLEINUNTERNEHMER.
Sony Ericsson
P1i
ab € 49,-**
Jetzt Aktivierung gratis und 6 Monate kein Grundentgelt*
• Das beste Netz fürs Geschäft mit der Erfolgskennzahl 0664
• Inklusive speziellem BUSINESS SERVICE für A1 Geschäftskunden
• €40,- ONLINE BONUS bei Bestellung auf www.A1.net
Weitere Infos und Services auf www.A1.net und in jedem A1 SHOP
Beste dauerhafte Netzqualität geprüft und bestätigt durch das IBK der TU Wien.
A1 NETWORK ZERO Tarife: ab 2 Anschlüssen, nur für Unternehmen i.S.d. KSchG anmeldbar bis 30.06.08. Mindestvertragsdauer 24 Monate. Aktivierungsentgelt €49,90. -20% im Vergleich zu den entsprechenden Einzeltarifen, ausg. A1 START ZERO und A1 XCITE ZERO.
* Kein Aktivierungsentgelt und 6 Monate kein Grundentgelt bei Erstanmeldung bis 30.06.08
** Preis in Euro inkl. USt. Gerät A1 SIM-Locked. Preisstand: Juni 2008.
Bei Beendigung des Vertrages vor 24 Monaten erhöht sich der Gerätepreis um €79,-.

WIFO-Unternehmensumfragen. Unternehmen schätzen die Wirtschaftslage für die kommenden Monate ungünstig ein.

Eintrübung der Stimmung durch fehlende Nachfrage aus dem Inland

Die Eintrübung der Stimmungsindikatoren deutet auf eine Verlangsamung des Wachstums in den nächsten Quartalen hin. Im I. Quartal wuchs die österreichische Wirtschaft dagegen noch sehr kräftig (+0,7% gegenüber dem Vorquartal, +3,3% gegenüber dem Vorjahr). Der Außenbeitrag war die tragende Säule der Konjunktur, die Inlandsnachfrage wies keine Anzeichen einer Belebung auf.

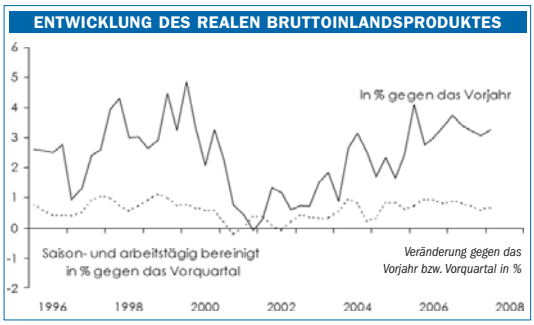
Die WIFO-Unternehmensumfragen zeigen eine deutliche Eintrübung der Stimmung. Vor allem die Erwartungen der Hersteller von Vorprodukten, Investitions- und Konsumgütern zur Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten haben sich markant verschlechtert. Die Beurteilung der Produktionsentwicklung und Geschäftslage liegt bereits unter dem längerfristigen Durchschnitt. Die Einschätzung der aktuellen Auftragsbestände hat sich zwar auch eingetrübt, übertrifft aber noch den Mittelwert. Der WIFO-Konjunkturtest deutet somit auf eine Abschwächung des Produktionswachstums in den nächsten Quartalen hin.

Im I. Quartal wurde die österreichische Wirtschaft durch die internationale Finanzkrise und die Euro-Aufwertung noch nicht gedämpft. Das Wachstum blieb mit +0,7% (saison- und kalenderbereinigt) gegenüber dem Vorquartal und +3,3% gegenüber dem Vorjahr kräftig. Das ergab die revidierte Quartalsrechnung des WIFO. Damit wurde das vor einem Monat publizierte Ergebnis der WIFO-Schnellschätzung (+3,5% gegenüber dem Vorjahr bzw +0,8% gegenüber dem Vorquartal) geringfügig nach unten korrigiert. Der Güterexport hat an Dynamik verloren, die Bauwirtschaft profitierte dagegen vom milden Winterwetter und der Tourismus vom frühen Ostertermin. Die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge waren weiterhin sehr verhalten. Nach dem bisherigen Verlauf ist fraglich, ob die Investitionspläne der Sachgütererzeuger heuer voll realisiert werden.

Privater Konsum stagniert

Trotz der starken Beschäftigungsausweitung verstärkte sich die Entwicklung des privaten Konsums nicht. Im I. Quartal stiegen die Einzelhandelsumsätze nur wegen des frühen Ostertermins rascher als zuletzt. Während sich der Absatz einiger dauerhafter Konsumgüter günstig entwickelte, blieben die Pkw-Verkäufe relativ schwach. In den ersten vier Monaten 2008 wurden um 0,8% mehr Pkw zugelassen als im Vorjahr.

Die Verbraucherstimmung ist wenig optimistisch, die hohen Preissteigerungen drücken die Kaufkraft . Die Bruttotariflöhne lagen in den ersten vier Monaten ebenso wie die Verbraucherpreise um 3,3% über dem Vorjahresniveau. Aufgrund der kalten Progression gingen die Nettolöhne real um etwa 0,5% zurück.



Die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln heizt die Inflation an. Das Barrel Rohöl notierte im Mai erstmals über 125 $; spekulative Käufe spielten dabei eine wichtige Rolle. Auf der Verbraucherebene waren im April Energie um 13% und Nahrungsmittel um 7% teurer als im Vorjahr; diese beiden Gruppen trugen drei Fünftel zur Gesamtinflation bei. Die Preise von Dieseltreibstoff lagen um 30%, jene von Brot und Getreideerzeugnissen um rund 11% über dem Vorjahresniveau.

Auf dem Arbeitsmarkt hielt die günstige Entwicklung im Mai an. Die Zahl der Arbeitsplätze war um 2,5% höher als vor einem Jahr, und die Arbeitslosenquote ging zurück (- 0,5 Prozentpunkt), obwohl die Arbeitsmarktschulungen eingeschränkt wurden. Die Beschleunigung des Beschäftigungszuwachses seit der Jahreswende dürfte großteils auf die Einführung der sofortigen Meldepflicht neuer Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen sein. Diese Maßnahme könnte die offizielle Beschäftigtenzahl um 20.000 bis 30.000 Personen erhöht haben. Gleichzeitig steigerte sie die Einnahmen an Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen kräftig. Auch nach Bereinigung um den administrativen Sondereffekt war die Beschäftigungsentwicklung sehr günstig. Das Stellenangebot als Vorlaufindikator nimmt dagegen von Monat zu Monat weniger zu, im Mai lag es nur noch geringfügig über dem Vorjahresniveau (+500). Das deutet – ähnlich wie die Stimmungsindikatoren – auf eine Abschwächung der Konjunktur hin. Seit Februar sinkt auch die Arbeitslosenquote saisonbereinigt nicht mehr. Sie hat allerdings bereits ein relativ niedriges Niveau erreicht (laut nationaler Berechnungsmethode im Mai 5,1%, laut Eurostat im April saisonbereinigt 4,2%).

WKÖ-Präsident Christoph Leitl hingegen zog bei der Präsentation des Wirtschaftsbarometer Austria (WBA 2008) Parallelen zwischen Wirtschaft und Fußball. So wie die österreichische Mannschaft am EM-Rasen gezeigt habe, dass sie mehr spielerische Talente besitzt als ihr prognostiziert wurden, zeigen auch die heimischen Unternehmen mehr Optimismus und Dynamik, als ihr die Wirtschaftsforscher zutrauen. So erwarten die Wirtschaftstreibenden laut WBA für 2008 ein Wirtschaftwachstum von 2,5 Prozent. Die OeNB senkt ihre Erwartungen auf 2,2 bzw 2,1 Prozent.

Quelle: WIFO

LITERATURTIPP

INVESTITIONSENTSCHEIDUNGEN RICHTIG TREFFEN

Investitions- und Finanzierungsentscheidungen sind die wichtigsten Entscheidungen, die es in der Wirtschaft zu treffen gibt. Auf die seriöse Vorbereitung derart bedeutungsvoller Entscheidungen sollte man daher große Aufmerksamkeit verwenden und moderne dynamische Verfahren zur Anwendung bringen. Dieser Leitfaden gibt sowohl Studierenden als auch Praktikern eine tiefer gehende, aber trotzdem leicht verständliche Einführung in die theoretischen Grundlagen, Prämissen und Implikationen sowie in die Leistungsfähigkeiten und Mängel der verfügbaren Investitionsrechnungsverfahren.

Der Autor:
o. Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Gerhard Seicht

LexisNexis ARD Orac
Wien 2007, 280 Seiten
ISBN 978-3-7007-3877-0
Best.-Nr. 88.47.01
Preis € 44,–

Risikokapital. Aktienforum und AVCO begrüßen Initiative zur Stärkung der Wachstumsfinanzierung.

Neuer Gesetzesentwurf bringt eine Gleichstellung mit ausländischen Fonds

„Die Finanzierung von Wachstums- und Start-Up Unternehmen ist keine ideologische Frage, sondern eine Frage der Standortsicherung. Deshalb unterstützt das Aktienforum das Vorhaben mittels eines eigenständigen Kapitalmarktstärkungsgesetzes die Voraussetzungen für die weitere positive Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Österreich zu schaffen", sagt Mag. Markus Fichtinger, Geschäftsführer des Aktienforums, anlässlich der Vorlage des Begutachtungsentwurfs eines Kapitalmarktstärkungs-Gesetzes.

Derzeit sind die rund 50 österreichische Beteiligungsfonds mit mehr als 1 Mrd Euro Investitionsvolumen in rund 500 Beteiligungsunternehmen mit weit mehr als 4 Mrd Euro Umsatz investiert und sichern damit etwa 30.000 Arbeitsplätze. Ohne neue rechtliche Rahmenbedingungen droht allerdings die Abwanderung dieser Fonds ins Ausland.

„Wachstumskapital sichert die Arbeitsplätze von Morgen. Wer gegen attraktive Rahmenbedingungen für die Kapitalgeber in Österreich ist, vertreibt Kapital und Arbeitsplätze aus dem Land. Es ist begrüßenswert, dass die vernünftigen Teile in beiden Koalitionsparteien dies nun erkannt haben", so Fichtinger abschließend.

„Es ist höchste Zeit, dass auch in Österreich neue rechtliche Rahmenbedingungen für die Wachstumsfinanzierung geschaffen werden", so Dr. Jürgen Marchart, Geschäftsführer der AVCO. Denn derzeit ist die kuriose Situation gegeben, dass ausländisches Kapital zwar problemlos und unter attraktiven Bedingungen in Österreich investiert werden kann, Investitionen heimischen Kapitals in österreichische Unternehmen über inländische Fonds jedoch stark diskriminiert sind.

Admisitrative Hürden bereinigen

„Die Wachstumskapitalgeber brauchen dringend Rahmenbedingungen nach internationalen good practice Bestimmungen. Der Gesetzesentwurf bringt nun weitgehend die gesellschaftsrechtliche und steuerliche Gleichstellung mit ausländischen Fonds, sieht aber gleichzeitig hohe administrative Hürden und restriktive Veranlagungsvorschriften vor. Wenn es der heimische Gesetzgeber ernst meint, Österreich zu einem internationalen Standort für Wachstumsfonds zu machen, dann müssen einzelne Bestimmungen im weiteren Gesetzwerdungsprozess noch überarbeitet werden um das Ziel, heimisches Kapital für heimische Unternehmen zur Verfügung stellen zu können tatsächlich zu erreichen", so Marchart abschließend.

Private Equity und Venture Capital bietet als Finanzierungsinstrument Eigenkapital verbunden mit aktiver Managementunterstützung für kleine und mittlere Unternehmen im vorbörslichen Bereich. Es erhöht dadurch die unternehmerischen Erfolgschancen und ermöglicht

- die Gründung, Expansion und Internationalisierung wachstumsorientierter KMU und damit die rasche Umsetzung neuer Forschungsergebnisse, die Vermarktung und Verbreitung von Innovationen sowie die Zunahme qualifizierter Arbeitsplätze.
- Restrukturierungen, Zusammenschlüsse, Nachfolgelösungen va mittlerer Unternehmen und damit höhere inländische Wertschöpfung sowie Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreich.

Das Aktienforum ist die Interessensvertretung der heimischen börsenotierten Unternehmen und die Plattform zur Stärkung des österreichischen Kapitalmarktes. Seit 1989 betreibt das Aktienforum Lobbying für seine Mitglieder auf europäischer und österreichischer Ebene zu wesentlichen Kapitalmarktthemen. Das Aktienforum ist Mitglied des europäischen Emittentenverbandes EuropeanIssuers und Mitglied der European Association for Share Promotion - EASP.

Die AVCO – Austrian Private Equity und Venture Capital Organisation ist die Dachorganisation der österreichischen Beteiligungskapitalindustrie, sie wird von 25 namhaften österreichischen Risikokapitalgesellschaften und 33 komplementären Leistungsanbietern als assoziierte Mitglieder getragen. Damit repräsentiert die AVCO als unabhängige Interessensvertretung zusammen mit ihren Mitgliedern über 90% des privaten österreichischen Beteiligungsmarktes.

KONTAKT

AVCO - Austrian Private Equity and Venture Capital Organisation
Mariahilfer Strasse 54/3/6, A-1070 Wien
Tel.: +43-1-526 38 05 - 0
Fax: +43-1-526 38 05 - 10
E-Mail: office@avco.at
www.avco.at

ABTA Geschäftsreisestudie 2008. Organisation, Kosten und Einsparungspotenziale von Geschäftsreisen in Österreich.

KMU nutzen Geschäftsreisen für Verhandlungen und Aquise

Die Geschäftsreisen nehmen einen erheblichen Anteil am Gesamttourismus ein, nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Globalisierung der Unternehmen. Die Studie belegt erstmalig den Umfang und das Volumen aller vorgenommenen Geschäftsreisen in und aus Österreich im Jahr 2007, inklusive der eintägigen Dienstreisen, über einen repräsentativen Unternehmensdurchschnitt gesehen.

Die Bedeutung der Geschäftsreisen wird weiter zunehmen, der Anlass dafür unterscheidet sich jedoch in den einzelnen Branchen deutlich und hängt vor allem mit der Internationalität der Unternehmen zusammen. Eher als die zunehmende Anzahl der Geschäftsreisen sehen die befragten Entscheidungsträger jedoch die steigenden Kosten. Gerade dieser Umstand erfordert ein starkes Travelmanagement, welches alle Einsparungspotenziale ausloten und lukrieren soll. Allen voran die Prozessoptimierung von der Reiseplanung bis zur Reiseabrechnung und – speziell bei KMU – die Verhandlung mit den Leistungsträgern.

Bei den viel zitierten Online-Buchungen ergeben sich bei der Beurteilung Divergenzen hinsichtlich der Anforderungen und des erzielten Ergebnisses. Der erwartete Preisvorteil blieb aus, dennoch wird dieses Instrument häufig als Einsparungsmaßnahme angeführt.

Die Sicherheit auf Dienstreisen ist ein äußerst sensibler Bereich und dem Vorhandensein von entsprechenden Versicherungen wird offensichtlich erst im Anlassfall ein deutlicher Stellenwert beigemessen. Hier gibt es deutliche Branchenunterschiede, die mit der Erfahrung und dem wahrgenommenen Risiko in Zusammenhang stehen. Der Nutzen eines eigenen Travelmanagements wird von den größeren Unternehmen eindeutig erkannt. Die Aufgaben zielen in erster Linie auf Einsparung, Kostentransparenz und effiziente Abwicklung der Geschäftsreisen ab.

Hohes Geschäftsreisevolumen in Österreich

In mittelständischen Unternehmen wird gereist, um zu akquirieren und zu verhandeln; große, internationale Unternehmen zeigen einen beträchtlichen internen Abstimmungsaufwand. Unternehmen mit weltweit bis zu 5.000 Mitarbeitern sehen einen besonderen Fokus auf Akquisition, Verhandlungen und Produktpräsentationen, während große, internationale Unternehmen ab 50.000 Mitarbeitern einen hohen Anteil bei innerbetrieblich veranlassten Geschäftsreisen angeben.

Fotos: abta

Sabine Pirkner - Hewitt Associates, Norbert Draskovits - Vorstandsdirektor Verkehrsbüro Group, Christine Hafner - abta-Präsidentin und Martin Sturzlbaum - Vorstandsdirektor Europäische Reiseversicherung präsentieren die Geschäftsreisestudie 2008

Bezüglich einer Prognose für die Zukunft sind die Unternehmen geteilter Meinung. 47% der Teilnehmer stellen ein Steigen des Reiseaufkommens in Aussicht. Hochgerechnet auf den Gesamtmarkt werden in Österreich 12,6 Mio Geschäftsreisen mit Zielen im In- und Ausland durchgeführt.

Geschäftsreisen dauern großteils 2 bis 3 Tage

73,3% der Unternehmen geben dies als durchschnittliche Dauer der Geschäftsreisen an. Die enge Verknüpfung Österreichs mit dem europäischen Markt macht längere Dienstreisen notwendig. Tendenziell finden in österreichischen Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern vermehrt kurze Dienstreisen mit einer Dauer bis zu 1 Tag statt.

Österreich als Drehscheibe zwischen West- und Osteuropa

Im Durchschnitt haben mehr als die Hälfte der Geschäftsreisen ein Ziel in Europa. Die meisten Auslands-Geschäftsreisen gehen mit Abstand nach Zentral- und Osteuropa (63,8%) sowie nach West-Europa (61%). Deutschland ist jetzt und auch zukünftig eine wichtige Destination. Die Zukunftsmärkte China, und Indien werden auch in Österreich bestätigt.

Das Geschäftsreisevolumen in Österreich beträgt 5,4 Mrd Euro. Nach Ansicht der Travelmanager wird dieser Aufwand eher noch steigen. Der Kostenaspekt ist die große Herausforderung für die Travelmanager.

Einsatz von Billig-Airlines ist der Kostensenkungsfaktor 2007

Trotz des weit verbreiteten Einsatzes von Billig-Airlines ist der Anteil an den gesamten Flugbuchungen aber gering. Verträge mit Leistungsanbietern, vermehrte Onlinebuchungen, detailliertes Controlling sowie die Verschärfung von Reiserichtlinien zählen ergänzend zu Billig-Airlines zu den meist häufig genannten Kostensenkungsmaßnahmen mit zukünftigem Potenzial.

Potenzial für Vertragsabschlüsse mit Leistungsträgern vorhanden

Die meisten Kooperationen bestehen mit Hotels und Reisebüros. Kreditkartenunternehmen, Mietwagenfirmen und Airlines finden durchaus noch Entwicklungspotenzial vor. Nur ein Drittel der Unternehmen verfügt über Verträge mit der Bahn. Neben den Verträgen findet eine starke Nutzung von Tagespreisen statt (beste verfügbare Rate). Klein- und Mittelbetriebe zeigen diesbezüglich erhöhten Bedarf.

Die Anforderungen der Kunden an eine kompetente Betreuung durch die Reisebüros werden gut erfüllt. Die Preispolitik ist erst an zweiter Stelle entscheidend.

Der Trend zu Onlinebuchungen bleibt aufrecht, klassische Buchungswege werden nach wie vor genutzt. Direktbuchungen erfolgen vor allem in der Hotellerie und im Mietwagenbereich. Flugbuchungen werden bevorzugt im Reisebüro durchgeführt. Ein entscheidender Preisvorteil von Onlinebuchungen wird nicht deutlich.

Fehlender Versicherungsschutz

Knapp zwei Drittel geben an, jährliche Versicherungsverträge abzuschließen. 16,3% haben keine Versicherung. Es besteht keine vollständige Klarheit über den vorhandenen Versicherungsschutz. Für die Versicherungsgesellschaften bedeutet dies die Schaffung eines höheren Risikobewusstseins bei Unternehmen und Reisendem.

Verantwortung für die Abwicklung von Geschäftsreisen liegt in den Vorstands- bzw Chefsekretariaten (33,1%) oder in einem eigenständigen Travelmanagement ab 1.000 Mitarbeitern (26,3%), das stark mit der Geschäftsführung verknüpft ist. Eigenständiges Travelmanagement in den meisten Fällen organisatorisch dem Personalbereich zugeordnet. Der größte Nutzen liegt gesamt betrachtet in Kosteneinsparungen und –transparenz. Möglichkeiten zur Prozessoptimierung werden in Unternehmen mit eigenständigem Travelmanagement sehr deutlich.

Benchmarking ist als Controllingmaßnahme nicht üblich. Die Firmen bevorzugen unternehmensinterne Informationsquellen. Den Statistiken von Leistungsträgern und Reports der Kreditkartenfirmen wird wenig Bedeutung beigemessen. Unternehmen sehen im Controlling der Geschäftsreisen jedoch eine zentrale Aufgabe des Travelmanagements, der im Allgemeinen nicht ausreichend nachgegangen wird. Der Stellenwert des Travelmanagements wird weiterhin hoch sein.

ABTA GESCHÄFTSREISESTUDIE 2008

Die ABTA - Austrian Business Travel Association, als Forum für das Geschäftsreisenetzwerk in Österreich, vertritt die Interessen der Geschäftsreisenden sowie der Travel Manager auf nationaler und internationaler Ebene. Die Realisierung der ABTA Geschäftsreisestudie liefert wertvolle Informationen zum heimischen Geschäftsreisemarkt und schafft somit eine allgemein zugängliche Wissensbasis.

Das große Interesse an der Studie spiegelt sich in einem sehr guten Rücklauf von 26,8% nationaler und internationaler Unternehmen mit Sitz in Österreich wider.

www.abta.at

Förderungen. ‚Think-Small-First'-Ansatz und kompromisslose Entbürokratisierung der EU.

„Small Business Act" für KMU

Die Einigung unter den EU-Ländern über einen so genannten „Small Business Act" (SBA) für kleine und mittlere Unternehmen herbeizuführen ist eine der Zielsetzungen der im Juli 2008 beginnenden französischen Ratspräsidentschaft.

Der „Small Business Act" wird als sehr wichtig für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas erachtet. Der SBA soll Grundsätze und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von KMU festlegen, wobei die Vielfalt der europäischen KMU in vollem Umfang berücksichtigt wird. Als erstes Hauptziel der französischen Ratspräsidentschaft soll die Verbesserung des Zugangs der KMU zu öffentlichen Ausschreibungen und die Erhöhung der Investitionen in Forschung und Entwicklung erreicht werden.

Einsparungen: 2,5 bis 3,5 Milliarden Euro

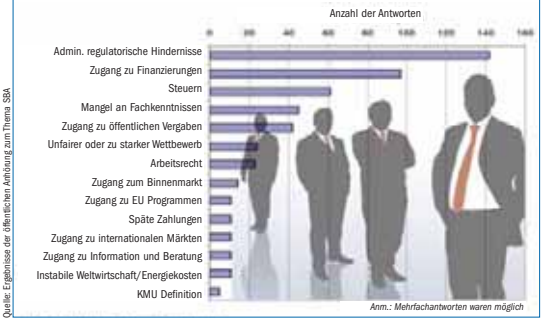
Europas Business Community geht mit gutem Beispiel voran. Eine vom Europäischen Wirtschaftsbund eingerichtete Gruppe von Experten und Unternehmensvertretern (‚Low-Level-Group') hat konkrete Entlastungsmöglichkeiten für KMU auf europäischer Ebene eruiert. Diese wurden kürzlich als Paket 21 konkreten Vorschlägen von Christoph Leitl, als Präsident der SME-UNION in Brüssel, dem Vizepräsidenten der EU-Kommission Günter Verheugen überreicht.

Die Experten schätzen, dass sich Europas Unternehmen 2,5 bis 3,5 Mrd Euro an Bürokratiekosten ersparen könnten, wenn die Vorschläge der Low Level Group for Better Regulation (LLG) umgesetzt würden. „Die Vorschläge der LLG kommen direkt aus der Praxis. Damit wurde ein großer Schritt in Richtung des Ziels einer Verwaltungskostenreduktion um 25 Prozent gesetzt", so WKÖ-Präsident Leitl.

Beispiele für potenzielle Entlastungen finden sich etwa im Umweltbereich: Hier werden Ausnahmen für KMU und de-minimis-Regelungen gefordert. Zwei Forderungen betreffen den e-Commerce: Interessant ist hier, dass ein erhöhter Aufwand durch nicht ausreichende Harmonisierung der Gesetzgebung entsteht. Die EU-Regelung ist nicht genau genug, daher kommt es zu unterschiedlichen Informationsverpflichtungen in den Mitgliedsstaaten, die die Unternehmen belasten. Ein eigener Bereich ist das neu entstehende Recht: Während Brüssel im bestehenden Recht ein Reduktionsziel von 25 Prozent verfolgt, wird bei neuen Gesetzesinitiativen neuer Aufwand geschaffen.

„Wichtig ist nun, dass die Kommission die Vorschläge der Low Level Group berücksichtigt, damit das Sparpotenzial auch rasch Wirklichkeit wird", betont Präsident Leitl.

DIE WICHTIGSTEN PROBLEME DER KMU IN EUROPA



Quelle: Ergebnisse der öffentlichen Anhörung zum Thema SBA

Anm.: Mehrfachantworten waren möglich

„Bürde" EU-Gesetzgebung

Infolge einer öffentlichen Befragung über den SBA bestimmte die Kommission die folgenden sieben wichtigsten Herausforderungen für KMU:

- Verbesserung der sozialen Anerkennung des Unternehmertums
- Verbesserung des Zugangs zu Risikokapital
- Verbesserung der Kompetenzen und Innovationen
- Beschränkte Kapazitäten für Innovationen und begrenzte FuE-Ausgaben
- Verwaltungslasten
- Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Ausschreibungen innerhalb und außerhalb Europas
- SBA soll Innovationen vorantreiben und Arbeitsplätze schaffen

Die Mehrheit der befragten Personen hält die EU-Gesetzgebung für eine unnötige Bürde. Gespalten waren die Meinungen über den vorgeschlagenen Lösungsansatz, die KMU von der direkten Anwendung der EU-Gesetzgebung auszunehmen: Die Hälfte der Befragten war dafür, die andere Hälfte dagegen. Mehr als 80% halten es für sinnvoll, die EU-Gesetzgebung an die Unternehmensgröße anzupassen.

Eine unverhältnismäßige Belastung sind laut den Befragungsergebnissen die Bereiche Sozialwesen, Gesundheit und Sicherheit inklusive Hygiene und Kennzeichnungsvorschriften. Ebenso belasten die Gebiete öffentliche Vergaben, Umweltschutz und Steuern. Allgemein sollen hinkünftig bei der Um-setzung des Prinzips „Think Small First" („Vorfahrt für KMU") KMU-Vertreter verstärkt hinzugezogen werden.

Text: Manuela Taschlmar

SBA

Öffentliche Anhörung zum Thema SBA: Bis 31. März 2008 sind mehr als 500 Rückmeldungen und eine ganze Reihe freier Positionspapiere von Unternehmern, KMU Interessensvertretern sowie nationalen und regionalen Institutionen bei der Europäischen Kommission eingegangen. Alle Eingaben werden bei der Ausarbeitung des „Small Business Act" für Europa berücksichtigt.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) machen etwa 70% der Arbeitsplätze und des BIP in der EU aus.

LITERATURTIPP

INSOLVENT UND TROTZDEM ERFOLGREICH

„Mein Name ist Anne Koark und ich bin insolvent!" Mutig, offen und fesselnd geht die britische Autorin, allein erziehende Mutter und Unternehmerin, mit ihrer Insolvenz an die Öffentlichkeit. In ihrer tagebuchartigen Autobiografie schildert sie mit der Spannung eines Wirtschaftskrimis die Geschichte des Untergangs ihrer Frauenfirma „Trust in Business". Authentisch und ehrlich bescheibt sie ihre Gefühle zwischen Angst und Zuversicht.

Eine lesenswerte Nabelschau, die eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskussion des Scheiterns initiiert. Dieses Mutmach-Buch regt zum Nachdenken an und zeigt, dass nicht jeder, der versagt, auch ein Versager ist!

Die Autorin: Anne Koark

Insolvenzverlag.de (1. Taschenbuchauflage September 2007), 311 Seiten
ISBN-13: 978-3981095418

Das Buch ist über den Buchhandel und über Amazon erhältlich.

Förderungen. Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung burgenländischer Betriebe.

„De-minimis"-Unterstützung für burgenländische Unternehmen

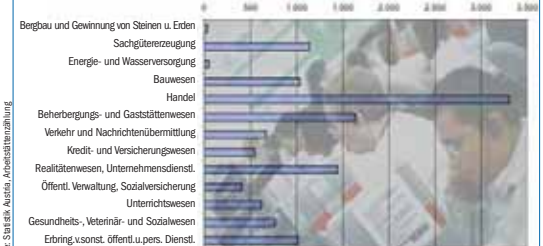
Aufgrund geringer Risikobereitschaft bestimmter Finanzmärkte und ihrer begrenzten Möglichkeiten, Haftungen zu bieten haben Betriebe Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Kapital oder Krediten. Zielsetzung der Aktionsrichtlinie ist es, die Unternehmen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Darüber hinaus können im Rahmen dieser Richtlinien Beihilfen aus sozial-, arbeitsmarkt- und regionalpolitischen Gründen gewährt werden, wenn der Erhalt und die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie der Standortsicherung im besonderen Interesse des Landes Burgenland liegt.

Förderungswerber bzw Förderungswerberin können physische und juristische Personen und eingetragene Personengesellschaften (offene Gesellschaften und Kommanditgesellschaften) im Bereich der Wirtschaft sein, deren Betriebsstätte, für die eine Förderung beantragt wird oder der die Förderung zugute kommen soll, sich im Burgenland befindet.

Gegenstand der Förderungen bilden unter Beachtung der Zielsetzungen dieser Aktionsrichtlinie alle Arten von Kapitalbeschaffungsmaßnahmen, welche einerseits der Sicherstellung der laufenden Geschäftstätigkeit und andererseits der Ausweitung des Geschäftsbereiches sowie alle Arten von betrieblich veranlassten Investitionen, die dem Wachstum und der Wertsteigerung von neugegründete und bestehenden Unternehmen dienen.

ARBEITSSTÄTTEN NACH BESCHÄFTIGUNG IM BURGENLAND



Quelle: Statistik Austria, Arbeitsstättenzählung

Arbeitsstätten 2001 nach ausgewählten ÖNACE-Ebenen und nach Beschäftigtengrößengruppen

Art und Ausmaß der Förderung

1. Die Förderung kann in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Darlehen, Übernahme von Haftungen sowie in der Bereitstellung von Risikokapital gewährt werden.

2. Die Gesamtsumme der von einem Unternehmen bezogenen De-minimis-Beihilfen darf in einem Zeitraum von drei Steuerjahren 200.000 EUR (brutto) bzw – wenn die Zuwendung nicht in bar erfolgt – ihr Bruttosubventionsäquivalent 200.000 EUR nicht übersteigen. Für Unternehmen, die im Bereich des Straßentransportsektors tätig sind, gilt eine Höchstgrenze von 100.000 EUR an bezogenen De-minimis-Beihilfen in den letzten drei Steuerjahren. Diese Höchstbeträge gelten für De-minimis-Beihilfen gleich welcher Art und Zielsetzung und unabhängig davon, ob die von dem Mitgliedstaat gewährte Beihilfe ganz oder teilweise aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird. Der Zeitraum bestimmt sich nach den Steuerjahren, die für den Förderungswerber bzw die Förderungswerberin maßgebend sind.

3. Der Förderungswerber bzw die Förderungswerberin ist verpflichtet, in den Förderanträgen entsprechende Angaben über beabsichtigte, laufende oder erledigte Ansuchen bei anderen Förderstellen oder anderen Rechtsträgern, die dasselbe Unternehmen betreffen, zu machen und diesbezügliche spätere Änderungen mitzuteilen. Die WiBAG hat auf Grundlage dieser Angaben zu prüfen, ob eine Förderung aufgrund der für Kumulierungen geltenden Bestimmungen gewährt werden kann.

Inkrafttreten, Geltungsdauer

Die Aktionsrichtlinien treten mit dem der Kundmachung im Landesamtsblatt für das Burgenland folgenden Tag in Kraft. Anträge können beginnend ab 1. Jänner 2008 bis zum 31. Dezember 2013 eingebracht werden.

Quellen: Landesamtsblatt für das Burgenland 24. Stück vom 13.6.2008

FÖRDERSTELLE

Wirtschaftsservice Burgenland AG – WiBAG
7000 Eisenstadt, Technologiezentrum
Tel.: +43-0-5 9010 21-0
Fax: +43-05 9010 21-10
E-Mail: office@wibag.at
www.wibag.at

Interview. Waltraud Schil, Geschäftsführerin von Lemon 42, über die Bedeutung von SOA sowie Voraussetzungen für IT-Sicherheit.

Sichere Prozesse über die Unternehmensgrenzen hinaus

Unternehmen optimieren intern ihre Prozesse laufend, aber fast genauso wichtig ist es inzwischen, dabei auch Lieferanten und Kunden zu beteiligen. Durch mehr Nähe am Kunden und optimierte Zulieferung lassen sich massive Einsparungen erzielen, und zum Beispiel mit einem Web-Shop, auch die Kundenzufriedenheit steigern. Waltraud Schill ist Geschäftsführerin des Internetspezialisten Lemon42, der sich darauf spezialisiert hat, Unternehmensprozesse im Internet sicher umzusetzen.

Mag. Michael Ghezzo: *Warum wird es immer wichtiger Prozesse auch über Unternehmensgrenzen hinweg zu vernetzen?*

Waltraud Schill: „Der Markt verlangt eine immer größere Flexibilität. Unternehmen sind einem dauernden Anpassungsprozess unterworfen, der mit Kunden, Lieferanten und Partnern abgestimmt und die dabei entstandenen Veränderungen in den Geschäftsprozessen systemseitig abgebildet werden muss. Die ganzheitliche Betrachtung von Geschäftsprozessen ist heute unumgänglich für eine effiziente und zeitnahe Geschäftsabwicklung und verlangt nach Gesamtlösungen, die sowohl die Fach- als auch IT-Abteilungen in ihrer Arbeit unterstützen. Mit Hilfe von Webportalen lassen sich sowohl Lieferanten und Partner als auch Kunden in den direkten Prozessablauf einbeziehen. Und zwar über Unternehmens- und Ländergrenzen hinweg.

Das Stichwort dazu heißt SOA, serviceorientierte Architektur und meint, dass Kunden, Lieferanten und Partner in die unternehmenseigenen Systeme integriert werden. SOA bringt so eine höhere und effizientere Kooperationsfähigkeit zwischen den Unternehmen wie auch eine höhere Kosteneffizienz.

Unternehmen wollen bei der Einführung neuer Software ihre bestehenden Altsysteme weiterhin nützen. Dank standardisierter Webservices können die bestehenden Systeme kostensparend weiter verwendet werden, neue Funktionen werden flexibel dazu entwickelt, mittels Schnittstelle verbunden und weiter betrieben. BPM Lösungen werden so auf Basis von SOA zum integrierten und vollständig aufeinander abgestimmten System."

Foto: lemon 42

Waltraud Schill, Geschäftsführerin der Lemon 42 GmbH

Welche Rolle spielt dabei das Web und Webtechnologie?

Waltraud Schill: „Webapplikationen, die keine Client-Installation benötigen und mit einem Browser jederzeit und allerorts bedient werden können und Kommunikationsstandards wie SOAP haben neue Dimensionen zur Prozessautomatisierung über Unternehmensgrenzen hinweg eingeläutet.

Webbasierte Applikationen lösen immer mehr eigenständige Softwarelösungen ab, die auf den einzelnen Clients installiert werden müssen. Bis vor kurzem handelte es sich dabei hauptsächlich um kundenspezifische Software, die auf bestimmte Anforderungen maßgeschneidert wurde. Inzwischen werden aber auch immer mehr Standard-Lösungen als webbasierte Applikationen angeboten. Ein Vorreiter auf diesem Gebiet ist Google mit seinen ‚Google Apps': Begonnen hats mit ‚GoogleMail', was für Unternehmen eine Groupware-Lösung für Emails, Kalender, Kontakte usw darstellt. Inzwischen wird darüber hinaus sogar eine webbasierte Lösung für Textverarbeitung und für Tabellen-Kalkulation angeboten, womit hier konkret Konkurrenz zu Microsofts Office Paket gemacht wird. Adobe bietet inzwischen sogar eine webbasierte Bildbearbeitungssoftware an. Auch SaaS (Software as a service) Lösungen werden verstärkt eingesetzt, vorausgesetzt es gibt pro Kunde maßgeschneiderte Service Level Agreements.

Das Web und die Webtechnologie ist also soweit gereift, dass man diese auch zur Umsetzung von komplexen Lösungen heranziehen kann. Hier befindet sich die Software-Industrie derzeit in einem Umbruch."

Welche Risiken gibt es dabei?

Waltraud Schill: „Sicherheitsrisiken (Security, Firewall,) müssen dann berücksichtigt werden, wenn die Applikation von Extern erreichbar ist und dadurch angreifbar (Hacker,...) wird. International gültige Standards zum Datenaustausch (BMECAT,...) setzen sich zwar vermehrt durch, allerdings müssen bis dato viele Schnittstellen neu definiert und entwickelt werden, welche vielleicht nicht für jeden Partner, Kunden und Lieferanten in der zur Verfügung gestellten Version nutzbar sind und leicht angepasst werden müssen.

Für eine gelungene Geschäftsprozessimplementierung ist es unabdingbar, dass die angebotenen Webtools und -Applikationen benutzerfreundlich handhabbar sind. Die gelingt va dann, wenn das Mitwirken der Fach- und IT-Abteilung gewährleistet ist, wenn beide die benötigten Prozesse definieren und modellieren ist dies ein Garant für Akzeptanz beim Endanwender."

Text: Mag. Michael Ghezzo

LEMON 42

lemon42 ist ein österreichischer Web-Software Hersteller mit Schwerpunkt auf Beratung, Konzeption und Implementierung sicherer Geschäftsprozesse im Internet für alle Betriebssysteme, ERP-Systeme und Datenbanken.

Die Produktfamilie rund um cms42 (Enterprise Content Management) wird seit 2001 gemäß einem Entwicklungsplan, der auf neueste Technologien und Marktanforderungen Rücksicht nimmt, entwickelt. Unzählige Kundenprojekte in den verschiedensten Branchen helfen dabei, den Funktionsumfang und die Benutzerfreundlichkeit von cms42 zu optimieren.

KONTAKT

lemon 42
IT, Web und Software GmbH
Blindengasse 3, 1080 Wien
Tel.: +43-1-403 01 95 - 0
Fax: +43-1-403 01 95 - 30
E-Mail: office@lemon42.com
lemon42.com

Unisys ist Preisträger des begehrten Constantinus Award

Unisys erzielt mit „Next Generation Media Traffic Monitoring"-Projekt für Telekom Austria den dritten Platz der österreichischen Auszeichnung für Berater und IT-Dienstleister in der Kategorie Kommunikation und Netzwerke.

Der Constantinus, der österreichische „Oscar" für herausragende Leistungen von Beratern und IT-Dienstleistern, wird jedes Jahr in den Kategorien Informationstechnologie, Kommunikation & Netzwerke, Management Consulting, Open Source, Personal & Training vergeben. Am 5. Juni 2008 werden die Sieger aus dem Kreis der Finalisten in jeder Kategorie auf der Constantinus-Gala in Innsbruck bekannt gegeben. Im Rahmen des beim Constantinus eingereichten Projektes „Next Generation Media (NGM) Traffic Monitoring" integrierte Unisys erfolgreich ein IP-Netz- und Verkehrs-Analysesystem in die Netzinfrastruktur von Telekom Austria. Ziel des Projektes war die Steigerung der Qualität und Verfügbarkeit der Netzinfrastruktur der Telekom Austria durch die intelligente Auswertung von Netzdaten und Verkehrsströmen.

„Telekom Austria verfolgt das strategische Ziel, die Qualität der Netze laufend zu verbessern, Entstörzeiten zu verkürzen, kritische Kundenanwendungen zu priorisieren und ein entsprechendes Reporting für Geschäftskunden anzubieten. So entstanden die hohen Anforderungen für das Projekt ‚NGM Traffic Monitoring', die Unisys erfolgreich umgesetzt hat. Den Einzug von Unisys ins Finale des Constantinus mit unserem Projekt werten wir auch als Auszeichnung für uns", kommentiert Werner May, Programm & Projekt Manager bei Telekom Austria.

Next Generation Media (NGM) Traffic Monitoring-Projekt

Im Rahmen des NGM Traffic Monotoring-Projekts schuf Unisys bei Telekom Austria eine Plattform zur Messung, Analyse und Aufbereitung von Netzdaten und Verkehrsströmen. Damit stehen Informationen über Auslastung und Verfügbarkeit von einzelnen Netzkomponenten und -segmenten zur Verfügung. Außerdem können die Verursacher einer Leitungsüberlastung einfach und schnell festgestellt oder unerwünschter Datenverkehr wie Spyware identifiziert werden. Die ermittelten Daten werden über ein Echtzeit-Reporting-Tool kommuniziert. Mittels Analysesystem und Integration in das Fault-Management-System kann Telekom Austria Ressourcen effizienter planen und Engpässe vermeiden. Durch den hohen Automatisierungsgrad der Lösung lassen sich Entstörzeiten deutlich verkürzen. Auch Geschäftskunden von Telekom Austria profitieren direkt vom NGM Traffic Management. In Form von historischen Daten und Echtzeit-Reports können sie Kommunikationsströme im eigenen VPN-Netz analysieren sowie unerwünschte Applikationen identifizieren und vermeiden.

LITERATURTIPP

ERFOLG MIT INNOVATION

Die Akteure und ihre Rolle im Innovationsnetzwerk

Erfolg und Misserfolg mit Innovation liegen dicht beieinander. Dieses Orac kompakt legt in komprimierter und praxisnaher Form die Innovationsakteure und ihre Aufgaben dar. Dabei befasst es sich sowohl mit der innovationslenkenden Politik und den innovationsfördernden Programmen und Organisationen (mit Österreich-Bezug) als auch mit den innovationsschaffenden Unternehmen und deren Kunden.

Der Autor:
Dr. Daniel Bösch

LexisNexis ARD Orac
Wien 2008, 120 Seiten
ISBN 978-3-7007-3888-6
Best.-Nr. 79.38.01
Preis € 22,-

Kreidtkarten-Markt. Im Zuge der Fussball-EM und dem Fananstrum stellen vor allem Gastronomiebetriebe auf Kreditkarten um.

Mit der Bankomat-Kasse NEXT Generation schon jetzt für SEPA 2010 gerüstet

Nach 28 Jahren erfolgreicher Geschichte im bargeldlosen Zahlungsverkehr hat PayLife wieder einen wichtigen Meilenstein erreicht. Am 3. Juni 2008 konnte PayLife bereits die 5.000 Bankomat-Kasse NEXT Generation in Betrieb nehmen. Die Installation fand in einem der 163 Restaurants von Mc Donald's in Österreich statt.

„Das Interesse an unseren neuen Bankomat-Kassen ist enorm", freut sich Dr. Ewald Judt, Geschäftsführer bei PayLife. „Die ersten Bestellungen hatten wir noch vor den Geräten im Haus. Zusätzlich zur bekannten Servicequalität von PayLife ist dafür sicher auch die Vielzahl an Features verantwortlich, die unsere Kassen den Vertragspartnern bieten."

Foto: PayLife

Dr. Ewald Judt, Geschäftsführer der PayLife Bank GmbH

Neben der Akzeptanz von Maestro Bankomatkarten und allen großen Kreditkartenmarken (MasterCard, Visa, Amex, Diners, JCB und CUP) sind vor allem die Bezahlung mit Quick- der Elektronischen Geldbörse und die Stammkundenprogramme großer Handelsketten ein entscheidender Wettbewerbsvorteil. Die Kundenvorteilsprogramme werden über die PayLife Bankomat-Kasse abgewickelt und inzwischen von mehr als 1, 8 Mio Kunden auf ihrer Bankomatkarte genützt (Friends of Merkur, Bipa Card, Billa Vorteilsklub, Betten Reiter, Vienna City Bike, Lyoness). Auch die Abwicklung von Flottenkarten wird von der Bankomat-Kasse Next Generation unterstützt.

Heute schon SEPA fähig

Die Single Euro Payments Area verlangt bis Ende 2010 ein Terminal, das in ganz Europa eingesetzt werden kann. Mit der neuen PayLife Bankomat-Kasse ist diese Anforderung heute schon erfüllt. Das Terminal von PayLife wird in Slowenien bereits erfolgreich eingesetzt. Es ist voll EMV-fähig und unterstützt die Kommunikation Chip auf Karte/Chip im Terminal auf der Grundlage der weltweiten EMV-Chipbasis.

Die neue PayLife Bankomat-Kasse
- ist ein State-of-the-Art-Hochsicherheitsterminal in punkto Fälschungssicherheit und Datentransfer
- ist ein Terminal zu günstigen Konditionen für die Betriebe, besonders KMU profitieren von den günstigeren Paketpreisen
- ist mit Sichtschutz (zur Abdeckung für sichere Dateneingabe), größerem Display und größerer Tastatur noch kundenfreundlicher
- verwendet neueste und modernste Kommunikationskanäle wie etwa TCP/IP, zudem wird die Anbindung an ISDN einfacher – zum Nutzen der Vertragspartner
- kann mit einem integrierten Thermodrucker (grafikfähig, geräuscharm) oder wahlweise zum Handelskassenanschluss bestellt werden

Foto: PayLife

Die Fastfood-Kette McDonalds testet in Österreich das bargeldlose Zahlen mit PayLife

Bis Jahresende plant PayLife rund 20.000 neue Terminals installieren.

PAYLIFE BANK GMBH

PayLife Bank GmbH ist der Partner für alle Karten und Universalanbieter für bargeldloses Bezahlen in Österreich. Mit Maestro, Quick, MasterCard, VISA, JCB und CUP und der neuen Bankomat-Kasse bietet PayLife jetzt alles aus einer Hand. PayLife serviciert ca 97.600 Vertragspartner und 8,4 Mio Zahlungskarten in Österreich. Innovation und Kosteneffizienz stehen dabei im Vordergrund. 2007 bestätigt ein weiterer Anstieg des bargeldlosen Zahlungsvolumens um 8% die erfolgreiche Markt- und Kundenorientierung von PayLife.

KONTAKT

PayLife Bank GmbH
Marxergasse 1B, A-1030 Wien
Tel. +43-1-717 01 - 0
E-Mail: office@paylife.at
www.paylife.at

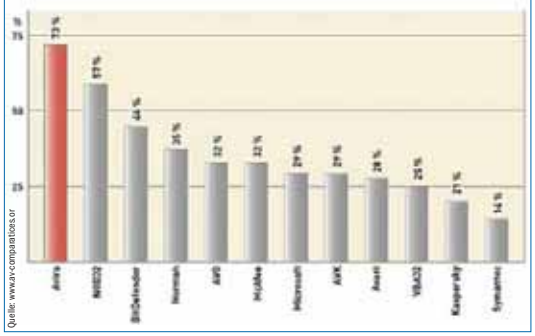
IT-Sicherheit. Avira erhält ‚Advanced Plus Award' von AV-Comparatives.

Drei Sterne-Auszeichnung für Avira

Der deutsche IT-Sicherheitsexperte Avira punktet erneut mit seiner proaktiven Erkennungsleistung. Auch in der Kategorie Schnelligkeit hat es Avira bei extrem geringer Fehlerquote im aktuellen Test auf das Siegertreppchen geschafft. Bereits im ersten Teil des Tests im Februar 2008 erzielte die Avira AntiVir Premium sehr gute Ergebnisse.

Ein entscheidendes Testkriterium des aktuellen Vergleiches ist die proaktive Erkennungsleistung der Antivirensoftware. Dabei bekamen es die Virenscanner mit einer Auswahl unbekannter Malware-Samples zu tun, die AV-Comparatives innerhalb eines festgelegten Zeitraums gesammelt hat. Zu Beginn dieses Testzeitraums werden die Antivirenprogramme eingefroren, so dass die Software nicht mehr aktualisiert wurde. Die schnelle Scan-Engine der Avira AntiVir Premium spürte 72 Prozent dieser digitalen Schädlinge auf und ließ durch die Kombination an Zuverlässigkeit und Geschwindigkeit die Konkurrenzprodukte hinter sich.

TESTERGEBNISSE DER PREISTRÄGER



Avira setzt sich mit seiner proaktiven Erkennungsleistung gegenüber 15 Konkurrenten durch und erhält den Advanced Plus Award des unabhängigen Testlabors AV-Comparatives

Verantwortlich für das positive Testergebnis ist Aviras heuristische Analysemethode AHeAD-(Advanced Heuristic Analysis and Detection)Technologie, die unbekannte Malware proaktiv erkennt – das heißt, bevor ein spezielles Erkennungsmuster gegen den Schädling erstellt wurde. Dabei setzt Avira unter anderem auf innovative Strukturanalysen: Die Heuristik stellt anhand der Beschaffenheit einer Datei, der Abfolge signifikanter Code-Sequenzen oder bestimmter Verhaltensmuster mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit fest, ob es sich um eine schädliche oder virulente Datei handelt.

Für den Anwender bedeutet dieses System maximale Sicherheit – die Antivirensoftware von Avira schützt ihn nicht nur vor bekannten Schadprogrammen von heute, sondern auch vor der Malware von morgen.

Während des Tests entdeckte Aviras heuristische Erkennungsmethode 90 Prozent aller neuen Windows-Viren, 71 Prozent der unbekannten Würmer, 79 Prozent der neu erstellten Backdoors sowie 69 Prozent der aktuellen Trojaner, die das Testlabor auf die Software los ließ. „Wir sind sehr stolz auf dieses großartige Ergebnis", freut sich Tjark Auerbach, Gründer und Geschäftsführer. „Es hat uns wieder gezeigt, dass unser Team mit der Erforschung und Entwicklung unserer Lösungen auf dem richtigen Weg ist und wir unsere Kunden vor der stetig wachsenden Bedrohung durch Viren und Malware zuverlässigen Schutz bieten können."

Avira AntiVir Premium ist ab sofort in der neuen Version 8 im Handel oder direkt im Avira Online-Shop (www.avira.de/onlineshop) ab 19,95 Euro erhältlich. Die preisgekrönte Such-Engine ist in der aktuellen Version sogar noch schneller und geht jetzt mit einem 20 Prozent höherem Durchsatz auf Jagd nach Malware. Darüber hinaus sind Anwender durch das neu integrierte Modul WebGuard noch sicherer im Netz unterwegs: WebGuard untersucht den http-basierten Internetverkehr auf Infektionen und blockt automatisch Phishing- und Malware-URLs.

Außerdem erhielt Avira mit dem VB100-Award bereits zum dreizehnten Mal die höchste internationale Anerkennung für Virenschutz und Sicherheit. Im aktuellen Vergleichstest war Avira AntiVir für Linux auf dem Prüfstand. Entscheidend für das Qualitätssiegel von Virus Bulletin war, dass die Software alle ‚In the Wild'-Viren ohne jegliche Fehlalarme sowohl beim On Demand-Scan als auch bei der Echtzeitsuche erkannte.

AVIRA

Avira ist ein weltweit führender Anbieter selbst entwickelter Sicherheitslösungen für den professionellen und privaten Gebrauch. Das Unternehmen gehört mit mehr als zwanzigjähriger Erfahrung zu den Pionieren in diesem Bereich.

Zu den nationalen und internationalen Kunden zählen namhafte börsennotierte Unternehmen sowie Bildungseinrichtungen und öffentliche Auftraggeber.

www. avira.at

LITERATURTIPP

BANKWESENGESETZ – KOMMENTAR

Der aktuelle Gesetzestext mit Materialien und ausführlicher Kommentierung ab sofort in einem Werk! Die Kommentierungen sind übersichtlich gegliedert. Für den wissenschaftlichen Gebrauch werden die Materialien zitierfähig aufbereitet. Die Loseblattform des Werks erlaubt auch in Zukunft eine zeitnahe Berücksichtigung der laufenden BWG-Novellen.

Der Herausgeber ao. Univ.-Prof. Dr. Markus Dellinger wird von einem aus mehr als dreißig Experten bestehenden Autorenteam unterstützt.

Der Herausgeber:
ao. Univ.-Prof. Dr. Markus Dellinger

Loseblattwerk, 1. Lieferung in 3 Mappen (2.104 Seiten)
Stand Dezember 2007
Best.-Nr. 23.19.00
ISBN 978-3-7007-3771-1
Preis € 370,-

Die 2. und 3. Lfg. sind bereits im Preis inbegriffen!

Internet-Kommunikation. Effektives Marketing für mittelständische Unternehmen.

Web 2.0 und Enterprise 2.0 – Herausforderungen für KMU

Wirtschaftmagazine und IT-Fachpresse scheinen derzeit nur zwei Schlagwörter zu kennen: Web 2.0 und davon abgeleitet Enterprise 2.0. Unter Enterprise 2.0 wird üblicherweise der Einsatz von Softwarelösungen verstanden, deren Nutzung im Internet in den vergangenen zwei Jahren stark zugenommen hat. Dies sind Wikis, Blogs und weitere Anwendungen, die von Fachjournalisten und Informatikern gern als Social Software bezeichnet werden.

Es ist nichts neues, dass auch in Handreichungen und Berichterstattung zur Unternehmensführung Schlagwörter kommen und gehen und damit Moden unterworfen sind. Web 2.0 also als vorübergehende Erscheinung? Ich meine eindeutig nein.

Auch wenn „Enterprise 2.0“ auf den ersten Blick nur große Unternehmen und weltweit operierende Konzerne zu meinen scheint, kann sich auch und gerade der Mittelstand den Umwälzungen, die sich im Internet und den Unternehmenskulturen abspielen, nicht verschließen. Dazu genügt es bereits, sich einmal die Verbreitung und Nutzung von Web 2.0 Anwendungen anzusehen. Eines der größten und weltweit erfolgreichsten sozialen Netzwerke im Internet, MySpace, verfügt inzwischen über mehr Benutzerkonten als Brasilien Einwohner zählt. Web 2.0 ist keine Nische mehr, sondern eine globale Bewegung, die immer mehr Menschen erreicht und prägt.

Konkreter Nutzen von Web 2.0 im Unternehmen

Anwendungen aus dem Web 2.0 Umfeld sind für Mitarbeiter und Unternehmen keine Spielerei, sondern bieten durchaus konkrete Mehrwerte. Der Einsatz eines Wikis, kurz gesagt eine Plattform die es ohne Vorkenntnisse des Nutzers möglich macht, Internetseiten auf einfachste Art und Weise zu bearbeiten, spart insbesondere bei der Entwicklung neuer Ideen, beim gemeinsamen Bearbeiten von Dokumenten und dem Projektmanagement Zeit und damit auch Geld. Statt eine Stafette an E-Mails auszutauschen, arbeiten die Mitglieder eines Teams gemeinsam und auch zeitgleich an den Inhalten. Die Wiki-Software selbst kümmert sich darum, dass sich niemand in die Quere kommt und

www.qype.com ist als Web 2.0-Lösung eine Empfehlungsplattform von Kunden

Änderungen nachverfolgt werden können. Was nach Chaos klingt, funktioniert in der Praxis sehr gut, wie etwa das bekannteste Beispiel eines Wikis, die freie Enzyklopädie Wikipedia unter Beweis stellt, die selbst renommierte Verlagshäuser unter Druck gesetzt hat.

Der Konsument ist tot! Es lebe der Prosument!

Die Veränderungen im Nutzungsverhalten des Internets haben auch unmittelbar auf die Geschäftsmodelle von Unternehmen Auswirkungen. Die Autoren Tapscott und Williams gehen dabei so gar so weit, in von der Erschaffung so genannter Prosumenten zu sprechen. Plakativ, aber durchaus zutreffend, denn Kunden und Interessenten konsumieren Waren und Dienstleistungen nicht einfach mehr nur, sondern sie tauschen sich auch unmittelbar darüber aus. Auf Empfehlungsplattformen wie Qype (www.qype.com) produzieren die Nutzer eifrig Beiträge, in denen sie sich Geschäfte, Restaurants und Hotels empfehlen und diese bewerten. Zugleich ist Qype ein sehr modernes Geschäftsmodell, denn Qype stellt lediglich den technischen Rahmen zur Verfügung und produziert unmittelbar nichts. Alle Inhalte, die sich dort abrufen lassen, werden von den Mitgliedern erstellt und damit erst der Wert des Unternehmens geschaffen.

Über Social Networks wie XING, MySpace, Facebook oder Friendster sind Menschen unmittelbar über das Internet miteinander verbunden und diskutieren über Produkte und Dienstleistungen. Märkte sind Gespräche, hieß es bereits vor zehn Jahren im Cluetrain-Manifest. Der isolierte Kunde, der auch einmal eine schlechte Leistung folgenlos für das Unternehmen in Kauf genommen hat, ist endgültig Geschichte. Ob Sie wollen oder nicht: Ihre Kunden sind heute Teil von Netzwerken, sie können Kritiker und Journalisten sein, und dies alles ohne besondere Zugangsbeschränkungen oder eine besondere Ausbildung. Die neuen Internettechnologien machen es möglich!

Beteiligen Sie Ihre Kunden!

Zu welchen erstaunlichen Leistungen eine Gemeinschaft im Stande ist, zeigt das Beispiel des Betriebssystems Linux oder der Bürosoftware OpenOffice. Weltweit beteiligen sich Freiwillige an der Entwicklung der Produkte und tragen ihren Teil zum Gelingen bei, ob als Entwickler, Übersetzer oder Autor einer Dokumentation. Der Gedanke des OpenSource, was im engeren Sinne eigentlich nur meint, dass der Quelltext eines Computerprogramms öffentlich einsehbar ist, eröffnet neue Perspektiven in der Bindung von Kunden und damit der Stärkung der Zufriedenheit von Kunden.

Nicht nur große Unternehmen haben diese Zeichen der Zeit erkannt und binden Kunden stärker in die (Weiter-)Entwicklung von Produkten ein. Machen Sie es genauso und laden Sie, etwa über ein Wiki, Besucher Ihrer Internetseiten dazu ein, konkrete Verbesserungsvorschläge zu einem Produkt zu machen. Sie werden schnell feststellen, dass sich auch andere Käufer die gleiche Ausstattung wünschen und noch weitere Detailverbesserungen vornehmen werden. Ein prominent positioniertes Wiki, das auch von der Beteiligung der eigenen Mitarbeiter lebt, eröffnet Ihnen mehr kreative Einflüsse als Sie sich durch die Festanstellung von Produktmanagern leisten können. Ergreifen Sie die Chancen, die sich Ihnen im Web 2.0 bieten!

Foto: Lamprecht

Stephan Lamprecht – Fachjournalist und Berater aus Ahrensburg bei Hamburg

ZUR PERSON

Stephan Lamprecht

Der Autor steht mittelständischen Unternehmen bei der Einführung von Web 2.0 Anwendungen wie Wikis oder Blogs zur Seite. Weitere Infos in seinem Blog unter http://news.lamprecht.net

Stephan Lamprecht ist Autor des Buches Unternehmenserfolg 2.0, das im Redline Verlag erschienen ist.

LITERATURTIPP

UNTERNEHMENS-ERFOLG 2.0

Welche Geschäftsmodelle im Internet wirklich funktionieren

Jenseits des Hypes: Wieso der Second-Life-Traum zerplatzt und warum YouTube so erfolgreich ist. Blogs, YouTube & Co – wo sind heute lukrative Geschäftsmodelle im Internet zu finden? Wie lassen sich die Kernelemente von Web 2.0 für den eigenen Unternehmenserfolg nutzen? Welches Potenzial hat das Internet wirklich?

Experte Stephan Lamprecht präsentiert die erfolgreichsten Geschäftsmodelle und zeigt, wie ein gelungener Einstieg ins Web 2.0 aussieht. Erfolgsgeschichten und Unternehmensbeispiele von Internetpionieren machen das Buch zu einem Kaleidoskop der digitalen Wirtschaft.

Der Autor: Stephan Lamprecht

Redline Wirtschaft
200 Seiten, Hardcover
ISBN 978-3-636-01574-7

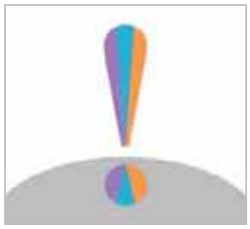
Preis € 24,90 (D) / € 25,60 (A) / sFr 47,50 UVP

lemon42

Sichere Geschäftsprozesse im Internet
Für alle Betriebssysteme, ERP-Systeme und Datenbanken

Telefon: +43 1 4030195-0, http://www.lemon42.com
lemon42 IT, Web und Software GmbH, Blindengasse 3, 1080 Wien

INNOVATION



Effektive Teamentwicklung durch die Sprache der Bilder

In jedem Team gibt es Einzelkämpfer, Teamplayer und Sündenböcke, die harmonisch miteinander arbeiten sollen. Konfliktpotenzial ist vorprogrammiert und an manchen Stellen bricht es verdeckt, an anderen offen hervor. Ein Teamtraining ermöglicht offene Kommunikation, zeigt eingefahrene Mechanismen auf und schafft Raum für Konfliktbearbeitung.

„Durch die Arbeit mit Bildern ist Teamentwicklung effektiv und umfassend. Bilder gehören zur inneren Sprache und bieten eine ideale Plattform, Grenzen zu überbrücken und Begegnungen zu ermöglichen. Sie vermitteln uns Wissen über uns selbst. Die Fähigkeit sich selbst zu reflektieren, sich seiner Stärken und noch nicht gelebter Potenziale bewusst zu sein, hilft innere und äußere Grenzen zu überwinden und Brücken zwischen Mitarbeitern zu bauen.“, so Christine Kranz, Gründerin der Symbolon AG

Symbolon Personality Profile® Team

Bei der Teamentwicklung mit der Symbolon-Methode® füllen alle Teammitglieder ihr eigenes Profil aus. Danach werden vom Trainer die einzelnen Profile in einem Teamprofil zusammengefasst. Die Teamstärken und Entwicklungsmöglichkeiten sind anhand dieses Gesamtbildes klar ersichtlich.

Im anschließenden Training werden die Kernthemen des Teams reflektiert und geklärt. So erleben sich die Mitarbeiter auf eine neue Art und Weise und verändern ihr Verhalten.

Das Teamtraining mit Bildern ist ideal, um den Teamentwicklungsprozess zu beschleunigen und die Zusammenarbeit zu optimieren. Es wird ein tieferes Verständnis für die Teamsituation erreicht, Toleranz und gegenseitiges Vertrauen gebildet sowie klare, offene Kommunikation gefördert. Die Gruppe erarbeitet gemeinsame Lösungen und vereinbart Umsetzungsschritte.

Mit „Feuer“ ein Team führen …

Die Elemente stehen für die Grundkonstellation, wie ein Mensch an die Dinge herangeht. Beim Symbolon Personality Profil® wählt er, welches ihm am meisten sympathisch ist und welches er am meisten unsympathisch findet.

Siehe Beispiel: Eine Führungskraft wählt Feuer sympathisch und einige der Mitarbeiter wählen das Feuer als unsympathisch. Wie wirkt sich dies auf die Zusammenarbeit aus?

Die Führungskraft erwartet, dass spontan, schnell und mit viel Kraft die täglichen Aufgaben erledigt werden. Sie brennt für die Dinge, ist begeistert und erwartet diese Einstellung auch von ihren Mitarbeitern. Durch die Teamarbeit im Workshop, in dem die Prinzipien der Elemente reflektiert und besprochen werden, können diese Spannungsfelder bearbeitet werden. Immer wiederkehrende Reibungsflächen und Missverständnisse werden im Prozess geklärt und die Zusammenarbeit im Team wird verbessert. Der Mehrwert für das Unternehmen spiegelt sich in den inneren wie in den äußeren Ebenen und wird für alle greifbar und erlebbar.

© Symbolon

Für die Führungskraft wirkt das „Feuer" sympathisch – Energie und Kraft ist gefordert

Die Ergebnisse sind höhere Wirtschaftlichkeit, mehr Gewinne, nachhaltiger Erfolg und Zufriedenheit auf allen Ebenen. Christine Kranz von der Symbolon AG veranschaulicht: „Bilder lösen Erlebnisse aus und werden in persönlichen Kontext gesetzt. Sie sind ein Spiegel, in dem wir die Realität wiedererkennen.“

SYMBOLON

In Unternehmen ist der Mensch der entscheidende Motor für Entwicklung und Erfolg. Er kann dabei verhindert oder gefördert werden. In seiner Führungskompetenz, in seinen Entscheidungen, in seinen Ressourcen.

Das Symbolon Personality Profile® ist eine auf Kunstwerken und Bildern aufgebaute Potenzialanalyse, welche für die Entwicklung von Einzelpersonen wie Teams und Projektgruppen eine einzigartige Plattform bildet.

KONTAKT

Symbolon GmbH

Linke Wienzeile 36/Top 7A
A-1060 Wien
www.symbolon.com

Kombination von A1-Breitbandanschluss und Web-Konferenz-Dienst.

Mobile Webkonferenzen

Geschäftskunden können künftig von unterwegs Web-Konferenzen abhalten – und damit die weltweite Zusammenarbeit mit Kollegen, Partnern, Kunden oder Lieferanten effizienter organisieren. Möglich wird dies durch eine Partnerschaft, die mobilkom austria und Netviewer Austria eingegangen sind.

Die Kunden benötigen für ihr Notebook lediglich einen A1-Anschluss für mobiles Breitband und die Netviewer-Software. Der Web-Konferenz-Dienst ist dabei ohne Installation sofort einsetzbar.

Mit der mobilen Web-Konferenz-Lösung richten sich die beiden Kooperationspartner an kleine Unternehmen bis hin zu großen international tätigen Konzernen, deren Mitarbeiter viel unterwegs sind. Damit verbunden sind oft aufwändige Arbeits- und Abstimmungsprozesse. Mobile Web-Konferenzen erlauben es Internetnutzern, sich gegenseitig auf den Bildschirm zu schauen, um zum Beispiel Schriftsätze, Ausschreibungen, Angebote oder andere Dokumente gemeinsam zu bearbeiten und zu besprechen.

Geschäftsreisende verschicken einfach einen Link per E-Mail, über den die Teilnehmer in die Netviewer-Sitzung gelangen – eine Installation oder spezielle Konfiguration ist nicht notwendig. Auf diese Weise können sie Entscheidungen auch von unterwegs schneller treffen und dadurch Zeit einsparen.

„Die hoch skalierbare Lösung aus mobilem Breitband und Web-Konferenz-Dienst bietet unseren Geschäftskunden die Möglichkeit, auch von unterwegs äußerst effizient zu arbeiten. A1 bietet bei mobilem Breitband eine Flächendeckung von 99% der Bevölkerung. So können sie ortsungebunden gemeinsam mit ihren Geschäftspartnern an Unterlagen arbeiten“, so Dr. Hannes Ametsreiter, Vorstand Marketing, Vertrieb und Customer Services, mobilkom austria und Vorstand Marketing und Customer Services, Telekom Austria.

Foto: pixelio.de

Daniel Holzinger, Managing Director der Netviewer Austria GmbH, ergänzt: „Wir freuen uns, mit mobilkom austria einen starken Partner gefunden zu haben. Gemeinsam werden wir das Thema ‚Mobile Collaboration’ vorantreiben, denn darin liegt die nächste Entwicklungsstufe mobiler Kommunikation.“

A1 bietet das schnellste Netz Österreichs. Das Institut für Breitbandkommunikation der TU Wien hat bereits zum dritten Mal in Folge die beste dauerhafte Netzqualität und die kürzesten Down- und Uploadzeiten des A1 Netzes bestätigt.

KONTAKT

Netviewer Austria GmbH

Salzgries 19, A-1010 Wien
Tel.: +43-1-532 1612 - 0
Fax: +43 1 532 1612 - 900
E-Mail: info@netviewer.at
www.netviewer.at

Österreichischer Städtetag 2008.

Acta Nova im Fokus der Gemeinden

Die E-Government-Lösungen der IT-Kommunal GmbH stießen beim 58. Städtetag auf reges Interesse. Insbesondere Acta Nova, der erste Open Source ELAK für Städte und Gemeinden, fand großen Anklang bei den kommunalen Spitzenvertretern.

Die IT-Kommunal präsentierte sich in Innsbruck ganz im Zeichen der E-Government-Offensive „Referenzstädte“. Der Messestand, der eine große Landkarte der aktuellen Teilnehmerstädte zeigte, weckte so reges Interesse, dass einige Bürgermeister spontan die Teilnahme ihrer Stadt an diesem Pilotprojekt zusagten.

Mit Acta Nova ist es möglich, die gesamte verwaltungsinterne Bearbeitungskette – vom digitalen Posteingang bis zur elektronischen Übermittlung – medienbruchfrei, überaus effizient und unkompliziert abzudecken. Die ideale Ergänzung dazu bildet amtsweg.gv.at, der E-Formularservice für Städte und Gemeinden: Er erlaubt eine automatisierte Übernahme von Anträgen in den kommunalen ELAK Acta Nova. Derzeit sind bereits 70 E-Formulare aus dem Bereich des Gemeindewesens für BürgerInnen verfügbar, in Kürze kommen 20 bis 30 weitere hinzu. Die vom Österreichischen Städtebund initiierte E-Government-Offensive startet im Juni 2008 und wird bei der technischen Umsetzung durch die IT-Kommunal unterstützt.

Ein wahrer Renner am Stand der IT-Kommunal war auch die Bürgerkarten-Aktivierung durch einen Vertreter des Bundeskanzleramtes. Zahlreiche BürgermeisterInnen, MandatarInnen und VerwaltungsleiterInnen ließen es sich nicht entgehen, binnen weniger Minuten die Bürgerkartenfunktion auf ihrer e-card freischalten zu lassen. Zusätzlich zur kostenlosen Freischaltung erhielt jeder frischgebackene Bürgerkarten-Besitzer ein vom Bundeskanzleramt, dem Österreichischen Städtebund und der IT-Kommunal gesponsertes Kartenlesegerät. Damit lassen sich nahezu alle Amts- und Geschäftswege sicher und schnell über das Internet erledigen.

Die überaus positive Resonanz auf die Präsenz der IT-Kommunal GmbH zeigt, dass mit der Gründung eines kommunalen IT- und E-Government-Dienstleistungsunternehmens – an dem über das Zentrum der Verwaltungskooperation auch die Gemeinden als Mitglieder beteiligt sind – der richtige Weg in Richtung einer nachhaltigen, partnerschaftlichen Kundenbeziehung eingeschlagen wurde. *www.it-kommunal.at*

Interview. Dr. Hans Zeinhofer verdeutlicht, was Industriekunden in Sachen Energiepreise erwarten müssen - oder hoffen dürfen.

Maßgeschneiderte Energielösungen für Großkunden und mittlere Unternehmen

Ein lokaler Player in Oberösterreich ist die Nummer 2 am Österreichischen Strommarkt. Das zeigt welche zentrale Bedeutung Linz und Oberösterreich als Industriestandort hat. „Wir empfehlen unseren Energiekunden langfristige Verträge", erläutert Enamo Geschäftsführer Hans Zeinhofer.

Mag. Alexander Ghezzo: *Herr Dr. Zeinhofer, Sie sind Geschäftsführer der im Juli gegründeten Enamo. Was sind Ihre Unternehmensziele?*

Foto: Enamo GmbH

Dr. Hans Zeinhofer, Geschäftsführer der ENAMO GmbH

Dr. Hans Zeinhofer: „Die Enamo GmbH ist klare Nummer 2 am österreichischen Strommarkt, und unser Hauptziel ist es, diese ausgezeichnete Position, die Oberösterreich als bedeutendsten Industriestandort charakterisiert, jedenfalls zu halten."

Linz AG und Energie AG zusammen – Wie treten Sie gegenüber Ihren Kunden auf?

Dr. Hans Zeinhofer: „Gegenüber unseren Haushalts- und Gewerbekunden treten wir wie bisher als Energie AG bzw Linz AG auf und nützen diese beiden modernen und bestens eingeführten Marken. Wir kommen damit dem Bedürfnis unserer Kunden nach regionaler Nähe sowohl in der Kundenbetreuung als auch in der Stromproduktion entgegen.

Unsere Industriekunden werden direkt aus der Enamo heraus bedient – mit spezifischen, genau für diese Kunden passenden Angebote, die das Einkaufsrisiko für beide Seiten minimieren."

Rund um Linz gibt es viel energieintensive Industrie. Mit welcher Preisentwicklung müssen Ihre Industriekunden rechnen?

Dr. Hans Zeinhofer: „Leider können wir uns nicht vom internationalen Strommarkt abkoppeln, daher trifft uns die Entwicklung der Großhandels-Strompreise direkt. Die Preise für Strom am zentraleuropäischen Markt sind seit der Marktöffnung 2001 um das 3,5-fache gestiegen (nach einem massiven Preisverfall in den Jahren zuvor). Im Lichte dieser Entwicklung, deren Ende für uns nicht absehbar ist, raten wir unseren Industriekunden dringend zum Abschluss möglichst langfristiger Verträge."

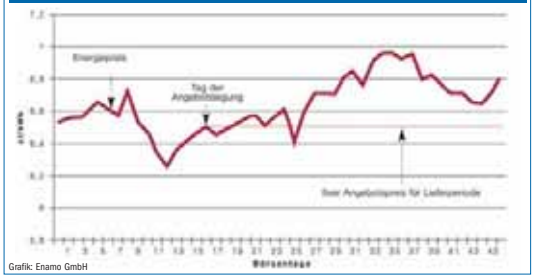
Welche Bedeutung hat die Beratung und die individuelle Lösung für den Stromvertrieb?

Dr. Hans Zeinhofer: „Im Großkundenvertrieb kann es nur eine individuelle Betreuung und Beratung geben und das Angebot möglichst flexibler Produkte. Beratung spielt aber auch bei den Privatkunden eine ständig wachsende Rolle, aktuell getrieben durch die Anforderungen aus dem Energieeffizienzerfordernis. Der Energieverbrauchszuwachs muss gedämpft werden, wenn wir nicht in eine Versorgungslücke oder in unfinanzierbare Energiepreise hineinlaufen wollen. Dafür gibt es klare Zielvorgaben, die wir mit unseren Kunden gemeinsam erreichen wollen."

Wie stellt sich ein österreichisches Unternehmen im Energiesektor zum Thema Klimawandel und Umwelt? Können wir da etwas verändern oder bewegen?

Dr. Hans Zeinhofer: „Man muss meiner Meinung nach nicht vom Klimawandel überzeugt sein, es genügt die Einsicht, dass die fossilen Rohstoffe immer knapper und immer teurer werden. Ich persönlich vertraue auf die Mechanismen des Marktes, die einen Wandel in Richtung umweltfreundlicheres Wirtschaftssystem bewirken werden. Ab nächstem Jahr beispielsweise benötigt jedes zum Verkauf anstehende Gebäude einen Energieausweis, mit dem der Energieverbrauch transparent wird. Als Folge davon wird es verstärkt zu betriebswirtschaftlich sinnvollen Investitionen in Wärmedämmung und moderne Heizanlagen kommen."

FIXPREISPRODUKTE FÜR VOLLBELIEFERUNG



Grafik: Enamo GmbH

KONTAKT

ENAMO GmbH

Coulinstraße 24, A-4020 Linz
Tel.: +43 732 9005 - 0
E-Mail: office@enamo.at
www.enamo.at

Foto: confare

Interview:
Mag. Alexander Ghezzo
Gründer und Geschäftsführer der confare IT- und Marketingberatungsgmbh
E-Mail: alexander.ghezzo@confare.at

MCE erwirbt Technische Services Gersthofen GmbH von Clariant

Die bisherige Clariant-Konzerngesellschaft mit Sitz in Gersthofen ist in der Industriellen Instandhaltung und im Engineering tätig und erwirtschaftete im Vorjahr mit 130 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 25 Millionen Euro.

Foto: MCE AG

Dipl.-Oec. Ludger Kramer, CEO der MCE AG

„Die Akquisition der TSG entspricht klar unserer qualitativen und quantitativen Wachstumsstrategie im Bereich Industrieservice und stärkt unsere Marktposition im süddeutschen Raum. TSG ist ein Unternehmen, das mit seinen qualifizierten und erfahrenen Mitarbeitern sehr gut zu uns passt. MCE kann mit TSG ein breites Leistungsspektrum anbieten", betont Gerald Pilotto, Unternehmensbereichsleiter MCE Industrieservice.

Mit dem Erwerb der TSG baut die MCE ihre Position in Süddeutschland wesentlich aus und gewinnt zusätzliche bedeutende Kunden. TSG ist ein Komplettanbieter von technischen Serviceleistungen im Industriepark Gersthofen, der über hohe Kompetenz in den Bereichen Industrielle Instandhaltung und Engineering verfügt. „Ausgehend von Gersthofen und den anderen Standorten der MCE kann der süddeutsche Raum mit seinen Kunden von MCE wesentlich besser als bisher bedient werden. Damit ist eine sehr gute Ausgangsbasis für ein weiteres Wachstum in dieser Region gelegt", sagt MCE-Vorstandsvorsitzender Ludger Kramer.

Die MCE Gruppe erwirtschaftete 2007 einen Umsatz von 1,1 Mrd Euro. Mehrheitseigentümer der MCE AG ist die Deutsche Beteiligungs AG mit 75% der Geschäftsanteile, die Andlinger Gruppe ist mit 25% beteiligt. Strategisches Kerngebiet ist Europa. Hier verfügt die MCE-Gruppe über ein breites Standortnetz in Deutschland, Österreich, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn und in der Ukraine.

KONTAKT

MCE AG

Lunzerstraße 64, A-4031 Linz
Tel.: +43 732 6987 - 9348
E-Mail: office@mce-ag.com
www.mce-ag.com

WEITERE VERBESSERUNG DER PRIME MARKET STANDARDS

Änderung des Prime Market Regelwerks bewirkt erhöhte Transparenz und verbesserten Anlegerschutz

Das Aktienforum begrüßt die vorgestellten Änderungen des Prime Market Regelwerks sehr. Durch die Änderungen, zu denen das Aktienforum einige Anregungen liefern konnte, werden einheitliche Transparenzstandards für alle Emittenten gewährleistet.

„Die Wiener Börse setzt mit den überarbeiteten Prime Market Bestimmungen ein starkes Qualitätssignal für Anleger, aber auch für die Emittenten", stellt Dr. Hellmut Longin, Präsident des Aktienforums, anlässlich der am 30. Mai angekündigten Änderungen des Prime Market Regelwerks der Wiener Börse, fest. Die neuen Bestimmungen schaffen Klarheit darüber, dass sich auch ausländische Emittenten mit den hohen Anlegerschutzstandards des heimischen Aktienrechts auseinandersetzen müssen.

Der Anspruch des Prime Markets das Top-Segment der Wiener Börse im Bezug auf Transparenz und Anlegerschutz zu sein, wird dadurch für alle Emittenten, unabhängig vom Standort ihres Firmensitzes, gewährleistet. „Durch die Anpassungen des Regelwerkes ist nun klar geregelt, dass alle Prime Market Unternehmen die heimischen Anlegerschutz- und Corporate Governance Standards zu berücksichtigen haben. Hier wurde eine Lücke erfolgreich geschlossen. Die Wiener Börse unterstreicht damit für Anleger ein verlässlicher Handels-, und für Emittenten ein attraktiver Listingplatz zu sein, weil nun einheitliche Transparenzstandards für alle Prime Market Unternehmen gewährleistet sind," so Longin abschließend.

Das Aktienforum ist die Interessenvertretung der heimischen börsenotierten Unternehmen und die Plattform zur Stärkung des österreichischen Kapitalmarktes. Seit 1989 betreibt das Aktienforum Lobbying für seine derzeit 70 Mitglieder auf europäischer und österreichischer Ebene zu relevanten Kapitalmarktthemen.

LITERATURTIPP

WOHNUNGSEIGENTUM

Das Wohnungseigentum in Österreich wird 60 Jahre und ist mehr denn je ein wesentlicher Faktor für die Schaffung neuer Wohnungen und die Bauwirtschaft. Mit der vorliegenden 4. Auflage wurden die letzten Änderungen durch die Wohnrechtsnovelle 2006 sowie die im Juli 2008 in Kraft tretende Novelle zum Bauträgervertragsgesetz berücksichtigt und die Muster den Erfahrungen der Praxis angepasst. Neu aufgenommen wurden unter anderem ein Muster eines Wohnungseigentumsstatus sowie ein Muster einer Eigentümerpartner-Vereinbarung und eine allgemeine Benützungsvereinbarung.

Die Autoren:
Dr. Walter Lattenmayer
Dr. Arno Behm
Mag. Barbara Reichl-Bischoff

LexisNexis ARD Orac
Orac Musterverträge, Wien 2008
244 Seiten
ISBN 978-3-7007-3984-5
Best.-Nr. 14.59.04

Preis € 38,-

DER RICHTIGE UMGANG MIT RISIKEN UND CHANCEN

25. SEPTEMBER

Geschäftsführer-Forum 2008

SO SICHERN SIE IHREN ERFOLG!

Treffen Sie jene, die aktiv die österreichische Wirtschaft gestalten und lenken zum branchenübergreifenden Erfahrungsaustausch im

Zukunftsmarkt Österreich

„Die Aussage, dass die Aufgabe eines Unternehmens darin besteht, Gewinn zu erzielen, ist ungefähr genauso sinnvoll wie die Aussage, dass die Aufgabe eines Menschen darin besteht zu essen oder zu atmen. Wenn ein Unternehmen Verlust macht, stirbt es, genau wie ein Mensch, der nichts mehr isst. Das bedeutet aber nicht, dass der Sinn des Lebens aus Essen besteht." *Dalai Lama*

Die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch auf höchster Ebene – denn Netzwerke und Know-how Vorsprung sind Ihr persönlicher Wettbewerbsvorteil:

- Finanzierung und Anlagen – krisensicher und wertsteigernd
- Recht und Haftung – So sind Sie auf der sicheren Seite
- Daten sicher nutzen – So steigern Sie die Produktivität und schützen sich vor Angriffen
- Web 2.0 – Mehr als Schlagworte – So machen Sie Business mit Social Networks, Wiki und Blogs
- Innovation und Informationstechnologie – Sichern Sie sich nachhaltige Wettbewerbsvorteile

KEYNOTE: Wolfgang Bachler, CEO, bachler crisis & security consulting GmbH
(ehemals Leiter der Elite-Polizeieinheit COBRA)
„Erfolgreich aus der Krise führen – als Geschäftsführer und Unternehmer in Krisensituationen richtig handeln."

Hochkarätig, praxisnah, hochrelevant – Erfahren Sie alles über die wichtigsten Trends, und lernen Sie, diese in der Praxis einzusetzen, von Top-Managern und Experten, wie:

- Thomas Bachheimer, CEO, MERIDIAN Commodity Advisors
- Mag. Michael Ghezzo, Geschäftsführer, Confare IT- und MarketingberatungsgmbH
- Manfred Nagl, Geschäftsführer, P&I GmbH
- Harald Leitenmüller, Innovationssprecher, Mitglied der Geschäftsleitung, Microsoft Österreich
- Günther Oke, Vorstand, Globe Equity AG
- Rainer Witzgall, Executive Vize President, Avira GmbH
- Christian Rupp, Sprecher der Plattform Digitales Osterreich, Bundeskanzleramt
- Mag. Martina Heidinger, Geschäftsführerin und Partner der SOT Süd-Ost Treuhand WSP und STB GmbH
- Romy Jürges Gellrich, RA, geschäftsführende Gesellschafterin der ALIX FRANK Rechtsanwälte GmbH, *uvm.*

„Die Wirtschaft kann man nicht lehren, man muss sie selber erleben und überleben."
André Kostolany, Börsenguru

SPAREN SIE MIT IHRER ANMELDUNG BIS ZUM 30. AUGUST EUR 150,- SOMMERBONUS

Partner: Microsoft · ALIX FRANK Rechtsanwälte GmbH · SOT Süd-Ost Treuhand · DIGITALES ÖSTERREICH · AntiVir · P&I

Organisation: confare

Confare IT- und Marketingberatungsgmbh, Stryeckgasse 8/1, A-1210 Wien
Tel.: +43-1-997 10 22 · Fax: +43-1-997 10 22 - 997 · FN 303344 w
info@confare.at · www.confare.at

Lexpress – Kurt Rothleitner KEG, Rallenweg 36, A-1220 Wien
Tel.: +43-1-890 14 97 · Fax: +890 14 97 - 15 · FN 265865 d
office@lexpress-zeitung.com · www.lexpress-zeitung.com

Veranstalter: Lexpress

ANMELDUNG UNTER www.ceo-community.at